

UWE KREMER
Comeback
des
Staates

HANS GÜNTER BELL
Expertokratie
contra
Klüngel

SPW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

INDUSTRIE POLITIK



KURZUM

“Uns wäre wohlher, wenn man sich bei all diesen Ab- und Fortgesängen etwas mehr Zeit ließe.” So leiten *Detlev Albers, Uli Schöler und Ulrich Wolf* mit Blick auf die “Linke und den Sozialismus” ihren Fragenkatalog ein - einen Fragenkatalog, der sich als Einladung zu einem Diskussionsprozeß versteht. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Man mag sich zuallererst fragen: Warum erst jetzt - bald drei Jahre nach dem definitiven Ende der “alten Weltordnung”, die ja auch eine Ordnung der sozialistischen Linken darstellte? Nun, ich glaube nicht, daß wir damit zu spät kommen. Im Gegenteil: Ich erinnere mich nur mit Unbehagen an die linke Konferenzmacherei der Jahre 1990 und 1991 und das hurtige Schreiben von Artikeln, in denen entweder in aller Schnelle schlaumeierisch neue Schablonen von Sozialismus, Marktwirtschaft, linker Politik etc. produziert oder aber der eigene Katzenjammer bis zum Erbrechen gepflegt wurden. Wir haben uns in der SPW tatsächlich Zeit gelassen - glauben nun aber, daß die Chance besteht, mit etwas klarerem Kopf an unsere Geschichte und unsere Zukunft heranzugehen.

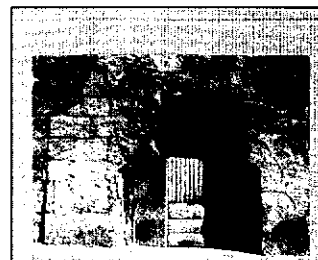
Aber taugt dazu ein Fragenkatalog? Dies haben manche schon im Vorfeld gefragt. Und einige - wie ich selbst - neigen eher dazu, mit Hypothesen zu arbeiten und dadurch die Debatte voranzubringen. Man sollte sich aber davor hüten (doch leider passiert es viel zu oft), den Weg der Fragen als theoretisches Schwadronieren abzutun oder den Weg der Hypothesen in den Geruch “alten (will heißen: dogmatischen) Denkens” zu bringen. Man kann beide Wege auch im Zusammenhang gehen - und darüber “Diskurse” aufbauen, wie wir es in unserer kleinen Zeitschrift mit unseren begrenzten Möglichkeiten versuchen (ich erinnere an unsere Beiträ-

ge zur “neuen Weltordnung”...). Die Redaktion wird sich 1992 und - bedingt durch die nötige Vorbereitung - vor allem im darauf folgenden Jahr anhand der Fragen bemühen, derartige “Diskurse” zu entwickeln.

Zur “nötigen Vorbereitung” gehört im übrigen auch, sich der vergangenen Dokumente zu vergewissern, die in der Einleitung zum Fragenkatalog genannt werden. Mir persönlich sei der Hinweis gestattet, daß die 53 *Thesen zum Projekt Moderner Sozialismus* nicht nur krasse Fehleinschätzungen zur Reformfähigkeit des Sowjetsystems enthalten: die Rezeption der “Zivilgesellschaft” und des “Fordismus”, die Verarbeitung feministischer Debatten im Verständnis von Sozialstruktur und Lebensweise, die veränderte Sichtweise des “Reformismus”, des “Staates” und der ökonomischen, technologischen und sozialen Innovationen bergen in vielerlei Hinsicht auch Antworten auf gestellte Fragen in sich... (Die 53 Thesen sind ebenso wie die Herforder Thesen noch erhältlich!)

Apropos “Diskurs”: In diesem Heft geht es um “*Industriepolitik*” - allerdings weniger in einem engen wirtschaftspolitischen Sinne, sondern in Anknüpfung an unsere bisherigen Debatten um die “*neue Weltordnung*”. Deren Gefüge und die “Platzanweisung” für die einzelnen Weltteile und Länder scheint nämlich - so der durchgehende Tenor der Beiträge - maßgeblich davon abzuhängen, wie die Beziehungen zwischen der eigenen Industriestruktur und den Weltmärkten gestaltet werden und welche Rolle dabei der Staat spielt. Nach einem Überblick über die laufende Debatte beschäftigen sich *Carsten Sieling* mit der industriepolitischen Konstellation in Ostdeutschland und *Reinhold Rünker/Harald Unfried* mit den ökonomischen Perspektiven Osteuropas. Von besonderer Bedeutung ist der Beitrag von *Leopoldo Marmora* und *Dirk Messner*, der im Verhältnis von “Nord” und “Süd” mit manchen linken Klischees aufräumt. Quintessenz der Beiträge: Nach dem Scheitern autarker Wirtschaftsorientierungen im Osten wie im Süden geht es in der “neuen Weltordnung” um “aktive Weltmarktintegration”. Und es geht um einen Staat, der in diesem Sinne aktiv ist. Doch damit baut sich schon ein neues “Diskursfeld” auf...

Uwe Kremer



Rassismus und Migration in Europa

Argument

Rassismus und Migration in Europa

Argument-Sonderband AS 195 ca. 450 S., br., DM 38,-
Die Diskussionen um Einwanderungsquoten und die Verschärfung des Asylrechts werden mit zunehmender Härte geführt. Zugleich wächst die Abschottung gegen Migranten und Flüchtlinge auch in Ländern, die bisher eine eher liberale Einwanderungspolitik betrieben haben. Um diesen Prozeß zu analysieren und Gegenstrategien zu entwickeln, veranstaltete das Hamburger *Institut für Migrations- und Rassismusforschung* im September 1990 einen Kongreß - den ersten dieser Art überhaupt. Er sollte den Blick für die anstehenden Probleme schärfen und den geläufigen Fragestellungen Alternativen entgegensetzen. Der vorliegende Band dokumentiert die Vorträge, die auf dem Kongreß gehalten wurden. Beiträge u.a. von G. Auernheimer, F. Anthias, E. Balibar, Ph. Cohen, C. Guillaumin, J. Link, R. Miles, V. de Rudder, C. Wihtol de Wenden, T. van Dijk.

Robert Miles

Rassismus

Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs
A.d. Engl. v. Michael Haupt
191 S., br., DM 24,-

Miles »analytisches Interesse ist auf das theoretische Verständnis des Rassismus ausgerichtet. Vor allem gilt seine Aufmerksamkeit den Eingrenzungs- und Ausgrenzungsmechanismen in rassistischem Denken...« FAZ

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Anzeige

Herausgeber Herausgeberinnen:

Detlev Albers (Bremen)
Heinz Albrecht (Berlin)
Diether Dorn (Frankfurt/M.)
Jürgen Egan (Bonn)
Karin Fuchs (Vier)
Josef Händel (Wien)
Klaus Peter Kasper (Berlin)
Herrich Lichten (Bielefeld)
Sus. Mobbach (Bremen)
Ulrich Pausch (Gruber, Karlsruhe)
Claudia Walther (Aachen)
Kurt Wand (Hamburg)
Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.)
Burkhard Zimmermann (Berlin)

Redaktion:

Ingo Arend
Gisela Becker
Uwe Kremer
Fiete Saß
Britt Zoerner

Redaktionssekretär:

Raf Schmitz

Redaktions- und Verlagsanschrift:

Kiehl Str. 13 5000 Köln 80
Telefon: 0201 623371 Telex: 0201 612615

Verlag:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
Kiehl Str. 13 5000 Köln 80

Geschäftsführer:

Andreas Bach
Jia Saß

Konto des Verlages:

Postkonto Dortmund
Kto. Nr. 32443468 BLZ 44010046

Die spw erscheint in 12 Hefen im Jahr
mit ca. 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 51,-

einmaliges Jahresabonnement
für SchülerInnen, StudentInnen, Erwerbstätige
DM 42,- Auslandsabonnement DM 54,-

Abbestellen im Laufe der ersten drei
Monate zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
Zuschriften. Manuskripte sollen in Maschinenschrift
und mit einem ausreichend-inhaltreichen
Zusammenfassung sein.

Wenn möglich, sollen Manuskripte auf
Diskette mit einem Ausdrucksprogramm (z.B. MS-DOS
Textverarbeitungssystem) im
5.1 Format (3.1.2 Zola)

ISSN 0191-3812

spw-Verlag/Redaktion GmbH 1992.
Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
vorbehalten.

Titelfoto:

Stefan Huber, Köln

Satz und Gestaltung:

Jürgen Nütbaum, Köln

Druck:

Notte-Druck, Bielefeld

13. Ausgabe April 1992

INHALT

Blick in die Welt 4

KULT

Peter Poppe, Ulf Trombach:
HipHop - Kunstform der schwarzen Revolte 6

SOZIALDEMOKRATIE

Claudia Walther: Frauenwege im neuen Deutschland 8

Claudia Walther, Reinhold Rünker: Radikal und offensiv oder
sozialdemokratisch langweilig? 10

Torsten Werner: Wir im Norden 12

KOMMENTAR

Hans Günter Bell: Expertokratie contra Klüngel? 14

Horst Hartmann: Gesinnungskontrolle von Straßennamen 16

Dr. Hermann Scheer, MdB: Aufruf zur Rettung und
Demokratisierung des kubanischen Entwicklungsmodells 18

INDUSTRIEPOLITIK

Uwe Kremer: Comeback des Staates? 20

Carsten Sieling: Industrie- und Strukturpolitik in Ostdeutschland ... 26

Reinhold Rünker, Harald Unfried: Von Maastricht bis Moskau? 30

Leopoldo Marmora, Dirk Messner: Entwicklungsländer zwischen
aktiver Weltmarktintegration und globaler Umweltkrise 33

DEBATTE

Detlev Albers, Ulrich Schöler, Ulrich Wolf:
Alle Welt im Umbruch - die Linke auch? 40

Klaus Wardenbach: “Zivilgesellschaft” 45

Christoph Butterwegge: Rassismus, nationale Identität
und Multikulturalität 48

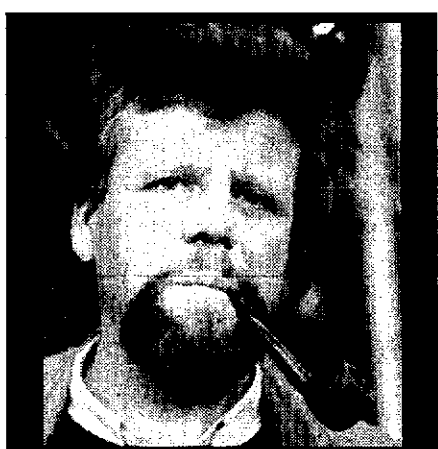
REZENSION

Dr. Detlef Bimboes: Umwelt und Entwicklung - Argumente für
eine globale Entwicklungsstrategie (Joachim Spangenberg) 53

Katharina Gröning: Frauenarbeit und Frauenalltag in der
Sowjetunion (Monika Rosenbaum) 54

Ulli Stark: Europa 1993 55

Klaus Störch: Die ökonomische Vereinigung Deutschlands,
Bilanz und Perspektiven (Herbert Schui) 57



BLICK IN DIE WELT

Heinz-Gerd Hofschien

Peter Glotz, dem wir einiges abbitten müssen, weil er sich als einer der letzten Vertreter der Aufklärung und der Vernunft in der SPD herausgestellt hat, warnt monatlich in der "Neuen Gesellschaft" vor dem Rückfall in die 20er und 30er Jahre, der nicht nur in Osteuropa drohe. Leider ohne große Resonanz. Denn dieser Rückfall in Nationalismus und Rassismus geschieht hierzulande ohne viel Geräusch und ohne, daß große Teile der ehemalige Linken ihn überhaupt thematisieren. Die sind, soweit es sich um frühere Parteigänger des Realsozialismus handelt, mit Wendemanövern in Richtung Marktwirtschaft und westliche Demokratie und den daraus folgenden späten Karrieremöglichkeiten beschäftigt. Die Grünen und älter werdenden Alternativen sind froh, sich endlich mit ganzem Herzen in die schöne, zivilisierte Republik integrieren zu können, was nicht nur hübsche Posten in Ministerien und Redaktionen, sondern auch viel Sozialprestige einbringt, denn ein bißchen Konsumkritik und ein paar gutgemeinte Reformvorschläge zur Rettung des Wohnumfeldes kommen gut an bei Journalisten und A-13-Wählern, für die die Wahl der Grünen so etwas ist, wie für den Katholiken die Absolution nach genossenen Sünden. Wo die Sozialdemokraten abgeblieben sind, weiß man nicht so recht. Außer einigen gestylten Hedonisten, die behaupten, sie seien die Führung der ältesten demokratisch-sozialistischen Partei des Kontinents, sieht und hört man nichts mehr von der SPD. So gehen denn der neue deutsche Führungsanspruch in Europa von der Währungskontrolle bis zur Anerkennung Kroatiens, die Aushöhlung des Rechtsstaats durch Stasi-Hy-

sterie und Abwicklung, die Revision der deutschen Geschichte und der Rassismus durch tägliche Angriffe auf Ausländer ohne weitere Aufmerksamkeit voran. Das zu thematisieren, zeigt nur, daß man dem alten Denken verhaftet ist. Antifaschismus ist doch eine Erfindung des verbrecherischen SED-Regimes, wegen ein paar Prozent Rechtsradikalen und einigen bedauerlicherweise abgepackelten Ausländerunterkünften soll man doch unsere schöne Zivilgesellschaft nicht schmähen. Und die sozialen Fragen, neue Armut, alte Ausbeutung, ach Gott, das sind nun wirklich die Phrasen des 19. Jahrhunderts! Bei diesem Zustand von Opportunismus, Wendehälsigkeit oder Sprachlosigkeit von großen Teilen der Linken, wächst meine Achtung vor denjenigen, die ich früher für die schlimmsten Vertreter des Reformismus gehalten habe, und die jetzt, wie Günter Grass oder Peter Glotz, recht einsam die Fackel der Vernunft hochhalten. Offensichtlich bleiben einige Anhänger der Ideale der Französischen Revolution und des schneckenhaften sozialen Fortschritts eher bei ihren humanistischen Zielen als manche revolutionären Radikalen.

Ich konnte den Skatspieler und Video-Freak Honnecker nicht mehr richtig hassen, der als Arbeiterpimpf und sozialistischer Fahnleinführer seine Jugend im Zuchthaus Brandenburg verbrachte, bis er dann mit dem kleinen Juden Hermann Axen in den Kleinbürgersofas von Wandlitz Platz nahm. Von wem stammt wohl dieser Satz? Aus der "National-Zeitung" ist er nicht, auch wenn die Bezeichnung "kleiner Jude" für Hermann Axen darauf hindeuten könnte, aber die Alt- und Neonazis beschimpfen natürlich nicht die Pimpfen und Fahnleinführer. Auch vom Oberstasi-Jäger Merdes vom Bayerischen Rundfunk kann er nicht kommen, denn der wird Honnecker und die Seinen noch über den Tod hinaus hassen und verfolgen. Die Lösung ist nicht ganz einfach. Denn die Verknüpfung des Nazi-Opfers Honnecker, der seine Jugend nicht in der Sommerfrische, sondern im Zuchthaus "verbrachte", mit den Nazis ("Pimpf", "Fahnleinführer"), die Kritik an seinem skatspielenden Kleinbürgertum, das ihn auf die Sofa des Juden Axen geführt hat, und die schöne Behauptung

des Nicht-Hassen-Könnens sind eine so geniale Mischung, wie sie kaum einem etablierten Demagogen einfallen kann. Der Satz stammt von der langjährigen grünen Vorständlerin und evangelischen Theologin Antje Vollmer. Er steht in einem offenen Brief an ihre Gesinnungsgenossin Bärbel Bohley, den sie am 13. Februar im Feuilleton der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" veröffentlichte.

Ein ganz normales, ruhiges Wochenende im vereinigten Deutschland, dieser 18./19. Januar '92. Das Wetter ist im Norden regnerisch, im Süden liegt Schnee. Stolpes Stasi-Kontakte und die Australian Open beschäftigen die Medien. Am Montag bringt die "FAZ" die Bilanz dieses weekends in folgender Kleinmeldung: "Am Wochenende hat es wieder ausländerfeindliche Übergriffe gegeben. Wie das thüringische Innenministerium am Sonntag in Erfurt mitteilte, wurden mindestens fünf Ausländer verletzt. Sechs Täter, die nach Auskunft der Polizei überwiegend rechtsextremistischen Kreisen zuzuordnen sind, wurden festgenommen. In der Nacht zum Sonntag schoß in Saalfeld nach Angaben der Polizei ein 50 Jahre alter Mann mit einer Pistole auf Angehörige der Streitkräfte der ehemaligen Sowjetarmee. Als drei Soldaten den Mann stellen wollten, sei er mit seinem Auto in die Gruppe gefahren. Zwei Soldaten wurden schwer, einer leicht verletzt. Der Mann wurde gefaßt. In Jena schlugen mehrere Skinheads einen 20 Jahre alten Chilene mit Baseballschlägern zusammen. Sie brachen ihm dabei die linke Hand. Der Mann mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Von den Tätern fehlte am Sonntag noch jede Spur, teilte die Polizei mit. In der Eisenacher Innenstadt verfolgten in der Nacht zum Sonntag nach Polizeiangaben fünf Rechtsradikale einen 31jährigen Kubaner, jagten ihn durch das Stadtgebiet und prügeln so stark auf ihn ein, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Die fünf Männer im Alter zwischen 19 und 21 Jahren wurden festgenommen. In Erfurt nahmen bislang unbekannte Täter bei einem Raubüberfall einem Asylbewerber aus Vietnam dessen Ersparnisse von etwa 3000 DM ab. Sie hatten ihn mit einer Waffe bedroht. Nach einem Brandanschlag auf eine

Aussiedlerwohnung in Speyer sind in der Nacht zum Samstag zwei junge Männer festgenommen worden. Wie die Polizei am Sonntag mitteilte, haben die beiden 17 und 19 Jahre alten Skinheads gestanden, auf dem Balkon der Wohnung und im Treppenhaus ein Feuer entfacht zu haben. Die sechsköpfige Aussiedlerfamilie aus Rußland sei durch einen Knall geweckt worden und habe sich in Sicherheit bringen können." Wie gesagt, ein ganz normales, ruhiges Wochenende im vereinigten Deutschland.

In Osnabrück hat die Ausländerbehörde die Abschiebung einer Türkin beschlossen, weil sie nicht die für die Aufenthaltserlaubnis für nachgezogene Ehefrauen erforderlichen drei Jahre "ehelicher Gemeinschaft" mit ihrem Ehemann durchgehalten hatte. Dieser hatte sie und ihre zwei Kinder regelmäßig verprügelt, hatte sie gezwungen, ihn und seine Geliebte wie eine Magd zu bedienen und sie wie eine Sklavin behandelt. Mit Hilfe der von Nachbarn gerufenen Polizei fand Frau Askoy Hilfe und Unterkunft im Osnabrücker Frauenhaus. Da sie so ihre "eheliche Gemeinschaft" bereits nach zweieinhalb Jahren verlassen hatte, entzog ihr die Behörde die Aufenthaltserlaubnis (Duldung). Das niedersächsische Verwaltungsgericht hat inzwischen diese Entscheidung bestätigt. Natürlich ist dieser Gerichtsbeschuß legal und natürlich gibt es nach wie vor in Deutschland furchtbare Juristen.

Wenn schon zurück in die Vergangenheit, dann aber auch richtig, sagen sich offenbar die Russen. Nicht nur, daß mittlerweile in Moskau mehrere monarchistische Parteien und eine Adelsgesellschaft gegründet worden sind, die sich Gedanken darüber machen, wie man den letzten Romanow, einen in Paris lebenden Neffen des Zaren, auf den Thron bringen könnte, nicht nur, daß die mit der Aufarbeitung des Zarennachlasses im ehemaligen KGB-Archiv beschäftigten Historiker in westlichen Fernsehsendungen die vorbildliche Humanität des letzten Alleinherrschers aller Reußen zu rühmen wissen, man macht sich auch Gedanken, was mit den jüngst exhumierten Gebeinen der 1918 erschossenen Za-

renfamilie geschehen soll. Der Vorschlag, diese in der traditionellen Begräbniskirche der Romanows in der Petersburger Peter- und Paul-Festung zu begraben, stieß im russischen Fernsehen auf entschiedenen Protest, weil sich unter den exhumierten Überresten auch die von Dienern, die ebenfalls exekutiert worden waren, befinden könnten. Was für eine Schmach für die Bewohner des ehemaligen ersten Arbeiter- und Bauernstaates, wenn sich auf diese Weise Domestikenknochen zwischen die gottbegnadeten Gerippe ihres angestammten Herrscherhauses schmuggeln würden.

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat entschieden, daß Kondome für Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen als "Hilfe zur Familienplanung" und als "Kosten der allgemeinen Lebensführung" im Sinne des Bundessozialhilfegesetzes von den Sozialämtern bezahlt werden müssen. Das Gericht stand der klageführenden Frau fünf Kondome im Monat zu. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" heißt es in einem altertümlichen Text, der jedenfalls ohne Bedeutung ist für Sozialhilfeempfänger, die sich sogar von der staatlichen Gewalt vorschreiben lassen müssen, wie oft sie vögeln dürfen.

Wieder ist eine Ungeheuerlichkeit von Überwachung und Ausforschung unschuldiger Menschen enthüllt worden: Bürger, die in einem Park spazierengingen und lediglich wegen "auffälliger Kleidung" den Verdacht der Prostitution erregt hatten, wurden überprüft und ihre Personalien anschließend in der Datei "Rosi" gespeichert. Dieser neuerliche Beweis für die Praktiken eines inhumanen und menschenverachtenden Systems kommt aus Frankfurt. Allerdings nicht an der Oder, sondern am Main. Und es war nicht die Stasi, sondern das Frankfurter Ordnungsamt, weshalb es Associated Press am 5. März 1992 auch nur eine 15 Zeilen-Meldung wert war.

Neues von Gorbis: "Was in Osteuropa in den letzten Jahren geschehen ist, wäre nicht möglich gewe-

sen ohne diesen Papst, ohne die große - auch politische - Rolle, die Johannes Paul II. im Weltgeschehen gespielt hat" schreibt er Anfang März in "La Stampa" und bemerkt, daß er immer den Eindruck gehabt habe, sie beide hätten dieselben Ziele gehabt. Nachdem bereits "Time" über ein 1982 geschlossenes Bündnis zwischen dem Papst und Ronald Reagan zur Niederbringung des Kommunismus spekuliert hatte, sieht die "FAZ" nun endlich in der Geschichtsschreibung "die große Linie der Wahrheit": "Gorbatschow weiß, daß der sowjetische Koloß sich noch lange in Europa und Asien hätte breitmachen können, und gibt deshalb jenem die Ehre, der das 'neue politische Denken' entwickelt hat: Johannes Paul II." Inzwischen hat Gorbis auch den anderen Begründern des neuen politischen Denkens beim Fischessen der CSU und bei den bayrischen Gebirgsschützen die Ehre gegeben und uns unsterblich blamiert, die wir geglaubt haben, von diesem Menschen könne eine Erneuerung des Sozialismus ausgehen.

Die CSU hat verlangt, der Bundestag möge in einer Entscheidung klarstellen, daß das Münchener Abkommen von 1938 "rechtswirksam" zustande gekommen sei. Bei diesem Abkommen hatte Hitler durch militärische Drohungen die CSR gezwungen, umfangreiche Grenzgebiete, in denen auch Sudetendeutsche wohnten, an das Deutsche Reich abzutreten. Die mit der CSR verbündeten Westmächte hatten im Zuge ihrer Appeasement-Politik der deutschen Erpressung nachgegeben und das von Hitler und Mussolini vorgelegte Abkommen unterzeichnet. Die CSU-Initiative, die den "Rechtsansprüchen" der Sudetendeutschen gilt, hat die Kritik des tschechoslowakischen Außenministers Dienstbier hervorgerufen. Der Sprecher der CSU-Landesgruppe Bötsch erklärte daraufhin, daß Dienstbier wohl der Wille zur freundschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland fehle. Da er aber noch nicht die Mobilmachung der Bundeswehr angedroht hat, sind ausländische Befürchtungen über ein Viertes Reich im vereinigten Deutschland natürlich völlig grundlos.



Kunstform der schwarzen Revolte

von Peter Poppe (Saarbrücken) und Ulf Trombach (Hildesheim)

HipHop ist als Begriff immer wieder zu hören. Zumeist weiß man allerdings nicht so viel damit anzufangen.

Dabei könnte man HipHop als Sammelbegriff für neue schwarze Kunstformen wie Film, Malerei (Graffiti) und Rap-Musik auffassen, die das neue Sprachrohr einer hoffnungslosen, vernachlässigten Minderheit geworden sind und für die Neubelebung der schwarzen Emanzipation den USA gesorgt haben. Uns geht es dabei um den Rap, der als "populäre Musikform" die größte Verbreitung innerhalb dieser neuen schwarzen Kunst gefunden hat.

Die Geschichte der "populären Musik" ist untrennbar mit den Traditionen der "schwarzen Musik" in den USA verknüpft. Vom ursprünglichen Rhythm 'n' Blues über den Rock'n'Roll bis zum Soul spielten schwarze Musikeinflüsse und schwarze Musiker immer eine große Rolle.

Nun hat sich mit dem HipHop bzw. der Rap-Musik wieder eine Musikrichtung entwickelt, die das Lebensgefühl vor allem junger Schwarzer in den Ghettos der US-Metropolen aufgreift und wieder spiegelt.

Der Rap nimmt, trotz aller unbestreitbarer Innovationen, die wesentlichen Elemente der schwarzen Musik wieder auf.

Schwarze Musik beruht im Prinzip auf drei Elementen

Da ist zum einen die Wechselwirkung zwischen Musiker und Zuhörer, was bedeutet, daß die schwarze Musik vielfach spontan komponiert wird und wurde. Es wird improvisiert und es sind die unmittelbaren Bedingungen, die den Beat, das Tempo und die Wirkung der Musik bestimmen. (Dies hat seinen Ursprung in afrikanischen Traditionen, wo selbst das Wetter eine Rolle für die Musikausrichtung spielt.) Es geht eben nicht so sehr um die Entwicklung neuer musikalischer Lösungen, sondern um eine unmittelbare Kommunikation, bei der selbst notenbestimmte Musikstücke so interpretiert werden, daß sie die Auffassungen und Emotionen der Musiker unmittelbar dem Zuhörer vermitteln.

Dadurch ist schwarze Musik natürlich in erster Linie eine lebendige Musik.

Das zweite Element, welches schwarze Musik insgesamt ausgezeichnet hat, ist die Benutzung der Stimme als Instrument und umgekehrt. Entweder steht die Imitation von menschlichen Stimmen im Vordergrund (wie z.B. im Jazz oder mit Verwendung der E-Gitarre im Rock der 60er Jahre (Hendrix u.a.)) oder es werden Gesangstechniken benutzt, die individuellen und kollektiven Gefühlen Ausdruck verleihen (wie z.B. im Gospel).

Das dritte Element ist immer das Wichtigste gewesen: der Rhythmus. Schwarze Musik ist immer Tanzmusik, in der spontan, ohne feste Regeln, getanzt werden konnte und so vor allem Empfindungen während des Tanzens Ausdruck gegeben werden kann. Der Beat und der Sound werden immer gefühlt, was an ihrer direkten Körperlichkeit bzw. am Ausdruck spontaner Emotionen liegt.

Musik als Sprachrohr

Diese drei Elemente sind der Grund dafür, daß die schwarze Musik von jeher einen starken Bezug zum direkten Lebensgefühl der Schwarzen gehabt hat und so auch vielfach Sprachrohr von schwarzen Auffassungen gewesen ist.

Wenn man dies in Bezug zu den Emanzipationsbewegungen der Schwarzen setzt, stellt sich die Frage, was den Rap zum neuen Sprachrohr der Schwarzen macht.

Nimmt man den Rhythm and Blues und später den Soul als musikalisches Symbol für die erste große Bewegung der Schwarzen in den 60er Jahren, so fällt eins auf: der R&B, sowie der Soul waren von den Erfahrungen der schwarzen Sklaven und später dem ärmlichen Landleben geprägt. Er bediente sehr stark vorkapitalistische Erfahrungen und verband sie mit den Lebensbedingungen

der Schwarzen in den USA seiner Zeit. Dies führte zwar in Verbindung mit der allgemeinen Radikalisierung in den USA 1967ff. zu den Black Panthers und einer neuen Identifikation mit dem Schwarzsein ("Say it loud - I'm black I'm proud") konnte aber durch seinen starken Bezug auf die Schmerzen des ländlichen Daseins sowie seiner kommerziellen Ausbeutung nur noch sehr begrenzt glaubwürdiges Sprachrohr von Schwarzen in den USA bleiben. Die Weiterentwicklung des Soul in den 70er Jahren zum entpolitisierten Disco scheint dabei eine logische Konsequenz zu sein. Er sollte die im Aufstieg begriffenen neuen schwarzen Mittelschichten bedienen. Dies wurde auch von den anderen Medien unterstützt bzw. begleitet.

Schwarze "Mega-stars" zielten auf das weiße Publikum

Als auffälligste Beispiele seien hier nur die Lebensumstände der "Bing-Cosby"-Familie oder auch die Filme von anderen "Stars" wie Eddy Murphy genannt, in denen nichts von den Problemen der ghettosierten "Großstadt-schwarzen" auftaucht. Auch Mega-Stars des Musikgeschäftes zu Beginn der 80er Jahre - wie Prince - zielen von der musikalischen Ausrichtung her eher auf ein weißes Publikum oder auf schwarze Mittelschichten.

Die Verschlechterung der sozialen Situation in den Ghettos während der Ära des Reagan-Amerika wurde von der gängigen Musik, auch nicht der der Schwarzen aufgegriffen und thematisiert. Und wenn doch, dann mit einer unzeitgemäßen Symbolik, die zwar die Unterdrückung von Schwarzen bemerkte, aber gerade von schwarzen Jugendlichen nicht mehr wahrgenommen wurde.

Erst der Rap, gespeist aus den Traditionen der Schwarzen Musik, den Erfahrungen der radikalen Schwarzenbewegung und den konkreten Lebensbedingungen für Schwarze in den Metropolen, ist durch seine neuen Formen wieder zu einer Art Sprachrohr für schwarze Jugendliche in den Ghettos geworden.

Die Mittel, die er verwendet, wie Sampling, Scratching und vor allem der ununterbrochene Sprechgesang greifen die

Formen der modernen Waren- und Kommunikationswelt direkt auf. Nicht mehr das entsetzliche Leid der Sklaven auf den Feldern ist sein Thema, sondern das Ausgeschlossensein aus der Welt des Glitzerns, des Konsums und der neuen Formen von Massenkommunikation. Dabei bedient er sich aber weiterhin der Grundelemente, die schwarze Musik immer ausgezeichnet hat.

Neue Radikalität im RAP

Eine wichtige und ernstzunehmende Form des Rap ist der politische, der eine neue Radikalität aufweist. Er klagt die Verhältnisse in den Schwarzenvierteln an und fordert eine radikale Umgestaltung der Politik und eine Gegenwehr der Schwarzen.

Am bekanntesten ist in dieser Hinsicht eine Gruppe namens "Public Enemy", die schon von mit ihrem Namen ein politisches Programm darstellt. "Öffentlicher Feind" soll direkt an die Traditionen der Black Panther anknüpfen. (Malcom X ist in den Ghettos wieder ein bekannter Name.) Dazu hat die Black Muslim-Bewegung wieder neuen Auftrieb bekommen. "Public Enemy" fordern dann auch ein eigenes Land auf dem Territorium der USA. Ihre Meinung ist es, daß sich noch keine weiße Regierung um die Probleme der Schwarzen gekümmert habe. Im Gegenteil haben die beiden letzten Präsidenten - und die vor allen Dingen - den Rassenhaß noch mehr geschürt. Schon jetzt sei es so, daß einige wenige Reiche im Senat das Sagen hätten - u.a. auch der Chef des Tabakkonzerns Philip Morris, ein Mitglied des Ku-Klux-Klan. Dabei ist augenfällig der Haß auf die Juden in den USA. Dabei werden dann Verschwörungstheorien - wie das die Juden die Schiffe besessen hätten, mit denen Schwarze als Sklaven nach Amerika verschifft worden seien - ins Feld geführt. Selbst der HIV-Virus ist angeblich, so "Public Enemy", von jüdischen Geschäftsleuten bei Experimenten in Afrika produziert worden. Damit soll vor allem der enorme Einfluß von Personen jüdischen Glaubens auf die amerikanische Politik und Wirtschaft angegriffen werden.

Dies ist sicherlich nicht kritiklos hinzunehmen. Bedenken sollte man allerdings, daß Unterdrückte nicht per se einen Persilschein auf absolute Wahrheit gepachtet haben und im Grunde ist eine

solche Thematisierung der Unterdrückung, den Bewohnern der Ghettos schon zu weit von ihren wirklichen Problemen entfernt. Für sie stellt der Rap vor allem ihre Alltagsprobleme in den Vordergrund: Mord, Prostitution und Drogen; den alltäglichen Straßenkampf der Banden, die als Familiensatz dienen und ein Zugang zu Geld und Aufstieg sein können, bei dem jährlich einige hundert Jugendliche sterben, und vor allem die große Arbeitslosigkeit, die in der Rezessionsphase der Post-Reagan-Ära immer weiter um sich greift und immer mehr Menschen verarmen läßt.

RAP-Music is the last voice of Black People

Sie sehen Rap als Plattform, auf der man diese Probleme publik machen sollte und als den Willen, dies auch zu tun. Manche Rap-Bands haben damit sogar großen Erfolg, wenn sie diese Probleme aufgreifen, auch wenn zum Teil bitter-zynisch glorifiziert.

Es lohnt sich schon genau hinzuhören, wenn man zufällig auf HardCore-Rap stößt. Zum einen wollen die Botschaften richtig verstanden werden, vor allem wenn folgendes stimmt: "Rap-Music is the last voice of Black People" (Boogie Down Productions, "EDUTAINMENT"). Zum anderen eröffnet sich dann vielleicht der Zugang über den Stellenwert von zeitgemäßer politischer Agitation und ihrer Symbolik, wofür Rap bzw. der gesamte HipHop ein Beispiel sein können.

Dazu wäre es aber verstärkt notwendig, einmal konkret an den Erscheinungen der Massenkultur entlang zu diskutieren, Standpunkte zu beziehen und differenziert Vorhandenes aufzugreifen.



“Frauenwege im neuen Deutschland”

Frauenkongreß der JUSO-Linken: Bericht

Von Claudia Walther*

Es war der Versuch der JUSO-Linken, ein Angebot zu machen, das über frauen-tage-spolitisch-aktuellen Alltag zwischen § 218 und JUSO-Quotierung hinausgeht und dem Bedarf an grundlegenden theoretischen Diskussionen entspricht. Den bisher häufig anzutreffenden Vermutungen zum Trotz, die Theorieebene der feministischen Diskussionen sei nur etwas für kleinangelegte Seminare und Theoriezirkel, kann der Frauenkongreß der Juso-Linken “Frauenwege im neuen Deutschland” als rundum gelungene Sache bewertet werden! Der Theoriebedarf in der frauenpolitischen Diskussion bestätigte sich auch durch den bereits im Anmeldeungsstand festzustellenden Andrang auf das Forum, “Geschlechterverhältnis, Geschlechterdifferenz” mit Mechthild Jansen, das mit dem größten angekündigt worden war.

Unter den 80 Teilnehmerinnen befanden sich viele neue und unbekannte Gesichter - von Jusos, aus der Frauenbewegung, einfach Interessierte. Alle kamen auf ihre Kosten. Denn das inhaltliche Niveau war anspruchsvoll; die ein oder andere war nach den Arbeitsgruppen ganz schön erschöpft, aber - das gilt zumindest für die meisten - zufrieden.

“Es geht um nicht weniger als das Ganze!”

Viel Stoff für unsere weitere Diskussionen bot das Eingangsreferat von Frigga Haug (Soziologin und Mitheraus-

geberin der Zeitschrift ‘Argument’). Ihre These, daß das Patriarchat nicht nur Bestandteil des Kapitalismus (oder der anderen bisherigen Gesellschaftssysteme) sei, sondern des ganzen “bisherigen Zivilisationsmodells”, führte sie an Beispielen aus Kultur, Politik und Lebenswelt aus. Von Mozarts Zauberflöte bis zum Golfkrieg und zum Wissenschaftsbetrieb entsprechen (Zeit-, Profit-...) Logik und Rollenzuschreibungen dem “bisherigen Zivilisationsmodell”. Nachdem der Kapitalismus nach dem Zusammenbruch des sogenannten Realsozialismus als einzige Alternative hingestellt werde, gelte es, die “Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse” im oben skizzierten Sinne zu analysieren. Die Entwicklung einer Alternative könne folglich genausowenig eindimensional erfolgen, sondern müsse die Entwicklung eines völlig “anderen Zivilisationsmodells” bedeuten. “Es geht um nicht weniger als das Ganze!” Die Forderung nach Quotierung aller gesellschaftlichen Bereiche sei dabei, so Frigga Haug, ein wesentlicher Hebel, durch den Einzug von Frauen symbolische Ordnung des “bisherigen Zivilisationsmodells” durcheinanderzubringen. Die Ausführungen von Frigga Haug können sicher als Impuls unsere Diskussionen zum Verhältnis von Kapitalismus und Patriarchat bzw. von Feminismus/Sozialismus weiterbringen.

Lebensalltag in Ost und West

Mit den aktuellen Streitthemen “Gleichheit und Differenz”, “Wandel der Geschlechterrollen”, bezogen auf den weiblichen Lebensalltag in Ost und

West, und Frauenrecht beschäftigten sich die drei Foren des Kongresses. Vor dem Hintergrund der beiden Referate von Christiane Schindler (UFV-Ost) und Elvi Thelen (Frauenalltag West) gelang es zwei verschiedene Ansätze aus reiner Ost- und aus reiner West-Perspektive in der Diskussion zusammenzubringen. Selten genug! Dadurch wurde die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung für Ost- und Westfrauen auf sehr fundierter Basis sichtbar. Mechthild Jansen, in der Juso-Frauediskussion bekannt und viel zitiert, referierte in einem anderen Forum zum Streitpunkt “Gleichheit und Differenz”. Vorteilhaft war hier, daß sie nicht eine pauschale Bewertung der Differenz-Theorie verfiel, sondern ziemlich genau auseinander-’dröselte’, wo Nachteile, reaktionäre Bezüge und Schwächen der Differenz-Position liegen, aber auch wo Richtungsverschiebungen und Impulse durch die Diskussion die feministischen Theorien weiterbringen (können). Ihre Zielperspektive, auf einen Nenner gebracht, lautet: Gleiches Recht auf Selbstbestimmung - im kollektiven Kontext. Sabine Berghahn, Berliner Dozentin und Referentin im dritten Forum, wagte einen Durchgang durch das gesamte Rechtssystem. Sie blieb nicht stehen bei der pauschalen Bewertung von männerdominiertem Recht und der Forderung nach frauenorientiertem Recht, sondern ging vom Arbeitsrecht bis Ehe-recht und § 218 alle bisherigen Fallen durch - mit entsprechenden Alternativ-Ansätzen.

Für die Diskussion in dem ein oder anderen Forum hätte noch viel mehr Zeit sein müssen - so ist das nun mal.

Zwischen Ernüchterung und Hoffnung

Auch das Abschlußforum war recht ergiebig. Die Bilanz, die im Anschluß an meine kurze Darstellung der aktuellen Juso-Frauenpositionen auf dem Abschlußpodium von Christiane Schindler (für die Ost-Frauenbewegung) und Mechthild Jansen (für die Frauenbewegung West) gezogen wurde, schwankte zwischen Ernüchterung und Hoffnungsschimmern. Die Ernüchterung lag vor allem auf Seiten Christiane Schindlers, die die “bedingungslose Überstülpung” eines “völlig festen Kapitalismus” im Anschluß an die “destabile DDR” und das zunächst entstandene “Machtvakuum” beschrieb. In dieses “Machtvakuum” war die neue Frauenbewegung Ost direkt vorgedrungen und konnte auch einiges an Erfolgen verbuchen (z. B. festgeschriebene Gleichstellungsstellen), wurde anschließend aber immer weiter zurückgedrängt - wie insgesamt die Frauen und die Frauenproblematik. Mechthild Jansen konnte dagegen auf einige nicht zu unterschätzende positive Veränderungen der Lebensverhältnisse von West-Frauen verweisen, wenn auch “noch längst kein Durchbruch” gegen das Patriarchat erreicht sei. Die Frauenbewegung West selbst sei zwar “diffuser”, aber in einigen Bereichen “auch professioneller” geworden. Die Ausgangsbedingungen zwischen Ost- und West-Frauenbewegung stellen sich doch arg unterschiedlich dar. Die Vorstellungen einer langfristigen Utopie dagegen waren recht ähnlich: Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Frauen, im Sinne freier und gleicher Individuen - in einem kollektiven Rahmen. Leider noch nichts für das Jahr 2010, sondern ein langer Weg!

Gefragt: Vielfalt in der Frauenbewegung

Bisher sind die Alltagssorgen und aktuellen Forderungen von Ost- und West-Frauenbewegung noch recht unterschiedlich, stellte sich im konstruktiven Streit heraus. Es müsse aber, so ergab die Diskussion im Gesamtplenium, auch nicht unbedingt eine Ein-Punkt-Bewegung sein, sondern gerade jetzt sei Vielfalt angebracht. Dringendstes Anliegen, da bestand Einigkeit im Plenum, sei der “Endspurt” gegen den § 218! Insgesamt gehe es, ein weiteres Fazit, in erster Linie um die frauenorientierte Umgestaltung von Be-

rufswelt, Familie und Demokratie - was eine Vernetzung der Frauenbewegung erfordere! Ein Antidiskriminierungsgesetz (ADG), das bei Jusos verstärkt diskutiert wird, sei dazu ein durchaus geeigneter Ansatz. Ein weiterer Vorschlag: eine neue, intensive Diskussion über die künftigen Arbeitsweisen der Frauenbewegung in Ost und West wäre dringend angesagt! Vielleicht gelingt uns dazu ja ein Anstoß?

Die lebhaften und durchaus Perspektiven aufweisende Diskussion am Samstagmorgen konnte nicht darüber hinwegtäuschen,

daß die Frauenbewegung sich in einer schwierigen Phase befindet. Utopieverluste und Krisenerscheinungen der Linken gehen auch an der Frauenbewegung nicht spurlos vorbei. Bei der Konkretisierung und Umsetzung der diskutierten Ansätze gibt es noch jede Menge Schwierigkeiten zu überwinden, ehe man von einem neuen Aufbruch der Frauenbewegung sprechen können.

In Planung ist eine Dokumentation, um mit den Beiträgen des Frauenkongresses weiter arbeiten zu können.

Anzeige

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z.

Einzelpreis: 15,-DM
Im Abonnement
(4 Hefte pro Jahr): 45,-DM
Bezug: Z. - Vertrieb
Köln, Straße 66
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. (069) 739 29 34

Nr. 9, März 1992

Neubert/Dietzel/Siebert
**Krise der internationalen
Arbeiterbewegung**

Hayasaka/Ikeda/Kotzias/Schmid
**Marxistische Diskussion in Japan,
Griechenland und Österreich**

Hedeler
Zerfall der KPdSU

Castro/Dorestal
Situation der Linken in Lateinamerika

Song
Die Linke in Korea

Vidal-Naquet
Die Mörder des Gedächtnisses (III)

Marxismus international

Radikal und offensiv

oder sozialdemokratisch langweilig?

Die JUSOS vor dem Bundeskongreß 1992

von Claudia Walther und Reinhold Rünker*

Von einem "notwendigen Neuanfang" sprach im letzten Jahr der frischgewählte JUSO-Bundesvorsitzende der "undogmatischen Strömung" angesichts des (für ihn unerwartet knappen) Führungswechsels auf dem Vereinigungskongreß in Potsdam. Auf dem Kongreß wurden jedoch keine inhaltlichen Projekte oder Akzente der neuen Mehrheit deutlich oder durchgesetzt. Das breit verabschiedete Arbeitsprogramm trug deutlich die Handschrift der Juso-Linken und die vom Bezirk Westliches Westfalen eingebrachte, linkssozialistisch orientierte Grundsatzerklärung konnte sich gegen die ethisch-sozial ausgerichtete "Brandenburger Erklärung" der "undogmatischen" Jusos durchsetzen.

So verwundert es auch nicht, wenn heute festgestellt werden muß, daß diese Beschlüsse für die Aktivitäten der Bundesvorstandsmehrheit kaum eine Rolle spielen, ein eigenes Verbandsprojekt ebenfalls nicht in Sicht ist. Die Situation läßt sich zur Zeit so charakterisieren: Jeder macht, was er/sie will, aber keineR, was er/sie soll.

Eine allseits befürwortete Jugendinitiative in Ostdeutschland versickerte bereits nach dem Auftakt am 03.10. in Leipzig, der vor allem darunter litt, daß er in der Öffentlichkeit als reine SPD-Veranstaltung wahrgenommen wurde. An dieser Stelle und in der darauffolgenden Zeit wurden Chancen vertan, weitere - dringende notwendige - Anknüpfungspunkte für den Aufbau in den FNL zu nutzen. Erfolgsmeldungen von der Bundesebene gibt es nicht und es lohnt kaum, auf die

einzelnen Versäumnisse der derzeitigen Mehrheit und die Unfähigkeit des Bundesbüros im Detail einzugehen. Der Rücktritt der in Potsdam nur knapp wiedergewählten Bundesgeschäftsführerin Annette Katterbach hat die Lage im Bermuda-Dreieck "JUSO-Bundesbüro" zwar entspannt, aber nicht verbessern können.

Politisch besteht das Problem, daß die Bundesebene sowohl innerhalb des Verbandes als auch gegenüber der Partei oder nach außen kaum zur Kenntnis genommen wird. Eine Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Bewegungen oder den Gewerkschaften findet nicht statt. Das Verhältnis zur Partei ist zwiespältig: Auf der einen Seite findet die derzeitige Verbandsführung Oskars NATO-Ausweitungspläne einfach "kreativ", schweigt aber zum Thema "Asylpolitik" oder in Sachen "Antragsrecht für Arbeitsgemeinschaften". Auf der anderen Seite versucht sie in keiner Weise, sich aktiv in die Arbeit des Frankfurter Kreises bzw. der Parteilinken einzubringen.

Jusos als Karriereverein?

Das Resümee zum Bundeskongreß '92 fällt verheerend aus: dem JUSO-Bundesverband droht ein Rückfall in die 50er und 60er Jahre - zum langweiligen, sozialdemokratischen Karriereverein. Das Erbe der JUSO-Linkswende, Doppelstrategie und das Verständnis als sozialistischer Jugend- und Richtungsverband - in Potsdam noch strömungsübergreifend als jungsozialistische Identität postuliert - wird von der Bundesvorstandsmehrheit nur noch an "Festtagen" im Munde geführt.

Faktisch befördert sie damit eine sich an der JUSO-Basis ausbreitende entpolitisierte Grundströmung, die in ihrer Tendenz schon seit einigen Jahren analysiert wird. Auch wenn das Häuflein der organisierten "JUSO-Rechten" weiterhin überschaubar klein ist, darf diese Entwicklung nicht ignoriert oder unterschätzt werden. Die Anforderung an Bundes-, Landes- und Bezirksebenen, neben den alltäglichen gesellschaftspolitischen Eingriffen auch programmatische und theoretische Diskussionsprozesse zu organisieren, in denen eine "positive Tradierung jungsozialistischen Gedankenguts" erfolgt, wird immer größer.

Mit der Veränderung des traditionellen Fraktionsgefüges bei den JUSOS hat sich ohnehin gerade bei den sogenannten Undogmatischen die Bindewirkung an fortschrittliche, sozialistische Positionen gelockert. Dies führt v. a. zu zwei erkennbaren Veränderungen: Gliederungen erklären sich als "kreisfrei" und bleiben mehr oder weniger deutlich sozialistisch orientiert. Zum anderen öffnen sich Teile der "undogmatischen"-Strömung immer deutlicher dem sozialliberalen, marktwirtschaftlichen Mainstream, ohne sich aber von ihrer Strömung zu lösen.

Ein "organisierendes Zentrum" ihrer Diskussionen gibt es nicht mehr. Als einziger Konsens bleibt die Ausgrenzung gegenüber der JUSO-Linken. Dabei wächst die Borniertheit der "undogmatischen" Strömung offensichtlich proportional mit ihrer inhaltlichen Ausgezehrtigkeit und treibt immer weniger nachvollziehbare Blüten. Aber auch dieses Handlungsmuster kann nicht mehr über die eigene Orientierungslosigkeit hinwegtäuschen und erzeugt zunehmend

Ablehnung in den eigenen "undogmatischen" Reihen.

Die JUSO-Linke, die sich u. a. aus dem Hannoveraner Kreis entwickelt hat, konnte sich trotz verschiedener Probleme im vergangenen Jahr in weiten Bereichen stabilisieren. Mit der JUSO-Linken-Plattform wurde ein aktueller Zwischenstand linkssozialistischer Diskussionen bei den JUSOS veröffentlicht. Nach dem Einbruch, den der damalige Hannoveraner Kreis erlebt hatte, ist die JUSO-Linke heute in wichtigen Verbandsgliederungen verankert, zeichnen sich in einigen Gliederungen neue linke Konstellationen unter Beteiligung und Mitgestaltung der JUSO-Linken ab. Die Anforderung, inhaltliche Projekte weiterzuentwickeln und um eine linke Alternative zu ringen, nimmt angesichts des rapiden Verfalls der "undogmatischen Strömung" für die JUSO-Linke enorm zu.

Die Juso-Strömungen

Interessant ist die (strömungspolitische) Entwicklung der immer noch mit relativ wenig Mitgliedern arbeitenden JUSOS in Ostdeutschland. Vermuteten viele zuerst mit den Ost-JUSOS den endgültigen Durchbruch rechtssozialdemokratischen Gedankenguts, hatten anschließend die "undogmatischen" Jusos gehofft, neue "Machtbasen" im Osten aufbauen zu können, geben sich heute die meisten JUSOS dort erfrischend fraktionsungezwungen und -gebunden. Zwar ist eine gemeinsame "Ost-JUSO-Identität" nur ansatzweise vorhanden, doch wird zu erwarten sein, daß neben (wenigen) funktionierenden Kooperationen mit West-Landesverbänden (z. B. Mecklenburg-Vorpommern und Bremen/Schleswig-Holstein) künftig eine engere Zusammenarbeit der Ost-Landesverbände wiederbelebt wird.

Diese Veränderungen im JUSO-Verband werden auf dem Bundeskongreß, der vom 22.-24. Mai in Wolfenbüttel stattfinden wird, zunächst kaum größere Auswirkungen auf die Gesamtkonstellation der Bundesebene haben. Da es sich um einen "Zwischenkongreß" handelt, wäre zu erwarten gewesen, daß er dazu genutzt würde, in den (nicht nur weltpolitisch) unruhigen Zeiten bei zentralen Fragestellungen eine Positionsbestimmung oder Bündelung vorhandener Positionen vorzunehmen. Themen dazu böten sich reichlich an: dem Zusammen-

bruch der Ökonomie in den Ländern der ehemaligen DDR und damit der Spaltung der Lebensperspektiven der Menschen im neuen Deutschland müssen Gegenkonzepte entgegengesetzt werden, in der aktuellen "Asyldebatte" müssen Ursachen (konservative Herrschaftssicherung, alltäglicher Rassismus, globale Migrationsbewegungen,) analysiert werden, Gegenstrategien sind zu entwickeln. Gegenüber der Partei stehen die Fragen ihrer aktuellen Oppositionspolitik und der Parteireform auf der Tagesordnung.

Der Bundeskongress wird hingegen zum Thema "Europa" stattfinden. Zwar ist nach den gravierenden Veränderungen in Europa eine Aktualisierung der Beschlüßfassung von 1989 notwendig, allerdings reicht dies als alleiniger Schwerpunkt nicht aus. Zweifel an der Möglichkeit, diesen Bereich programmatisch ernsthaft weiterzuentwickeln, müssen angemeldet werden, wenn beachtet wird, daß der Ex-FDP-Vorsitzende Martin Bangemann als Vizepräsident der EG-Kommission am Samstagvormittag das Hauptreferat des Kongresses halten soll.

Bermuda-Dreieck Bundesbüro

Der Rücktritt der Bundesgeschäftsführerin macht Neuwahlen notwendig: einzige Kandidatin ist die bisherige JUSO-Hochschulgruppen-Sekretärin Carola Parniske-Kunz. Ihre Kandidatur bringt den desolaten Zustand der "Undogmatischen" Strömung auf den Punkte, denn auch aus den eigenen Reihen werden massive Zweifel an ihrer Qualifikation für den Posten laut. Trotz guter Chancen, eine Person durchzusetzen, ist es unwahrscheinlich, daß die Juso-Linke mit einer eigenen Kandidatur in die Personalentscheidung eingreift. Die dafür notwendige Voraussetzung einer vernünftigen Arbeitsgrundlage mit der derzeitigen Bundesvorstandsmehrheit und dem Vorstand in Gänze ist absolut nicht gegeben. Würde eine Vertreterin der JUSO-Linken gewählt, bekäme sie in der Außendarstellung das Versagen der Verbandsführung angelastet, würde nach innen verschlissen und könnte aufgrund der gesamten Konstellation keine Veränderungen der miserablen Situation bewirken. Ein Kandidatur ist also nicht zu verantworten. Vielmehr wollen wir unsere Bemühungen darauf richten, für den ordentlichen Bundeskongreß 1993

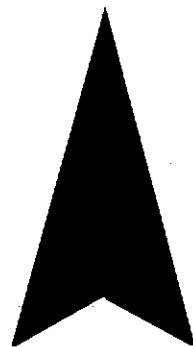
eine neue, linke Mehrheitskonstellation zusammenzubringen, statt uns ein weiteres Jahr lang in unnützen Grabenkämpfen erschöpfen zu lassen.

Handlungsfähigkeit contra Entpolitisierung

Der zunehmenden Entpolitisierung (auch) auf Bundesebene müssen wir auf diesem Bundeskongreß vielmehr inhaltliche Handlungsfähigkeit und unsere politischen Projekte entgegensetzen. Neben innerverbandlichen Themen (Richtlinien, frauenorientierter Umbau des Verbandes) wird es eine Reihe von Anträgen geben, die sich mit den drängenden Fragen der Zeit beschäftigen: zum Beispiel zum Komplex "Asyl/Migration/Rassismus", zur Perspektive der Jugend- und Bildungspolitik im neuen Deutschland, für eine offensive Industrie- und Strukturpolitik (nicht nur) in den neuen Bundesländern. Für die Arbeit des Bundesverbandes ließen sich daraus handhabbare und ausstrahlungsfähige Projekte entwickeln, in denen vor allem auch die zahlreichen Aktivitäten der Bezirke zusammengeführt werden können: Denkbar wären für 1992/93 ein Internationalismus/Antirassismus-Projekt und ein an die Jugendinitiative anknüpfendes Projekt gegen soziale Spaltung in Ost und West. Mittelfristig ist ein Projekt zu entwickeln, mit dem JUSOS in die Lage kommen, offensiv in die Auseinandersetzung um die künftige Arbeits- und Lebensweise einzugreifen. Angesprochen werden sollen damit Kreativität und Utopie der JUSOS. Wenn die vielfach beschworene Überwindung von Fraktionsritualen Realität werden soll, kann dies nur auf einer gemeinsamen programmatischen Basis erfolgen, die sich an den gesellschaftlichen Konfliktfeldern orientiert und auf deren Grundlage gemeinsames Handeln als Verband entwickelt werden kann. Wir JUSOS haben immer dann eine wichtige (gesellschaftliche und innerparteiliche) Rolle gespielt, wenn wir uns in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen engagiert und soziale Bewegung in eine politische Erneuerung der SPD umgesetzt haben. Dazu muß auf diesem Bundeskongreß ein Beitrag geleistet werden.

* Claudia Walther, Aachen, Mitherausgeberin der spw, Reinhold Rünker, Oelde, beide stellvertretende JUSO-Bundesvorsitzende

Wir im **N**orden



Ende des vergangenen Jahres fand in Stralsund der Landesparteitag einer laut offiziellen Angaben 3400 Mitglieder zählenden Partei in Mecklenburg-Vorpommern statt. Es war der Sozialdemokraten.

Die Selbstheilungskräfte des Marktes

Im Mittelpunkt stand ein wirtschafts- und sozialpolitischer Leitantrag mit dem Anspruch, den BürgerInnen dieses mit Landwirtschaft und maritimer Monstruktur gesegneten Landes eine inhaltliche Alternative zum Regierungslager (CDU/FDP/Schulz-Koalition mit einer Stimme Mehrheit im Parlament) zu bieten. Doch ähnlich wie die Landtagspolitik bleibt auch dieser Beschluß hinter Ansprüchen, eine wirklich oppositionelle Haltung gegenüber Gomolka, (Krause) & Co schuldig. Zu sehr wird auch hier auf die "Selbstheilungskräfte des Marktes"- es müßten ja nur Investoren gelockt werden - gehofft. Obwohl die SPD in Umfragen und Stimmungslagen weitaus besser als die Union liegt, versäumt ihr Partei- und Fraktionsvorsitzender keine Gelegenheit, der Regierung seine Zusammenarbeit anzubieten, und trauert wohl immer noch der anfangs möglichen großen Koalition nach. Eine schlüssige Konzeption für das Werteproblem ist die Partei bisher ebenfalls schuldig geblieben. Unter dem

Zur Lage von SPD und Jusos gut ein Jahr nach den verlorenen Landtagswahlen in Mecklenburg - Vorpommern.

Von Thorsten Werner

ökologische Umbau unserer Gesellschaft wie unter zukunftsorientierten Verkehrskonzepten versteht die SPD zuerst die Befürwortung der Küstenautobahn quer durch das grüne Land, wenn auch nicht in dem Eilzugtempo á la Krause.

Niedriger Organisationsgrad

Dabei hat die Partei schon genug Probleme bezüglich des geringen Organisationsgrades. Fast jedes zweite Mitglied übt eine Mandatsfunktion aus. Viele GenossInnen, oft in große Anti-PDS-Koalitionen eingebunden, machen auch aus dieser Sicht Parteipolitik. Eigenständige SPD-Standpunkte sind der Bevölkerung kaum bekannt. Programmatische Arbeit wird eh nur in den Arbeitsgemeinschaften geleistet. Hierbei nehmen die Jusos noch die größte und wichtigste Rolle ein. Die AsF und AfB stehen noch ganz am Anfang und verfügen über keine landesweite Aktivistenschar. Den Vogel abgeschossen hat die Parteiführung in Rostock und Schwerin aber mit dem Verhalten gegenüber Käthe Woltemath, das von Ignoranz bis zur offenen Ausgrenzung reichte. Lichtblick auf dem Landesparteitag war übrigens die Annahme eines Asylantrages, welcher von den Jusos initiiert worden war und die Ablehnung von Sammellagern, Beschleunigungsverfahren und natürlich einer Grundgesetz-Änderung zum Inhalt hatte. Als Landesvorsitzender bestätigt wurde der Rostocker Chemiker und Fraktions-

vorsitzende im Schweriner Schloß, Dr. Harald Ringstorff, dem allgemein am ehesten zuzutrauen ist, fortschrittliche Inhalte durchzusetzen. Eine Parteilinke - wie im Westen üblich - ist nicht auszumachen.

Landeskonzferenz der Jusos

Ebenfalls Ende vergangenen Jahres führten die Jusos ihre 2. Landeskonzferenz durch. Unter dem Motto "Wohnen ist Leben" machten viele der 30 JungsozialistInnen ihre ersten Erfahrungen mit inhaltlicher Arbeit. Diese Fachtagung besaß nach Ansicht vieler überraschend hohes Niveau.

Bei den am dritten Konferenztag durchgeführten Vorstandswahlen wurde der Rostocker Mathematikstudent Christian Reinke aus Rostock im dritten Wahlgang zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Er bezeichnet sich zwar selbst als Juso-Linker: Erfreulich aber - wie der kunterbunten Zusammensetzung des Vorstandes anzumerken ist -, daß ernsthaft versucht wird, überlebte Fraktionseinteilungen nicht zu übernehmen. Schwerpunkte der Arbeit der Landes-Jusos sollen die Weiterführung der wohnungspolitischen Auseinandersetzungen, SchülerInnenprojekte und der Widerstand gegen die geplante Küstenautobahn sein.

Allerdings ist noch immer die Finanzierung des Landesverbandes und der Unterbezirke durch Partei und den Ring Politischer Jugend nicht abgesichert und somit die Verwirklichung dieser Vorhaben noch fraglich.

Den Kopf aus den Akten

Blätter für deutsche und internationale Politik

Sigrid Faath/Hanspeter Maties
Algerien: Keine Demokratie für die Feinde der Demokratie?

Es ist an der Zeit,
daß einer aufsteht und nein sagt

Günter Gaus: Rede zur geistigen Lage der Nation
Tatjana Ansbach/Martina Weyrauch: Schuldig bei Verdacht?
Erste Erfahrungen mit dem Stasi-Untertagengesetz
Gerhard Zwergen: Pyrrhus-Siege der Bürgerbewegung

Jörg Hüfisch
Überwindung oder Vertiefung der Spaltung Europas?

Andreas Hanemann-Gruder
Konversionschaos in Rußland

Bernd Ulrich
Politik im Ozonloch

3'92

Einzelheft W: 12,- DM, O: 9,- DM Im Abonnement 7,50 DM
Für Studierende, Wehr- und Zivildienstleistende 5,90 DM

Die Blätter kennenlernen?

- Ich bestelle Heft 3/92 zum Preis von 12 DM.
 Ich bestelle ein Probeabo - Heft 3 und 4/92 für 15 DM.
 Ich möchte ein kostenloses älteres Probeheft.
Zutreffendes bitte ankreuzen, Scheck oder Briefmarken beilegen.

Name: _____

Vorname: _____

Str: _____

Ort: _____

Land: _____

Blätter Verlagsgesellschaft, Bertha-v.-Suttner-Platz 6, 5300 Bonn 1

* Thorsten Werner, Rostock, JUSO-Beauftragter für die SchülerInnenarbeit

Experto- kratie contra Klüngel?

von Hans Günter Bell*

Ein im Auftrag der Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW erarbeitetes Papier des Ehepaares Scheuch macht in der öffentlichen Diskussion Furore¹. In ihrer Arbeit geht es jedoch nicht nur um den "Kölschen Klüngel". Die Kritik an dieser Kölner Spielart dessen, was andernorts Filz heißt, ist eingebettet in umfassendere Betrachtungen. Ausgehend von der "Unfähigkeit, die aus der Vereinigung folgenden Probleme als ordnungspolitische Aufgabe zu verstehen" stellen sie die Diagnose: "Die Qualität der Berufspolitiker erweist sich angesichts einer ungewöhnlichen Aufgabe als zu gering." Auf 30 Seiten entwickeln die Scheuchs Thesen zu einer strukturellen Erneuerung der politischen Führung. Damit greifen sie von rechts in eine auch in dieser Zeitung intensiv geführte Diskussion um die Krise der politischen Parteien in der BRD ein.

Kandidatenauswahl

Als zentrale Funktion politischer Parteien wird von den Scheuchs die "Auswahl

* Hans Günter Bell; geb. 1965, Vorsitzender der Kölner JUSOS, Dipl.-Stadtplaner, beschäftigt im Amt für Stadterneuerung der Stadt Köln

von Kandidaten für Führungspositionen in der Politik" angegeben. Die Parteienverdrossenheit wird darauf zurückgeführt, daß die politischen Parteien in dieser Funktion versagt haben. Für eine Reform des Parteiensystems sei deshalb die "Veränderung der Rekrutierungsmuster für politische Ämter" zentral.

Herausgestellt wird die Vorherrschaft des Typs Berufspolitiker, "der ... tendenziell bereits in der Universität ... Mitglied einer politischen Gruppierung (ist) und ... häufig direkt nach Ende des Studiums eine Karriere mit Politik als Hauptberuf (beginnt)." Für den Erfolg dieser Berufspolitiker sei dreierlei bestimmend: "Zunächst und vor allem die Unterstützung in einer Seilschaft, um die Wiedernominierung als Kandidat zu erreichen. ... An zweiter Stelle ist das über die Medien vermittelte Ansehen wichtig. An dritter Stelle ist wichtig ein Kapital von Gefälligkeiten, vor allem erwiesen den politischen Gegnern und einflußreichen Bürgern. Nicht so wichtig ist das Abschneiden der eigenen Partei in einer Wahl; denn soviel Stimmen für ihre Parteien, wie es für die Ämter und sonstigen Vorteilsnahmen der Berufspolitiker in CDU und SPD nötig ist, wird es nach Meinung dieser Politiker allemal geben."

Eine Beschreibung, die die Wirklichkeit zwar recht gut trifft, deren Grundannahme jedoch unzureichend ist. Zahlreiche Umfragen belegen zwar die Bedeutung, die den führenden VertreterInnen der Parteien für deren Erscheinungsbild zukommt. Die Wahlentscheidung und die Entscheidung, sich politisch zu organisieren, hängt aber entscheidend von der Gesamtdarstellung der Partei ab. Zu dieser Gesamtdarstellung gehören zwar auch die handelnden PolitikerInnen, ebenso prägend ist jedoch - die Handlungs- und Aktionsbereitschaft der Partei; die Frage also, ob sie bereit und in der Lage ist, für ihre Ziele und Vorstellungen offensiv einzutreten und zu kämpfen (Bewegungspartei), und - das Vorhandensein eines überzeugenden Reformkonzeptes (Programmpartei).

Die Zukunftsfähigkeit einer politischen Partei erweist sich also nicht nur - wie von den Scheuchs unterstellt - an einer möglichst geschickten Auswahl der Führungsriege. Eine auf dieser einseitig auf die Führungskräfte aufbauende Auseinandersetzung mit "Parteien und Politiker(n) in der Bundesrepublik" muß zwangsläufig zu unzureichenden

Ergebnissen führen.

Viele der konkreten Veränderungsvorschläge sind zudem schon seit längerem in der Diskussion, so z.B. die zeitliche Begrenzung der Wiederwählbarkeit von MandatsträgerInnen. Andere Vorschläge sind strikt abzulehnen:

- Der Vorschlag, die Kandidaten durch alle Parteimitglieder des jeweiligen Wahlkreises wählen zu lassen, hätte eine monatelange Lähmung der Parteiarbeit durch einen innerparteilichen Vorwahlkampf zur Folge. Zudem würde dies zu einer weiteren Verfestigung von Machtstrukturen führen, da öffentlich bekannte MandatsträgerInnen strukturell im Vorteil wären.

- Der Vorschlag, ganze Bevölkerungsgruppen (Beamte und Journalisten) von Partei- und Wahlämtern auszuschließen und nur solche Kandidaten zuzulassen, die "sich über einen Zeitraum mindestens von zehn Jahren in einem Beruf bewährt haben, der den eigenen Lebensunterhalt voll deckt" läuft auf nicht weniger als die Wiedereinführung des 2-Klassen-Wahlrechtes hinaus. Denn durch diese Hürde würden auch Jugendliche, Hausfrauen und -männer, Arbeitslose vom politischen Mandat ausgeschlossen.

Seilschaften, Netzwerke, Freundeskreise

Zutreffend die Kennzeichnung des politischen Systems als "Feudalsystem", dessen zentrales Element der "Tausch von Privilegien gegen Treue" sei. Und doch verblüfft die Ungeniertheit, mit der die Scheuchs sich in die Brust werfen. Verbinden sich doch mit dem Namen Erwin K. Scheuch haßerfüllte Angriffe gegen linke WissenschaftlerInnen. Als zeitweilig erster Pressesprecher des "Bundes Freiheit der Wissenschaft" und dessen Vorsitzender von 1980 bis 1986 steht Erwin Scheuch für zahlreiche Versuche KommunistInnen, SozialistInnen und solchen, die er dafür gehalten hat, der berufliche Existenz an den Hochschulen der BRD zu berauben.

Öffentliche Unternehmen als Beuteobjekte des "Klüngels"

Die reaktionäre Sicht auf die Dinge führt denn auch zu einigen Verzerrungen: Als wichtigstes Instrument der Vorteilsnahme werden die "Ausgründungen städtischer Dienstleistungen als nun pri-

vatrechtlich verfaßte Betriebe" ausgemacht. Das Problem liegt jedoch gerade in der entgegengesetzten Tendenz. Durch die "Ausgründungen" wird nicht - wie die Scheuchs dies unterstellen - die Staatstätigkeit ausgedehnt, sondern bisher in der öffentlichen Verwaltung angesiedelte Aufgaben privatisiert und somit der direkten Kontrolle des Rates und der öffentlichen Diskussion entzogen.

Das in diesem Zusammenhang angeführte Beispiel Toni Kleefischs, des ehemaligen Geschäftsführers der Kölner SPD Ratsfraktion, ist zwar populär aber ungeeignet. Die dem Genossen zugedachte Stelle ist - wie von den Scheuchs gefordert - öffentlich ausgeschrieben worden. Dem Bewerber ist auch - anders als von den Scheuchs suggeriert - die Qualifikation nicht abzusprechen. Das zukünftige Gehalt orientiert sich zudem an dem eines städtischen Dezernenten. Es liegt grundsätzlich - genau entgegengesetzt der Meinung der Scheuchs - im öffentlichen Interesse a) Menschen, die sich dafür entschieden haben, eine verantwortungsvolle Aufgabe in einem Parlament zu übernehmen, nach Ablauf ihres Mandates den Wiedereinstieg in ein normales Berufsleben zu ermöglichen - ohne diese Perspektive würde ein Ausharren in der einmal erreichten Funktion geradezu zur Notwendigkeit; b) Menschen Vorstandsfunktionen in öffentlichen Unternehmen zu übertragen, die über politische Erfahrungen verfügen - denn z.B. die Entscheidungen über die Energieversorgung oder den öffentlichen Personenverkehr sind originär politische.

"Bürger mit politischen Gestaltungsabsichten"

Der scheuchsche Ansatz trägt auch deshalb nicht, weil er allein auf den Zugang vermeintlicher "Experten" zu Mandaten fixiert ist. Die Öffnung der Parteien für die Mitarbeit politisch interessierter BürgerInnen ist für sie nicht von Interesse. Stattdessen geht es ihnen vielmehr darum "Experten, die weniger Sekretär der Bürger als vielmehr Gestalter von sachgerechter Politik sein wollen, eine Mitwirkung in Parlamenten zu ermöglichen." Mit mehr Demokratie haben diese Vorschläge wenig zu tun. Hier schimmert wohl eher die Frustration darüber durch, im Machtkampf um die Führungspositionen einer politischen Partei nicht zum Zuge kommen.

Die an anderer Stelle erwähnten "Parteiaktivisten, denen es um die Sache geht" blieben auch bei dem von den Scheuchs angestrebten Rekrutierungsmodell "ein äußerst störendes Element". Für fortschrittliche Diskussionen über die Reform der politischen Parteien jedenfalls sind diese Ausführungen nur als abschreckendes Beispiel von Interesse.

"... sich also endlich wieder den 'harten' Themen angemessen widmen zu können."

Vehement ziehen die Scheuchs gegen das Aufgreifen "weicher" Themen (wie z.B. des Umweltschutzes) zu Felde. Ihre Kritik richtet sich gegen "das Trio Töpfer - Süsmuth - Geißler, ergänzt durch Nobert Blüm", "welche die Vorstellungen der 'Neuen Politik' und die Wohlfahrtsstaat-Romantik aus dem kulturellen Establishment übernehmen und zum Zeitgeist machen." Gegenstand der "neuen Politik" sei es, "den materiellen und eher technischen Probleme unserer Lebens weniger Aufmerksamkeit zu schenken und sich dafür darauf zu konzentrieren, die Lebensqualität zu erhöhen." Die heutigen politischen Führungsschichten seien angesichts der Herausforderungen der "harten" Themen ratlos. Um sich also endlich wieder den "harten" Themen angemessen widmen zu können, sei "eine rasche Ergänzung des jetzigen Führungspersonals durch fachlich qualifizierte Personen" erforderlich.

Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist die Unterstellung, der "Unterhaltungswert" des Umweltschutzes verringere sich, "wenn reale Probleme vorrangig werden." Umweltschutz also als Unterhaltung in Zeiten, in denen keine wirklichen Probleme anstehen? Eine Einschätzung, die angesichts des menschenheitsgefährdenden Ausmaßes der weltweiten Umweltzerstörung nur noch aberwitzig und grotesk anmutet. An solchen Ausführungen wird nochmals deutlich, daß die Scheuchs die Diskussion um "Parteien und Politiker" von ganz rechts angehen.

Parteireform - ein Thema für die SPD

Für einen weiteren der von den Scheuchs beschriebenen Mißstände ver-

kann die Kölner SPD als lebendes Beispiel dienen: "Die classe politique sieht keine solchen Strukturprobleme, sondern versteht die Krise als eine Notwendigkeit, die Public Relations zu bessern." und "Kritik wird von ihr sachlich nicht mehr ernst genommen, Ansehensverlust ist für sie ein Kommunikationsproblem."

In der Tat analysierte die Kölner SPD ihre Debakel bei der letzten Kommunalwahl u.a. wie folgt: "Parteienverdrossenheit und mangelndes Vertrauen in die politische Partei SPD sind in Köln durch eine massive öffentliche Mediendiskussion über den "Kölschen Klüngel" verstärkt worden." Als Antwort überdenkt man folgerichtig nicht die eigene Politik, sondern entwickelt ein Zeitungsprojekt, um den WählerInnen klar zu machen, daß die Politik der SPD von ihnen zu Unrecht nicht honoriert worden ist. Vorstöße der JUSOS, Arbeitsweise und Organisationsaufbau der SPD zu überdenken, führten zu wütenden Gegenreaktionen und wurden vom Parteitag mit wenigen Gegenstimmen beerdigt. Eine Organisationspolitische Kommission befaßt sich bisher nur mit dem Neuzuschnitt der Ortsvereinsgrenzen.

Umso erstaunlicher ist es, daß auf der Tagesordnung der Kölner SPD "Das Scheuch-Papier" auftaucht. Daß der Beitrag von Erwin K. und Ute Scheuch trotz seines reaktionären Ansatzes und seiner schwerwiegenden Schwächen eine so große öffentliche Aufmerksamkeit erfahren hat, bringt die SPD in Zugzwang. Wieder einmal ist sie aus eigenem Verschulden in die Lage versetzt worden, sich und ihre Politik in der öffentlichen Diskussion rechtfertigen und aus der Defensive heraus argumentieren zu müssen. Will sie als gestaltende Kraft auftreten, dann muß sie die "Krise der Parteien" offensiv angehen, das Warten auf die Ergebnisse der Kommission "SPD 2000" reicht nicht mehr aus. Insofern eröffnet der Beitrag der Scheuchs dann vielleicht die - von dem/der AutorIn sicher ungewollte - Möglichkeit zu einer progressiven Diskussion über "Parteien und Politiker in der Bundesrepublik".

¹ "Parteien und Politiker in der Bundesrepublik (alt) heute. Thesen zu einer strukturellen Erneuerung der politischen Führung", Erwin K. Scheuch, Ute Scheuch; 1991



Gesinnungskontrolle von Straßennamen

Wie in Berlin die Vergangenheit beseitigt wird

von Horst Hartmann, Viernheim

Wenn in der sächsischen Provinz als Folge der Vereinigung sogar eine Heinrich-Heine-Straße verschwindet, wie es in Colditz geschah, ist man geneigt, dies als Provinzposse abzutun. Wenn aber in der neuen Bundeshauptstadt Berlin alle Straßennamen verschwinden, die an die DDR-Verhältnisse erinnern, und dabei ein Mangel an Differenzierungsvermögen offenkundig wird, dann bleibt nur die Feststellung übrig, daß die jüngsten Umtaufen denen der SED nach 1945 kaum nachstehen.

Es geht keineswegs nur darum, daß die Namen der SED-Prominenz verschwinden, wogegen im Grunde ja nichts einzuwenden wäre. Aber dabei bleibt es nicht. Im Ostteil der Stadt ist die große Stunde der Konformisten, Angepaßten und Wendehälse gekommen, während im Westteil der Stadt die kalten Krieger ihren letzten Triumph feiern. Mit Recht fragte Detlev Hensche im DGB-Organ "Kontrapunkt", ob die DDR-Ära "ausgeblendet" werden muß. Er gab zu bedenken, daß es "auch Ansätze gab, die fortzusetzen und weiter zu entwickeln sich gelohnt hätte."

Wie sehr es dem Berliner Senat und seinen Bezirksverwaltungen an Fingerspitzengefühl mangelt, zeigt sich daran, daß die Stadtverordneten es nicht wagten, Straßennamen beizubehalten, die an Politiker erinnerten, die bereits in der Weimarer Republik hervortraten und sich nach 1945 Verdienste um den Wiederaufbau der Stadt erwarben. Dazu zählen die Christdemokraten Johannes Dieckmann, späterer Präsident der Volkskammer, sowie Otto Nuschke und der Liberale Wilhelm Külz. Der starb bereits vor Gründung der DDR, 1948! Im vereinten Berlin sind ihre Namen nicht mehr tragbar, obwohl sie bei der Aufbaugeneration durchaus noch Respekt finden. Populär war bei der älteren Generation auch Wilhelm Pieck, leutseliger KP-Veteran und erster Staatspräsident der DDR. Bei der Abstimmung über die Wilhelm-Pieck-Straße gab es nur ein knappes Ergebnis gegen Pieck: 34 Abgeordnete waren für die Änderung des Straßennamens, 29 dagegen. Die Chance einer Versöhnung mit den Menschen im Ostteil der Stadt ist zweifellos versäumt worden. Dabei hätten sich die Pa-

tendemokraten nichts vergeben, wenn sie nach SED-Größen benannte Straßen durch die oppositioneller Kommunisten ersetzt hätten, die als "Verräter", "Abweicher" oder "Titoisten" angegriffen, eingekerkert und in den frühen Tod getrieben wurden. Erinnert sei an den "Nationalkommunisten" Anton Ackermann, die Publizisten Rudolf Hermsdorf, Lex Ende, Rudolf Feistmann oder den Westemigranten und abgelösten Spitzenfunktionär Paul Merker. Nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl seinen Adlatus an der Spree, Eberhard Diepgen, rüffelte, weil die Wilhelm-Pieck-Straße nicht längst umbenannt worden war, drängte der aufgeschreckte farblose Musterschüler auf ein rascheres Tempo bei den Namensänderungen. Doch eine Entschuldigung für das Verschwinden der nach bedeutenden Franzosen benannten Straßennamen ist das keineswegs. Die Jacques-Duclos-Straße heißt jetzt Moellendorfstraße. Der Name des langjährigen Fraktionsvorsitzenden der KPF in der Nationalversammlung ist durch den eines preußischen Feldmarschall ausgewechselt worden. Es handelt

sich um jenen Truppenführer, der 1793/94 die Kräfte des Ancien régime gegen die revolutionären Soldaten der Pariser Regierung führte und als Gouverneur von Berlin wirkte.

Verschwinden mußte sogar die nach Francois Noel Babeuf benannte Straße und damit die Erinnerung an jenen Franzosen, der einen Ausgleich von Reich und Arm forderte und das Privateigentum am Lande verwarf. Der Gründer des "Bundes der Gerechten" ist für das Berlin von 1992 nicht mehr tragbar. Auch der Name des Widerstandskämpfers Timbaud mußte verschwinden. Französische Abgeordnete und namhafte Persönlichkeiten - wie der Bürgermeister von Montreuil - protestierten in großformatigen Anzeigen Berliner Tageszeitungen gegen den Affront gegenüber Paris und den der Ideale der Französischen Revolution. Aber die Berliner Politiker halten offensichtlich nichts von den Idealen "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit". Schließlich herrschen in ihrer Stadt heute Gewaltkriminalität, Massenarbeitslosigkeit und Profitmaximierung der Spekulanten: Mißstände, die das Klima vergiften.

Biedermänner am Werk

Die CDU im Senat versuchte sogar, die an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erinnernden Straßennamen zu ändern, was die SPD jedoch durch energische Proteste verhinderte. Sozialisten sind den Christdemokraten ebenso ein Greuel wie Stalinisten, sie werden alle in einen Topf geworfen. Einen erheiternden Eulenspiegel-Streich leisteten sich die Stadtverordneten mit der Schnapsidee einer "Toleranzstraße", gegen die es zu hundert Einsprüchen kam. In französisch sprechenden Ländern werden Straßen in Rotlichtvierteln als "Rue der tolerance" bezeichnet. Aber woher sollen das biedere Berliner wissen? Als peinlich erwies sich auch die Rückbenennung der Wilhelmstraße, die an großdeutsche Zeiten erinnert. Vertreter von Botschaften protestierten gegen diese Umbenennung.

Wo die Sympathien der Berliner Abgeordneten mehrheitlich liegen, zeigt sich an ihrem Biedersinn. Unter den neuen Namen findet sich ein hoher Prozentsatz geographischer Namen. Heimattümelei ist angesagt. Namen von Opfern der NS-Diktatur sind für Kleingeister nicht mehr zeitgemäß. Die Straßennamen von John Schehr - er wurde 1934 in Plötzensee hin-

gerichtet - und Artur Becker - als Angehöriger der Internationalen Brigaden in Spanien erschossen - sind im Bezirk Prenzlauer Berg nicht mehr tragbar. Auch die nach dem legendären Kommandeur der Interbrigaden benannte Hans-Beimler-Straße soll verschwinden. Es sind nicht die einzigen Widerstandskämpfer, von denen sich das ach so demokratische Berlin distanziert.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wehrte sich gegen die Entsorgung der braunen Vergangenheit und wies mit Recht darauf hin, daß es sich bei den Toten keineswegs um Verfechter der stalinistischen Gewaltherrschaft gehandelt habe. Die Fraktion strebt deshalb ein Verfahren vor dem zuständigen Verwaltungsgericht an. Auch in anderen Bezirken sind die Namen von Widerstandskämpfern liquidiert worden. Wie kopflos vorgegangen worden ist, zeigt auch die Umbenennung von U-Bahnhöfen. Eine an sich begrüßenswerte Ehrung für den jüdischen Toxikologen Louis Lewin erntete Spott und Hohn, weil der Vorname in Luis eingedeutscht wurde. Nach der Demontage der alten Schilder dauerte es Wochen, bis neue Namensschilder montiert wurden.

"Großdeutsche" Namensgebung

Woher der Wind in der neuen "Reichshauptstadt" weht, zeigt sich auch daran, daß Namen aus den früheren deutschen Ostgebieten auftauchen, eine Marienburger-, Elbinger- und Danziger-Straße darf im neuen Berlin nicht fehlen und die Landsberger-Straße verweist nicht auf die bayerische Stadt am Lech, sondern auf das Städtchen an der Warthe im heutigen Polen. Der Berliner Senat war jedoch nicht bereit, die günstige Gelegenheit zu nutzen und das braune Erbe bei den Straßennamen abzuschütteln. In Wilmsdorf existiert noch immer eine Seeberg-Straße, benannt nach jenem Vertreter der NS-nahen "Deutschen Christen", der Christentum und Germanen vereinen wollte. Die "Berliner Geschichtswerkstatt" hat insgesamt rund hundert Straßennamen entdeckt, die nach 1933 von den Nazis eingeführt worden sind. Eine Änderung der nach Fliegeroffizieren des Ersten Weltkrieges benannten Straßen im "Fliegerviertel" von Tempelhof nannte der Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Dieter Hartel, "absoluten Quatsch". Die "Spanische Allee" in Tempelhof erinnert noch immer an die Rückkehr der "Legion Con-

In Berlin gibt es übrigens noch immer keine Straßen, die an Erich Kästner und Erich Maria Remarque erinnern, obwohl beide in der Stadt lebten.

dor", die Guernica dem Erdboden gleich machte und ihre Einwohner umbrachte. Vom politischen Großreinemachen sind auch Schriftsteller betroffen. Johannes R. Becher ist in Pankow nicht mehr tragbar, obwohl der frühere DDR-Kultusminister vielen Kollegen half, die in politische Schwierigkeiten gerieten. Aber was wichtiger ist: Becher zählt zu den wichtigsten Vertretern des Expressionismus. Auch der Satiriker Erich Weinert paßt nicht mehr zu Berlin. Seine zeitweise Tätigkeit als Vizepräsident in der Zentralverwaltung für Volksbildung kann diese Maßnahme kaum begründen, auch wenn er stets als überzeugter Kommunist galt. Aber Weinert war auch Präsident des National-Komitees Freies Deutschland und damit wichtiger Vertreter der Zeitgeschichte. Das Nationalkomitee aus kriegsgefangenen Offizieren und Soldaten versuchte an der Ostfront, Wehrmachtangehörige zu bewegen, Hitler nicht weiter zu folgen. In Berlin gibt es übrigens noch immer keine Straßen, die an Erich Kästner und Erich Maria Remarque erinnern, obwohl beide in der Stadt lebten.

Die bornierte Änderung von Straßennamen wird übrigens auch nicht dadurch viel besser, daß einige Persönlichkeiten geehrt wurden, denen diese posthume Anerkennung zu gönnen ist. Dazu zählen der Ex-Kommunist und Regimekritiker Robert Havemann, der Philosoph Ernst Bloch, der Gefängnispfarrer Harald Poelchau und die Theologen Martin Niemöller und Heinrich Grüber, der Sozialreformer Hermann Schultze-Dehlisch und einige Gewerkschafter, von denen allerdings nur die Sozialdemokratin Ella Kay außerhalb der Stadt bekannt wurde. Auch Hermann Hesse, Peter Huchel, Hans Fallada und Ernst Barlach sind nun - mit peinlicher Verspätung - durch Straßennamen geehrt. Das Säuberungsprogramm wird übrigens teuer. Allein im Bezirk Mitte wird die Änderung von 15 Straßennamen mit 150.000 Mark veranschlagt.

Aufruf zur Rettung und Demokratisierung des kubanischen Entwicklungsmodells

Zur Notwendigkeit eines Gegenkurses zum amerikanischen Versuch der Strangulierung Kubas.

von Dr. Hermann Scheer, MdB

Seit dem Erfolg der kubanischen Revolution gegen die Rechtsdiktatur Batistas am 1. Januar 1959 sucht die USA-Regierung die politische Restauration Kubas zu betreiben. Daß das Revolutionsregime Castros dem bisher nicht zum Opfer fiel, verdankt es drei Faktoren:

- einer Massenbasis in der kubanischen Bevölkerung, die die Ergebnisse der kubanischen Revolution zu Recht als deutliche Verbesserung gegenüber früheren Zuständen betrachtet;
- der Sympathie einer internationalen kritischen Öffentlichkeit auch in Westeuropa, vor allem wegen des eklatanten positiven Unterschieds der sozialen Verhältnisse Kubas zu anderen lateinamerikanischen Ländern;
- der wirtschaftlichen Unterstützung Kubas durch die ehemalige Sowjetunion und andere Staaten des früheren COMECON, darunter die ehemalige DDR, in der Zeit der Block-Konfrontation.

Zu letzterem ist jedoch sogleich hinzuzufügen: die wirtschaftliche Hilfe durch die Sowjetunion und andere war für Kuba nur deshalb notwendig, weil die USA mit dem Instrument der Wirtschafts- und Handelsblockade einen anhaltenden Wirtschaftskrieg gegen Kuba betreiben. Diese amerikanische Absicht hat nur vordergründig etwas damit zu tun, daß in Kuba eine kommunistische Einparteiensherrschaft besteht. Die USA haben bisher kein sozialrevolutionäres oder sozialreformerisches Modell in Lateinamerika akzeptiert (mit Ausnahme vorsichtiger Korrekturversuche der kurzen Präsidentschaft Carters) - vor allem Kuba wurde von den USA stets als eine Art Kolonie betrachtet. Die US-ameri-

kanische Wirtschafts- und Handelsblockade begann ja nicht erst, als Castro sich mit der Sowjetunion verbündete und einen kommunistischen Einparteiensstaat errichtete, sondern als sofortige Reaktion Washingtons auf die Nationalisierung des amerikanischen Großgrundbesitzes in Kuba.

Ohne soziale Hoffnung bleibt die demokratische Hoffnung leeres Gerede.

Wer über Kuba redet, der darf nicht vergessen, daß die Revolution unter der Führung Castros eine demokratische Sozialrevolution gegen eine asoziale Militärdiktatur war, einem El-Dorado von Großgrundbesitzern, Spielbanken und Bordellen für die amerikanische Upper-Class. Erst der amerikanische Versuch, diese Revolution sofort wieder zu liquidieren und damit solchen Versuchen in Lateinamerika insgesamt vorzubeugen, hat Kuba in die Arme und in die Abhängigkeit von der Sowjetunion getrieben. Was in Kuba seitdem falsch lief, ist im wesentlichen darauf zurückzuführen - und die USA-Politik ist der eigentliche Urheber.

Nachdem durch den Verfall des Ostblocks Kuba seine wirtschaftlichen Partner aus den letzten drei Jahrzehnten verloren hat, geben viele jetzt keinen Pfifferling mehr auf das kubanische System und betrachten es nur noch als eine Frage der Zeit, bis es ebenso einstürzt wie die Sowjetunion und andere. Auch die kritische internationale Öffentlichkeit, die sich bisher gegen die Eliminierungsversuche des kubanischen Systems durch die USA gestellt hat, sieht mittlerweile überwiegend stillschweigend zu

oder beteiligt sich aktiv daran, das kubanische Regime zum Paria Lateinamerikas zu stempeln - als den letzten Menschenrechtsverächter dieses Kontinents. Wer mag sich schon für politisch Todgeweihte einsetzen?

Innere Demokratisierung

Doch diese Sicht ist einseitig, falsch und politisch weit über Kuba hinaus verhängnisvoll. Zwar gibt es in Kuba keine liberalen Freiheitsrechte westlichen Musters und keine Demokratie. Andererseits sind in keinem Land Lateinamerikas die sozialen Menschenrechte besser verwirklicht worden als in Kuba, und auch die USA könnten sich hier dicke Scheiben abschneiden: So ist die Kindersterblichkeit in Washington höher als in Havanna. Und wenn z. B. in Brasilien die Todesbrigaden ungehindert hungemde Kinder vor Luxushotels abknallen können, fällt es schwer, diesem oder anderen offiziell demokratischen Ländern Lateinamerikas mehr Beachtung individueller Menschenrechte zu bescheinigen. Außerdem sollte nicht vergessen werden, daß Kuba durch die anhaltende amerikanische Blockade bisher keine Chance hatte, sich wie ein Staat im Zustand äußeren Friedens zu entwickeln. Die tatsächliche Situation ist die eines Kriegszustandes in der Phase eines langanhaltenden, aber vorläufigen Waffenstillstandes, was selbstverständlich negative Folgen für die Chance innerer Demokratisierung hat. Die jüngsten Todesstrafen, gegen die selbstverständlich internationaler Protest notwendig bleibt, sind ein Produkt der spezifischen kubanischen Befindlichkeit eines Kriegszustandes gegenüber existentieller Bedrohung durch die USA.

Die Erwartung nach innerer Demokratisierung Kubas soll und darf nicht bedeuten, daß der Preis dafür die Rückkehr in den Status einer amerikanischen Halbkolonie und die Ruinierung der für ein Entwicklungsland beachtlichen sozialen Fortschritte ist. Es gibt keinen Sinn - weder für die Menschen in Kuba noch für die internationale Staatengemeinschaft - in Kuba jetzt ein soziales System zu zerstören, das aus eigener Kraft aufgebaut wurde, was anschließend mit keinem der bisher praktizierten Entwicklungshilfeansätze wieder aufgebaut werden könnte. Wer die Demokratisierung Kubas ernsthaft will, muß sich gleichzeitig entschiedener als gerade modern gegen die amerikanische Wirtschafts- und Handelsblockade wenden. Es ist heuchlerisch, von Kuba die Achtung individueller Menschenrechte zu fordern und gleichzeitig die völkerrechtswidrigen Aktionen der amerikanischen Regierung gegenüber Kuba zu tolerieren. Gleichzeitig ist es verlogen, Kuba die wirtschaftliche Entfaltungsfreiheit zu verweigern wegen mangelnder innerer Demokratie - und gleichzeitig Gelder in andere Entwicklungsländer fließen zu lassen, die kein Stück demokratischer sind als Kuba, aber im Unterschied dazu sozial ausbeuterische Herrschaftsstrukturen haben. Die amerikanische Regierung hat seit dem Verfall des Ostblocks den Wirtschaftskrieg gegen Kuba sogar zusätzlich verschärft - bis hin zur Verhinderung der Lieferung medizinischer Fachliteratur! In sogar zunehmenden Maße versucht Washington, Druck auch auf andere Staaten auszuüben, sich an diesem Wirtschaftskrieg zu beteiligen. Dadurch und durch den Wegfall ihrer bisherigen Wirtschaftspartner steht Kuba jetzt in existentieller Not. Durch den Zerfall des COMECON hat Kuba 85% seiner Handelsbeziehungen verloren, so daß jetzt die amerikanische Regierung die Gelegenheit nutzen will, durch eine Verschärfung der wirtschaftlichen Pressionen das kubanische System endgültig zu strangulieren: Durch eine hungernde Bevölkerung soll dem kubanischen Regime die immer noch vorhandene Massenbasis entzogen werden.

Sofortige Aufhebung der Blockade

Kuba hat aber auch die Chance, zu den Grundlagen der demokratischen Sozial-

revolution von 1959 zurückzukehren. Dies bedeutet: Aufrechterhaltung des sozialen Entwicklungsmodells, Demokratisierung und Reform des Systems statt Systembruch. Voraussetzung dafür ist ein Gegenkurs zur USA-Politik gegenüber Kuba. Zu fordern ist die sofortige Aufhebung der amerikanischen Wirtschaftsblockade. Wenn die USA dies nicht tun, müssen andere Staaten - allen voran die europäischen - diese Wirtschaftsblockade umgehen. Zu fordern ist auch, daß die deutsche Bundesregierung ihre Verpflichtung aus dem Artikel 29 des Einigungsvertrages mit der ehemaligen DDR einhält, die von der früheren DDR-Regierung abgeschlossenen internationalen Handelsvereinbarungen zu erfüllen. Die erfolgte Einstellung der Lieferverpflichtung von z.B. 20.000 Tonnen Milchpulver an Kuba entzieht kubanischen Kindern lebenswichtige Nahrung. Die Bundesregierung sollte sich zu schade sein, die US-amerikanische Erpressungsstrategie mit rechtswidrigen und inhumanen Mitteln mitzumachen.

Kuba ist durch die USA in seine jetzige innere Situation getrieben worden. Wer diese überwinden will, muß dafür eintreten, daß Kuba endlich eine faire Chance erhält, sich ungehindert und selbständig zu entwickeln. Wenn stattdessen sogar politische Strömungen in Europa, die sich für die soziale Demokratie einsetzen, die Anpassung an die USA-Politik vorziehen, verhalten sie sich in beschämender und selbstschädigender Weise opportunistisch. Kuba ist immer noch eine soziale Hoffnung für die Dritte Welt, und ohne soziale Hoffnung bleibt die demokratische Hoffnung leeres Gerede. Es wäre das eine schreckliche und die demokratische Idee schwerwiegend beschädigende Erfahrung für ganz Lateinamerika, wenn Demokratisierung gleichbedeutend sein soll mit dem Verlust sozialer Rechte. Eine solche Entwicklung dürfen zumindest die Parteien der Sozialistischen Internationale - von Europa bis Lateinamerika - nicht akzeptieren.

Sozialismus lebt



Die marxistische Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

- ⇒ *Diskussionen im Forum Gewerkschaften* (es schreiben: Detlef Hensche, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)
- ⇒ *ökonomische Analysen national und international* (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffs Schmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)
- ⇒ *aktuellen politischen Diskussionen der Linken* (es schreiben: André Brie, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50
Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

Bestellcoupon:
Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Zu schicken an:
VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
W-2000 Hamburg 50

Comeback des Staates?

Skizze zur aktuellen industriepolitischen Debatte

von Uwe Kremer*

“Die neoliberalen Wirtschaftsrezepte der achtziger Jahre verlieren ihren Charme. Weltweit haben sie als Wohlstandsbringer versagt. Die Wissenschaft besinnt sich wieder auf die Politik: Gutes Staatshandeln ist gefragt.” (CAPITAL Heft 11/1991, 147 ff.: “Nationalökonomie: Das Comeback des Staates”)

Seit Mitte der 70er und definitiv im Übergang zu den 80er Jahren eroberten neoliberale und monetaristische Konzeptionen eine weltweite Hegemonie auf dem Feld der Wirtschaftspolitik - mit bekanntermaßen gravierenden Konsequenzen für das Verständnis von Ökonomie, Gesellschaft und Staat und für die Rolle der gesellschaftlichen Reformkräfte und der Arbeiterbewegung. Seit ca. zwei Jahren verdichten sich in den verschiedenen Weltteilen Ansätze für eine Gegenbewegung, die sich vor allem an Fragen der Außenhandelsregulierung, der Infrastrukturmodernisierung, der sozialökonomischen Konsensbildung und der Innovationsaufgaben des Staates festmacht und in einem Aufschwung industriepolitischer Konzeptionen und Praxen konzentriert. Sicherlich: Weltweit dominieren immer noch die neoliberalen und monetaristischen Konzepte und finden sogar in manchen östlichen und südlichen Erdteilen noch zusätzliches Terrain für ihr fatales Wirken. Aber auch der Hegemonie dieser Konzepte ist schließlich eine Inkubationszeit seit Mitte der 60er Jahre vorausgegangen - in einer historischen Phase, die im Übergang zu den 70er Jahren den Vormarsch keynesianisch-etatistischer Konzeptionen zu vollenden schien. Wäre es nicht denkbar, daß wir in einer Zeit des noch anhaltenden weltweiten Triumphes kapitalistischer Marktideologie schon die Anzeichen für einen Gezeitenwechsel im Laufe der 90er Jahre entdecken können? Die gegenwärtigen Ereignisse und Diskussionen enthalten jedenfalls viele Indizi-

“Nur eine aktive staatliche Industriepolitik kann nach Ansicht von Jerzy Eysmontt, Leiter des Zentralen Planungsamtes (CUP), die tiefe Rezession stoppen, in der sich Polen befindet.” (HB vom 4.11.1991, S.15)

en für die Annahme, daß der Marktliberalismus mit seinem Latein am Ende ist - und dies weltweit. Er taugt offenbar nicht dazu, mit den strukturellen Anpassungskrisen in den osteuropäischen Ländern fertig zu werden. Er versagt bei der Entfaltung produktiver Kräfte in den südlichen Erdteilen. Und er entspricht auch keineswegs den Bedingungen, unter denen sich Strukturwandel und Innovation in den kapitalistischen Zentren erfolgreich vollziehen können. Wie sich dies in den Diskussionen widerspiegelt, soll anhand einiger Beispiele gezeigt werden, die den Eindruck eines sich anbahnenden “ordnungspolitischen Gezeitenwechsels” vermitteln können. Teilt man die Auffassung, daß hegemonialen Konstellationen - national-gesellschaftlich wie auch international gesehen - immer auch “hegemoniale” ökonomische Deutungsmuster zugrundeliegen (müssen), so dürfen derartige Signale keinesfalls unterschätzt werden.

1. Aufholende Modernisierung und aktive Weltmarktintegration

Die angesprochenen Indizien finden sich schon unmittelbar vor und hinter “unserer Haustür”. Angesichts der desaströsen Entwicklungen in den neuen Bundesländern spricht das Wirtschaftsmagazin “Capital” davon, daß dort “die herrschende Denk-

schule der Ökonomie ihr Waterloo” erlebe: “Dank ihres Wahrnehmungsrasters blendet sie die komplexen Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswelt und funktionierender Verwaltung ebenso aus wie Fragen der Infrastruktur, der Mentalität der Bevölkerung und des Zeitbedarfs.” (“Capital” Heft 4-91, 113) Eine große Rolle spielten die Ermahnungen von McKinsey & Company, die in einem vielbeachteten Gutachten eine “aktive Führungsrolle” des Staates mit Hilfe von Strukturkonzepten und einer Industriepolitik forderten: “Die staatlichen Instanzen müssen ihre Legitimation zu wirtschaftlichem Handeln bekräftigen.” (McKinsey 1991, 32)

In den industriepolitischen Fragestellungen im Osten Deutschlands kombinieren sich klassische “altindustrielle” Strukturprobleme mit den Problemen einer aufholenden Modernisierung (vergl. den Artikel von Sieling in diesem Heft). Von daher kann man die “Kreise” weiter ziehen und die hier thematisierte Problematik auch für Länder und Regionen an der Peripherie der kapitalistischen Zentren aufwerfen. Es geht um die Frage einer weltmarktorientierten Strukturanpassung, nachdem sämtliche Modelle einer staatsbürokratisch kontrollierten und autarken Industrieentwicklung - ob in Osteuropa oder in den südlichen Erdteilen, ob unter “sozialistischen” oder “staatskapitalistischen” Vorzeichen - gescheitert sind. Bislang wurde diese Frage überwiegend und eindeutig mit einer Hinwendung zu marktliberalen und monetaristisch inspirierten Anpassungskonzepten beantwortet.

Angesichts der bisherigen osteuropäischen Erfahrungen ist das renommierte Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche gegen die marktradikalen Patentrezepte des Internationalen Währungsfonds aufgetreten: “Die osteuropäische Industrie sei infolge der Wirtschaftsreformen völlig ohne Lenkung. Es gebe weder innerhalb noch außerhalb der Betriebe Kräfte, die

für eine vernünftige Unternehmens- und Industriepolitik sorgen. Sie sei aber dringend notwendig und dürfe über den Forderungen nach rascher Privatisierung nicht vergessen werden.” (Institutsleiter K.Laski lt. FAZ vom 24.5.1991) So zeichnet sich in Polen, dem osteuropäischen Land mit den am weitesten zurückreichenden Erfahrungen beim Übergang zu marktwirtschaftlichen Strukturen, immer deutlicher eine Hinwendung zu regulierend-interventionistischen Positionen ab: “Nur eine aktive staatliche Industriepolitik kann nach Ansicht von Jerzy Eysmontt, Leiter des Zentralen Planungsamtes (CUP), die tiefe Rezession stoppen, in der sich Polen befindet.” (HB vom 4.11.1991, S.15) Mittlerweile deuten viele Anzeichen darauf hin, daß auch im konkreten Regierungshandeln eine zumindest partielle industrie- und strukturpolitische Kurswende eingeleitet worden ist.

Das Beispiel Polen verweist nun zugleich darauf, daß es in den vormalig sozialistischen Staaten Osteuropas nicht nur um die Bewältigung einer Transformationskrise im allgemeinen und von sektoralen und regionalen Strukturkrisen im besonderen geht, wobei “Industriepolitik” als sichernder Flankenschutz und als ordnungspolitisch “notwendiges Übel” zu gelten hätte. Es geht vielmehr und perspektivisch sogar vorrangig darum, auf welche Art und Weise und mit welchen industriellen Segmenten sich die jeweiligen Volkswirtschaften so in den Weltmarkt integrieren können, daß ein Aufschluß zu den industriell und technologisch entwickelten Ländern möglich erscheint - eine Problematik, die sich für die osteuropäischen Staaten im Prinzip ähnlich stellt wie etwa für Lateinamerika (und viele andere Länder des “Südens”). Ähnlich wie in den kommunistisch regierten Staaten Osteuropas dominierte nämlich auch im Lateinamerika der 60er und 70er Jahre eine Strategie der “importsostituierenden Industrialisierung”, die der binnenwirtschaftlichen Autonomie den Vorrang vor einer aktiven Weltmarktintegration gab. Und ebenso ähnlich korrespondierte die Krise dieses Modells mit dem - IWF-gestützten - Vormarsch des Neoliberalismus in diesen Ländern.

Allerdings verfügt Lateinamerika schon über reichlich Erfahrungen mit marktradikalen Experimenten, die im großen und ganzen zur forcierten Ruinierung der produktiven Basis, zur Verschleuderung heimischer Ressourcen und zur ökonomischen Abkopplung wachsender Teile der Volkswirtschaft geführt haben. Während sich die Mehrzahl der Regierungen noch

immer an dieser Politik beteiligt, hat die CEPAL - die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika - möglicherweise schon die Gegenbewegung eingeläutet: Sie hat zwar mit dem früheren, von ihr propagierten und als CEPALismus bezeichneten Modell gebrochen, setzt aber nicht auf die neoliberalen Empfehlungen, sondern vielmehr auf eine aktive Industriepolitik mit selektiver außenwirtschaftlicher Wirkung und eine strategische Rolle des Staates, die vor allem den Zugang zu technologisch höherwertigen Exportsegmenten, die Entwicklung entsprechender Industrikerne und intersektoraler Verflechtungen und den Aufbau der dazu nötigen Infra- und Bildungsstruktur gewährleisten sollen (vergl. den Aufsatz von Marmora/Messner in diesem Heft).

Wohin die “unsichtbare Hand des Marktes ... uns gegenwärtig führt, ist überdeutlich: Sie führt Europa in die technologische Kolonisierung; sie führt dazu, daß die interessantesten, hochbezahlten Arbeitsplätze vor allem in Übersee sein werden; sie führt zum Abstieg Europas in die weltpolitische Bedeutungslosigkeit.” (Seitz in der WiWo Heft 36-91, 94)

Mit dieser Strategie der aktiven Weltmarktintegration und des selektiven Interventionismus orientieren sich anscheinend wachsende Teile der ökonomischen Intelligenz dieser Länder an der Entwicklung Japans und der ostasiatischen “Tiger”, an Ländern also, in denen der Staat eine zweifellos bedeutsame und interventionistische Rolle im Verhältnis zu den Unternehmen und den Marktkräften gespielt hat und weiterhin spielt (vergl. auch Marmora/Messner 1989). Als Musterbeispiele gelten hierfür das japanische Industrie- und Außenhandelsministerium MITI und sein südkoreanisches Pendant KOTRA. Inwiefern sich eine derartige Option in Lateinamerika alternativ zu den neoliberalen Konzeptionen praktisch herausbilden kann, ist aber zweifellos noch eine offene Frage.

2. EG-Industriepolitik im Wirtschaftskrieg der “Triade”

Auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern beschränken sich strukturpolitische Überlegungen nicht auf einige sektorale Sanierungsfälle, sondern greifen zunehmend wieder auf Fragen der volkswirtschaftlichen Modernisierung über. Ein Grund besteht offenbar in den verheerenden Folgen, die die “Reagonomics” und der Thatcherismus in der Leistungsfähigkeit der nationalen Infrastrukturen und in der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrien hinterlassen haben. Die hier ansetzende Gegentendenz einer “aktiven Rolle des Staates” richtet sich vor allem gegen den Deregulierungs-Doktrinismus, dem auch hierzulande in den weitesten Kreisen der Wirtschaftswissenschaften noch immer gefrönt wird (vergl. Matzner/Streeck 1991). Diese Vorstellung des “aktiven Staates” findet sich auch in einem zweiten Strang der industriepolitischen Debatte, in dem es weniger um die Bewältigung von klassischen “altindustriellen” Strukturproblemen bzw. Modernisierungsrückständen geht, sondern um die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit kapitalistischer Unternehmen, Konzerne und Staaten in den Schlüsselsektoren der Volks- und Weltwirtschaft. In den Wirtschafts- und den ihnen nahestehenden politischen Kreisen sind die unterschiedlichen Auffassungen schon Ende 1988 aufeinandergeprallt, als der damalige AEG-Vorstandsvorsitzende Dürr die Forderung nach einem bundesdeutschen MITI, einer “koordinierten Industriepolitik” und einer “Investitionslenkung” im “nationalen Konsens” aufstellte (vgl. Dürr in der WiWo 47-88, 40ff. und in der ZEIT vom 11.11.1988, 27ff.; dagegen BDI-Chef Tyll Necker, in: WiWo 49-88, S.21 ff.). Konrad Seitz, Genschers Planungschef im Auswärtigen Amt, hat mit seinem Buch über “Die japanisch-amerikanische Herausforderung” (Seitz 1990) eine neue “Runde” in dieser Diskussion eingeläutet. Hierbei hat er vor allem den desaströsen Zustand der westeuropäischen informationstechnischen Industrie sowie die MITI-“Visionen für die 90er Jahre” im Auge, auf deren Basis Japan nicht nur zum größten Kapitalgeber, sondern auch zum bedeutendsten Technologiepool der Welt werden will. Demgegenüber fordert Seitz eine aktive und am Beispiel der japanischen MITI-Lenkung orientierte europäische Industrie- und Technologiepolitik, um im “modernen Krieg” der kapitalistischen Zentren mithalten zu können (vgl. WiWo

Heft 15-91, 50 ff.). Denn wohin die "unsichtbare Hand des Marktes ... uns gegenwärtig führt, ist überdeutlich: Sie führt Europa in die technologische Kolonisierung; sie führt dazu, daß die interessanten, hochbezahlten Arbeitsplätze vor allem in Übersee sein werden; sie führt zum Abstieg Europas in die weltpolitische Bedeutungslosigkeit." (Seitz in der WiWo Heft 36-91, 94)

Auch diesmal prallen wieder die unterschiedlichen Auffassungen von "Industriepolitikern" wie z.B. Siemens-Chef Karlheinz Kaske (Kaske 1991), IBM-Deutschland-Chef Henkel (vergl. Der Spiegel 11-92, S.154) und VW-AG-Chef Goeudevert (vergl. HB vom 7.2.1992) und deren Gegnern wie z.B. IW-Direktor Gerhard Fels (in WiWo Heft 24-91, 49 f.) und DIHT-Präsident Hans-Peter Stihl (Stihl 1991) aufeinander. Im politischen Bereich dominieren hingegen klare Ablehnung (v.a. vom wirtschaftsliberalen Flügel der FDP) und Skepsis (z.B. bei Riesenhuber) gegenüber industriepolitischen Ambitionen. Doch offenkundig haben die Vorstöße von Seitz u.a. nunmehr größeren Rückhalt unter den Managern der Großbetriebe, denn laut einer Umfrage des ifo-Institutes glauben sie "zu über 60%, daß staatliche Stellen wie das Bundesforschungsministerium die Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Unternehmen direkt koordinieren und subventionieren sollten. Eingriffe ins Marktgeschehen sind offensichtlich allen Postulaten deutscher Ordnungspolitik zum Trotz angesichts der japanischen Herausforderung nicht mehr tabu ..." (WiWo Heft 23-91, 6)

Seitz gibt damit den Eindruck eines Großteils führender westeuropäischer Industriemanager und Politiker wieder, daß man sich mit Japan in einem Wirtschaftskrieg befinde. Und in der Tat toben auf den Elektronik- und den Automobilmärkten, aber auch in den Segmenten des Maschinenbaus und in den Zweigen der diversen Zulieferindustrien regelrechte "Wirtschaftsschlachten". Vor allen Dingen französische und italienische Politiker und Konzernführer (im Mittelpunkt der französisch-italienische Staatskonzern SGS-Thompson) rufen vor diesem Hintergrund nach einer konzertierten europäischen Industriepolitik, die auf die Bildung europäisch geführter industrieller Allianzen, die Koordination der Forschungs- und Technologieförderung und den Einsatz öffentlicher Aufträge und Beteiligungen für sektorale Modernisierungen setzt. Hierbei geht es insbesondere um das drohende

Ende der europäischen Informatik- und Elektronikbranche, das mit Hilfe von EG-geleiteten industriellen Kooperationsprojekten abgewendet werden soll. In der Europäischen Gemeinschaft steht insbesondere der (christdemokratische) EG-Forschungskommissar Filippo Maria Pandolfi "für eine Industriepolitik, wie sie zumindest den wirtschaftsliberalen Regierungen in London und Bonn ein Grauel sein sollte." (WiWo Heft 25-91, 40)

Auf der anderen Seite steht vor allem die britische Regierung, die sich allen industriepolitischen und antijapanischen Strategien widersetzt - und zwar nicht nur aus rein ordnungspolitischen Gründen, sondern auch aufgrund der selbst praktizierten Öffnung gegenüber japanischem Einfluß (s. beispielhaft die britische Nissan-Produktion und die Übernahme des britischen Computerunternehmens ICL durch Fujitsu), was Großbritannien wiederum den Vorwurf eingetragen hat, als "trojanisches Pferd" für die japanische Industrie zu fungieren (vergl. WiWo 37, 1991, S.76 und James 1990). Bezogen auf die Perspektiven im Bereich der informations- und elektrotechnischen Industrie spielt in der EG der britische Kommissions-Vizepräsident Leon Brittan den Gegenpart zu Pandolfi, indem er einer marktkonformen "horizontalen" Industriepolitik das Wort redet, die sich sektoraler Strategien enthält und "nicht in den Entscheidungsprozeß der Industrie selbst eingreift" (Brittan 1991).

"Es wäre schon eigenartig, daß die EG ihr dirigistisches Werkzeug zu einem Zeitpunkt vervollständigte, da sich die zusammengebrochenen Staatssysteme im Osten zu marktwirtschaftlichen Reformen aufrufen." (P.Hort in der FAZ vom 8.10.1991)

Nicht zuletzt aufgrund der inneren Unentschiedenheit halten sich deutsche Politiker und Industrielle in dieser Gemengelage eher zurück und versuchen dabei überwiegend - mit EG-Kommissar Bange mann an der Spitze - die französisch-italienischen Ambitionen in der EG zu relativieren: Die entsprechenden Ergebnisse lassen sich in den industriepolitischen Strategiepapieren der EG-Kommission nachle-

sen (EG-Kommission 1990 und 1991), die aber immerhin deutlich über das hinausgehen, was die vorherrschende marktliberale Doktrin "erlaubt", und einen Kompromiß zwischen "vertikaler" (sektoraler) und "horizontaler" Industriepolitik darstellen (letztere bedeutet eine branchenspezifische Querschnittsförderung v.a. im sog. "vorbereitungsbereichlichen" Bereich).

Im Vorfeld von Maastricht versuchten die französischen, italienischen und belgischen "Industriepolitiker", in der Fortschreibung der "Römischen Verträge" einen besonderen Artikel für Industriepolitik im Sinne spezifische Maßnahmen zugunsten "strategischer Industrien" vorzusehen. Hierbei konnten die Vorschläge durchaus an schon vorhandenen "dirigistischen" Instrumentarien wie etwa der "Technologiegemeinschaft" oder den "Strukturfonds" anknüpfen, was polemische Gegenreaktionen hervorgerufen hat: "Es wäre schon eigenartig, daß die EG ihr dirigistisches Werkzeug zu einem Zeitpunkt vervollständigte, da sich die zusammengebrochenen Staatssysteme im Osten zu marktwirtschaftlichen Reformen aufrufen." (P.Hort in der FAZ vom 8.10.1991) So weit kam es allerdings doch nicht: Der französisch geführte Vorstoß ist in Maastricht erheblich zurechtgestutzt worden.

3. Neue Industriepolitik und ökonomische Internationalisierung

Natürlich reflektieren die angesprochenen Debatten die jeweiligen inneren Probleme der betreffenden Länder bzw. Weltregionen, die mit Hilfe marktliberaler bzw. IWF-Rezepte nicht zu beheben sind (im Gegenteil). Diesen Tendenzen ist aber offenkundig gemeinsam, daß sie die strategische Bedeutung der Industriepolitik und die aktive Rolle des Staates vor allem in der Weltmarktintegration sehen. Hierbei gilt die technologisch-industrielle Innovation als Kern eines Strukturwandels, der sich an der internationalen Arbeitsteilung und der Dynamik der Weltmärkte orientiert (vergl. Hilpert 1991). Die entwickeltste Stufe einer derartigen Konzeption zeichnet sich derzeit vor allem in Japan ab: der Übergang von einer national beschränkten zu einer internationalisierten Industriepolitik, die die Möglichkeit einer bewußten Steuerung und Gestaltung der internationalen Arbeitsteilung unter Einbindung von international agierenden Industrie- und Finanzgruppen beinhaltet: Japan befindet sich seit Mitte der 80er

Jahre in der Tat "an der Schwelle zur globalen Wirtschaftsmacht" (Ernst/Laumer 1989).

Die Renaissance industriepolitischer Debatten in der EG (wie auch in den USA) ist gewissermaßen auch eine Reaktion auf die japanischen Offensiven und die darin enthaltene leitende Rolle des MITI (s.u.). Allerdings beschränkt sich die "Internationalisierung" der nördlichen Industriepolitik weitgehend auf die "Triade", also die Beziehungen der drei kapitalistischen Zentren. Ihre Entfaltung spielt sich im Spannungsfeld von Verflechtung und Kampf der kapitalistischen Zentren ab. Dahinter verbirgt sich die Konkurrenz zweier Logiken, nämlich der Logik der transnationalen Konzerne und der Logik der nationalen Machtstaaten. Dies führt wiederum dazu, daß die Internationalisierung mit einer sich verstärkenden Tendenz der Regionalisierung einhergeht. In der Tat scheint sich international orientierte Industrie- und Strukturpolitik - quasi als Gegenbewegung zur allgemeinen Globalisierung (insbesondere der Finanzmärkte) - hauptsächlich auf die Bildung regionaler Wirtschaftsräume zu konzentrieren, in denen die Rolle nationaler Machtstaaten auf "höherem" Niveau reproduziert wird, was sich nicht nur anhand der EG zeigen läßt.

Vom "Westsüden" aus betrachtet, fällt es zunächst einmal schwer, zu einem hinreichenden Urteil über die "Internationalisierung der Industriepolitik" zu kommen. Die Triadisierung dürfte voraussichtlich den intra-industriellen Handel und die Verflechtung zwischen den kapitalistischen Zentren noch weiter verstärken und dabei die Stellung der transnationalen Konzerne erheblich befördern: Die Abkopplung des "Südens" würde sich in diesem Falle weiter fortsetzen. Die Regionalisierung beinhaltet zwar die Gefahr neuer Handelsbarrieren (gerade gegenüber sich entwickelnden Ländern) und Handelskriege sowie neuer Abhängigkeiten von den jeweiligen "Zentren": Sie dürfte aber unter den heutigen Bedingungen auch ein Maximum an Gestaltungsspielräumen für Kooperationsbeziehungen zwischen "südlichen" und "nördlichen" Ländern und für eine aktive Weltmarktintegration eröffnen. Japan ist allerdings - mit dem vom MITI vorgelegten "New Aid Plan" (für die Zusammenarbeit zur Industrialisierung Asiens) - das gegenwärtig einzige Land, das eine wirklich globale Industriepolitik betreibt, indem es langfristig und gezielt angelegte Vorstöße im Rahmen der Triade mit einer aktiven regionalen Kooperation zwischen Industrie-, Schwellen- und

Entwicklungsländern verbindet (vergl. Goldberg 1991).

4. Vorbild MITI: Comeback des Staates?

In diesen Zusammenhängen gewinnt auch die Rolle des Staates eine neue und stärkere Dimension. Erstens: Langfristig anzulegende industrielle und infrastrukturelle Projektierungen auf der Basis moderner Technologien erfordern in räumlicher Hinsicht eine kontinuierliche Abstimmung zwischen Weltmärkten und Industriestrukturen. Es muß insoweit eine zeitlich-räumliche Kohärenz hergestellt werden, die ohne regionale Regulierungen auch in absehbarer Zukunft nicht möglich sein dürfte. Zweitens: Diese Kohärenz ist im übrigen eine wesentlich institutionelle Leistung, die nicht zuletzt von der organisatorischen Intelligenz der sozialen Beziehungen und von der sozial-ökonomischen Kultur abhängt (vergl. Matzner/Streck 1991). Diese Beziehungen zwischen ökonomischen, sozialen und kulturellen Faktoren formieren sich in einem regionalen Kontext. Drittens: In beiderlei Hinsicht ist die unsichtbare Hand des (Welt-) Marktes überfordert. Aber auch der Typus des postnationalen Unternehmens, das weltweit regulierende Funktionen wahrnimmt, eine globale ökonomische Kultur hervorbringt und dabei quasi Rollen eines internationalen Staates ausfüllt, ist noch sehr unwahrscheinlich. Der Staat bleibt und wird neu gefordert.

Wenn man die in verschiedenen Weltregionen geführten Diskussionen miteinander vergleicht, so verwundert es also nicht, wenn sowohl an den Peripherien wie auch in den industriellen Zentren des Weltkapitalismus das Stichwort "MITI" (das Kürzel für das japanische Industrie- und Außenhandelsministerium) fällt: Steht es im einen Fall für eine aufholende Weltmarktintegration, wie sie für Japan in den 50er und 60er Jahren und für andere ostasiatische Länder in den 70er und 80er Jahren typisch war und nunmehr von einigen weiteren asiatischen Ländern angegangen wird, so steht im zweiten Fall das Bestreben im Vordergrund, durch eine kontinuierliche Lenkung technologischer Innovationen im Auf- und Abstieg von Branchen eine weltweite industrie-gestützte ökonomische Führungsrolle zu erlangen, zu sichern und auszubauen. Insoweit reflektiert das Stichwort "MITI" zwei unterschiedliche Phasen japanischer Industriepolitik, die sich heute zwar weni-

ger durch die rigiden interventionistischen Praxen der Nachkriegszeit auszeichnet, aber weiterhin auf ein dichtes Netz staatlich-korporatistischer Lenkungsmechanismen setzt (vergl. zur japanischen Industriepolitik Kokalj/Albach 1987, Welsch 1987 und Kremer 1990/91). In dieser "planorientierten Marktwirtschaft" (Johnson 1982, 302) spielt die Definition des Staates eine - wenn nicht sogar die - entscheidende Rolle: Er fungiert - idealtypisch definiert - weder als bürokratisch wuchernder Subventions- und Verwaltungsstaat noch als Einrichtung zum Schutz marktradikaler Eigentums- und Ausverkaufspraxen, sondern als gesamtwirtschaftliche "Entwicklungsagentur", in deren Mittelpunkt eine koordinierte industrielle Innovations- und Strukturpolitik steht.

Der Staat fungiert weder als bürokratisch wuchernder Subventions- und Verwaltungsstaat noch als Einrichtung zum Schutz marktradikaler Eigentums- und Ausverkaufspraxen, sondern als gesamtwirtschaftliche "Entwicklungsagentur", in deren Mittelpunkt eine koordinierte industrielle Innovations- und Strukturpolitik steht.

Wirtschaftshistorisch mag man den MITI-Bezug zunächst so interpretieren, daß der ökonomische Vergesellschaftungsprozeß, der der Modernisierung von Industriegesellschaften innewohnt, wieder angemessener verarbeitet wird: In gewisser Weise stellt der radikale Marktliberalismus einen Irrweg im Sinne einer historisch zweifellos bedeutsamen Unterbrechung von gesellschaftlichen und ökonomischen Lernprozessen dar. Nach dem Zerfall des einen und dem Zusammenbruch des anderen Widerparts (keynesianisch-bürokratischer Wohlfahrtsstaat/sozialistische Kommandowirtschaft) dürfte es schwerfallen, die entsprechenden ideologiebefrachteten Konstruktionen aufrechtzuerhalten. Der intervenierende Staat wird ein "Comeback" erleben - als Staat einer neuen Periode weltweiter ökonomisch-sozialer Entwicklungen und technologischer Innovationen.

Damit wird das Nullsummenspiel um "Markt oder Staat" beendet und eine höhere Aktivität beider Sektoren ange-

strebt. Nicht der Umfang des öffentlichen Sektors ist hierbei entscheidend, sondern seine Fähigkeit, strategisch zu führen. "Der Staat als Pionier": So lautet die ähnlich gelagerte Vorstellung von Prognose-Chef Heik Afheldt, der vor allem Infrastruktur-Hardware, Fort- und Weiterbildung, Software, Forschung und Entwicklung sowie die Umwelt als "innovative Bereiche mit Pionierverdacht für die öffentlichen Hände" (einschließlich der öffentlichen Unternehmen) ansieht, auf denen der Staat mit Investitionen und Ordnungsinstrumenten Signale für die Gesamtwirtschaft zu setzen habe (vergl. Afheldt 1986).

5. Die Linke und das Comeback des Staates

Und die Linke? Sie hat in den 80er Jahren gleich in mehrererlei Hinsicht Abschied vom Staat genommen. Vor allem ein Werk von Fritz Scharpf machte in ihren Reihen Furore, mit dessen Hilfe die Hinwendung zum Marktliberalismus "modern-realistisch" begründet werden konnte (vergl. Scharpf 1987). Angesichts der globalisierten Finanzmärkte und der Inkompetenz supranationaler Ebenen sei Wirtschaftspolitik nur noch als finanz- und geldpolitische Anpassung an internationale Kapital- bzw. Zinsbewegungen machbar. Aktive öffentliche Beschäftigungspolitik durch finanz- und kreditpolitische Maßnahmen und die Umverteilung zugunsten der Massenkaukraft und der öffentlichen Nachfrage kämen dementsprechend nicht mehr in Frage. Die größte Chance für neue Arbeitsplätze und gewisse gesellschaftliche Gestaltungsräume werden noch in den wachsenden Dienstleistungszweigen gesehen.

Tatsächlich handelt es sich hierbei allerdings um eine unzulässige neoklassische Einengung, wenn Wirtschafts- auf Geld- und Finanzpolitik bzw. einen Datenkranz von Löhnen und Preisen, Steuer- und Zinssätzen reduziert wird. Ebenso wenig ist es akzeptabel, wenn die Frage der "Dienstleistungsgesellschaft" von ihrer industriellen Basis abgekoppelt und deren Entwicklung ausgeblendet wird. Schließlich ist eine Sichtweise zu kritisieren, die im internationalen Maßstab nur die "allmächtigen" Finanzmärkte und Zinsbewegungen, nicht aber auch die Rolle von technologischen Transfers, industriellen Kooperationen, Produktions- und Marktstrukturen im Auge hat. In diesem Ansatz werden damit substantielle Fragen des

Der intervenierende Staat wird ein "Comeback" erleben - als Staat einer neuen Periode weltweiter ökonomisch-sozialer Entwicklungen und technologischer Innovationen.

ökonomischen Strukturwandels systematisch ausgeblendet: Industrie- und Strukturpolitik findet nicht statt.

Dieser polit-ökonomische Ohnmachtsdiskurs korrespondierte mit dem Aufschwung der "Zivilgesellschaft" zum allgemeinen Fluchtpunkt einer Linken, die sich vom Terrain des Staates und der Industrie immer weiter zurückgezogen hat. Nicht die Hinwendung zu lebensweltlichen Prozessen und ihren demokratischen Perspektiven ist hierbei das Problem, sondern der Verzicht auf eine eigenständige strategische Definition des Staates in den industriell gebundenen Innovationsprozessen. Es kann daher nicht verwundern, wenn dieser Diskurs in manchen Köpfen dazu geführt hat, "Zivilgesellschaft" und "freie Marktwirtschaft" als korrespondierende und sich wechselseitig bedingende Konzepte zu akzeptieren, womit aus der ökonomischen Ohnmacht auch noch eine zivile Tugend gemacht wird. Im Angesicht von Weltmarkt und Weltordnung bleibt eine derartige Position blutleer und harmlos: Sie überläßt die fundamentalen Prozesse der technologisch-industriellen Innovation dem Spiel der weltweit agierenden Konzerne - der global player. Dabei könnte sich die Linke einen durchaus eigenständigen Zugang zur "ordnungspolitischen Wende" erarbeiten: Denn mit dieser Wende eröffnen sich - wie beim Aufkommen des keynesianischen Interventionismus - auch den Kräften der Linken wieder Optionen, die ihr unter marktliberalen Bedingungen fast gänzlich verbaut waren. Dies gilt nicht zuletzt für die Ziele des "ökologischen Umbaus der Volkswirtschaft", der "dauerhaften Entwicklung" in den Erdteilen und eine entsprechende "Politik ausgewählter Wachstumsfelder", wie sie im Berliner Grundsatzprogramm der SPD gefordert wird. "Politik ausgewählter Wachstumsfelder" bedeutet letztendlich, das Wachsen und Schrumpfen von Branchen und Produktionszweigen im regionalen und internationalen Maßstab zu regulieren - eine Industriepolitik eben, wie sie par excellence (wenn auch unter anderen Prämissen) vom japanischen MITI praktiziert wird.

Literaturangaben

Abgekürzte Zeitungsangaben im Text:
HB=Handelsblatt, FR=Frankfurter Rundschau,
WiWo=Wirtschaftswoche, FAZ=Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Afheldt, Heik (1986): Der Staat als Pionier? Impulse durch innovative Infrastrukturen? in: Afheldt u.a.: Der Staat als Pionier? (Prognose Forum Zukunftsfragen), Stuttgart
EG-Kommission (1990): Industriepolitik in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld, o.O.

EG-Kommission (1991): Die europäische Elektronik- und Informationsindustrie: Situation, Chancen und Risiken. Aktionsvorschläge, o.O.

Ernst, Angelika/Laumer, Helmut (1989): Japan an der Schwelle zur globalen Wirtschaftsmacht, in: ifo-Schnelldienst Heft 5-6/1989

Goldberg, Jörg (1991): Japanisches Jahrhundert? in: "Freitag" vom 30.8.1991

Hilpert, Ulrich (1991): Neue Weltmärkte und der Staat, Opladen

James, Barrie G. (1990): Wirtschaftsmacht Japan - Das trojanische Pferd, Freiburg i.B.

Johnson, Chalmers (1982): MITI and the Japanese Miracle, Stanford

Kokalj, Ljuba/Albach, Horst (1987): Industriepolitik in der Marktwirtschaft -

Ein internationaler Vergleich, Stuttgart

Kaske, Karlheinz (1991): Die deutsche elektrotechnische und elektronische Industrie vor weltweiten Herausforderungen, Vortrag vor dem Gesprächskreis Wirtschaft und Politik der Fr.-Ebert-Stiftung (hekt.) ÖKremer, Uwe (1990/91): Bestandsaufnahme zur Innovations- und Strukturpolitik in Japan, IKS-Studie, Dortmund/Bochum

Marnora, Leopoldo/Messner, Dirk (1989): Theorien der Entwicklungsforschung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 10'89

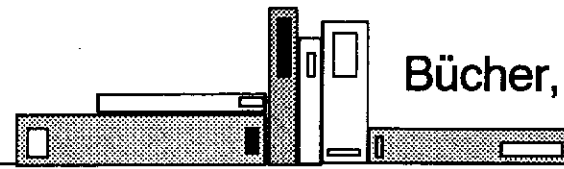
Matzner, Egon/Streeck, Wolfgang (1991): Beyond Keynesianism. The Socio-Economics of Production and Full Employment, Aldershot

McKinsey & Company (1991): Überlegungen zur kurzfristigen Stabilisierung und langfristigen Steigerung der Wirtschaftskraft in den neuen Bundesländern (hekt.)

Scharpf, Fritz (1987): Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt a.M.

Seitz, Konrad (1990): Die japanisch-amerikanische Herausforderung, München

Welsch, Johann (1987): MITIisierung der Länderstrukturpolitik? in: WSI-Mitteilungen Heft 9/1987



Bücher, Bücher...

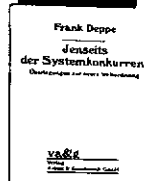
... zu verschenken!

Bücher zu verschenken hat der spw-Verlag.

Stellt dabei allerdings Bedingungen. Nur wer ein neues spw-Abonnement vermittelt oder spw für sich selbst bestellt, bekommt von spw eine Buchprämie - kann sich das Buchgeschenk aber selbst aussuchen. Derzeit hat spw zu bieten:

- Nr. 1/92 **Frank Deppe, Jenseits der Systemkonkurrenz.** Überlegungen zur neuen Weltordnung, Marburg 1991 (Verlag Arbeit und Gesellschaft), Ladenpreis DM 22,-
- Nr. 2/92 **Eckart Spoo (Hrsg.), Kohlzeit.** Ein Kanzler und sein Deutschland, Köln 1991 (PapyRossa), Ladenpreis DM 20,-
Autorinnen und Autoren: Angelika Beer, Edelgard Bulmahn, Frank Deppe, Bernt Engelmann, Wolfram Frommlet, Gerald Häfner, Werner Hill, Mechthild Jansen, Arno Klönne, Otto Köhler, Reinhard Kühnl, Ines Lehmann, Hemannus Pfeiffer, Wolfgang Plat, Fred Schmidt, Eckart Spoo, Klaus-Peter Weiner
- Nr. 3/92 **Peter Wahl (Hrsg.), Warum Montezuma nicht Europa entdeckt hat.** Europa und die Dritte Welt, Köln 1991 (PapyRossa), Ladenpreis DM 24,-
- Nr. 4/92 **Detlev Albers, Sozialismus im Westen.** Erste Annäherungen. Marxismus und Sozialdemokratie, Hamburg 1987 (Argument), Ladenpreis DM 19,80

spw-Abo-Bestell- (und Buchprämien-) Coupon auf dieser Seite. Oder beiliegende Bestellkarte benutzen.



A
B
O

Ich abonniere spw für mindestens zwölf Monate ab sofort/ab Heft Nr.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

- Jahresbezugspreis (incl. Versand): Inland DM 51,-
- Ausland DM 54,-
- ermäßigter Inlandspreis (für SchülerInnen, StudentInnen, Arbeitslose; nur gegen schriftliche Bescheinigung) DM 42,-
- ermäßigter Auslandspreis (wie oben); nur gegen Bescheinigung) DM 45,-

Das ABO geht an:

Name, Vorname: _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift

1. Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche widerrufen werden (Poststempel). Ich bestätige hiermit, daß ich über mein Widerrufsrecht in Kenntnis gesetzt wurde.

2. Ich bin damit einverstanden, daß die Post etwaige Änderungen meiner Anschrift an den Verlag weiterleitet.

2. Unterschrift (bitte auch hier unterschreiben)

Wenn Sie ein Geschenkabonnement bestellen, so müssen Sie sowohl die Adresse des/der Beschenkten als auch Ihre Adresse in der jeweiligen Spalte oben angeben.

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.

Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Ich wünsche Bankelzug:

Geldinstitut: _____

Bankleitzahl _____

Konto _____

Datum, Unterschrift _____

Buchprämie

Ich habe mir die Buchprämie Nr. ... ausgesucht. Sie geht an folgende Adresse:

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Probe
A
B
O

Probe-ABO

Ich bestelle ein spw-Probe-Abonnement zum Sonderpreis. Damit erhalte ich die nächsten beiden Ausgaben von spw, die in zweimonatigem Rhythmus erscheinen. Das Probe-ABO verlängert sich nicht automatisch.

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Ich zahle mit Verrechnungsscheck (anbei), der Preis beträgt DM 15,- (incl. Versand).

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Der Preis beträgt (wegen des Aufwands für Rechnungsstellung) in diesem Fall DM 17,- (incl. Versand).

Coupon ausschneiden und einsenden an: spw-Verlag, Kieler Str. 13, W-5000 Köln 80



Industrie- und Strukturpolitik in Ostdeutschland

von Carsten Sieling*

Bis zu zwanzig Jahre kann es dauern, so ließ das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Februar dieses Jahres in einer neuen Prognose verlauten, bis das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen in Ostdeutschland das Niveau des früheren Bundesgebietes erreicht hätte.¹ Betrachtet man die erste Sozialproduktberechnung des Statistischen Bundesamtes für das vereinte Deutschland, so fällt der wesentliche Unterschied zwischen den neuen und den alten Bundesländern sofort ins Auge: Vor allem das produzierende Gewerbe und die Dienstleistungsunternehmen weisen in den neuen Bundesländern erheblich unterdurchschnittliche Werte auf.² Aber nicht nur in der bestehenden Wirtschaftsstruktur liegt eine Schiefelage vor, sondern vor allem die Investitionstätigkeit verläuft in den neuen Bundesländern unterdurchschnittlich. Entscheidend für die Entwicklungschancen der neuen Bundesländer wird die Frage sein, ob es gelingt, den Trend zur Deindustrialisierung zu stoppen. Der Aufbau zukunftsfähiger industrieller Strukturen ist dabei nicht nur zu beschränken auf die Ansiedlung von Produktionsstätten, sondern muß den funktionalen Gesamtzusammenhang des Produktionsprozesses beachten. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Entstehung des Programms Aufschwung Ost schien sich verknüpft mit der allgemeinen industriepolitischen Debatte ein Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Strukturpolitik abzeichnen.³ Das Konzept aber beruht vor allem auf Anreizen für die private Investitionstätigkeit und hat nicht verhindert, daß die Nachfrageströme nach Westen liefen und damit vornehmlich die Konjunktur im früheren Bundesgebiet am Laufen gehalten ha-

ben. Die wirtschaftsstrukturellen und industriepolitischen Probleme der neuen Bundesländer aber konnten damit nicht angegangen werden.

Nischenverteidiger und isolierte Pioniere

Das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) hat jüngst eine Analyse über die Unternehmensstruktur in den neuen Ländern sowie die Folgen der eingeschlagenen Wirtschaftspolitik vorgelegt.⁴ Ausgangspunkt der Analyse bildet die Unternehmens- und Wirtschaftsstruktur in der ehemaligen DDR. Von herausgehobener Bedeutung war dabei die Ende der sechziger Jahre begonnene Schaffung von Kombinat, mit denen durch eine strikte vertikale Integration aller Produktionsstufen einer Branche - also von den Zulieferbetrieben über die Forschungsbereiche bis hin zur Endfertigung und zum Handel - eine Effizienzsteigerung erreicht werden sollte. Die Folge der damit verbundenen Zentralisierung von Entscheidungs- und Planungskompetenzen, die in den ersten Jahren allerdings in der Tat zu einer beträchtlichen Produktivitätssteigerung der DDR-Betriebe führte, war der Verlust an ökonomischer Eigenständigkeit für die einzelnen Kombinatbetriebe. Damit wurden vor allem die regionalen Betriebsstandorte von ihren Kombinatleitungen derart dominiert, daß wirtschaftliche Strukturen innerhalb der Regionen vollkommen zerschlagen bzw. einzig von nun internalisierten Kombinatentscheidungen abhängig wurden. Regionen fungieren damit nicht mehr als Wirtschaftsräume, sondern nur noch als Arbeitskräfteservois. Die "De-Regionalisierung" der Produktion, wie die WZB-Forscher diese

Fehlentwicklung der DDR-Wirtschaftspolitik nennen, wird allerdings im Rahmen der derzeit von der Treuhand betriebenen Kombinatenauflösung keinesfalls umgekehrt. Generell besteht eher die Gefahr, daß die bestehenden Unternehmensstrukturen in einer Weise zerschlagen werden, der die für eine selbständige Betriebseinheit lebenswichtigen Unternehmensfunktionen wie Forschung und Entwicklung sowie Ausbildung ebenfalls zum Opfer fallen. Wettbewerbsfähigkeit kann damit selbst mittelfristig nicht erreicht werden.

Zwei Grundtypen von vormaligen Kombinatstammbetrieben schälen sich nach Auffassung des WZB heraus. Die nach wie vor auf die osteuropäischen Märkte ausgerichteten Unternehmen werden als "Nischenverteidiger" bezeichnet. Sie verfügen im wesentlichen über "clan-artige Beziehungen zu den ministeriellen Beschaffungsabteilungen ihrer vormaligen Kunden"⁵ in der ehemaligen Sowjetunion, auf die sie sich bisher wegen der bestehenden Verträge im Wert von mehr als neun Milliarden Mark und wegen ihrer fehlenden Wettbewerbsfähigkeit auf den westlichen Märkten konzentriert haben. Gerade angesichts der Herausbildung der GUS und dem sich verstärkenden Autonomiebestreben der einzelnen Republiken ist die Realisierung dieser Verträge immer stärker bedroht. Zu den engen Grenzen der Nischenstrategie gesellt sich noch das Problem, daß auf den östlichen Märkten in der Regel weniger technologisch anspruchsvolle Produkte gefragt sind, womit diese einseitige Marktausrichtung nicht gerade zu einer Weiterentwicklung der Innovationsfähigkeit dieser Betriebe beiträgt. Im Gegenteil: Da die Wirtschafts- und Währungsunion gerade diesen Betrieben die Chancen auf den westlichen Märkten vollkommen entzogen hat, werden bestehende moderne Pro-

duktlinien sogar rückentwickelt. Von der Innovationsblockade sind zusätzlich noch die Zulieferbetriebe dieser früheren Kombinate betroffen, die sich ebenfalls immer mehr auf die einfacheren Produkte konzentrieren.

Die von der Treuhand betriebene Auflösung der großen Instandhaltungs- und Maschinenbauteile der Kombinate führt zur Herausbildung des zweiten Typs, den "isolierten Pionieren". Zwar sind die Produktionsbedingungen in diesen Bereichen mit ihren sehr gut qualifizierten Arbeitskräften und der überdurchschnittlichen technischen Ausstattung erfolgversprechend, jedoch fehlen hier durch die Entflechtung Marktbeziehungen, Beratungskontakte und institutionelle Strukturen. "Während die prekäre Situation der Nischenverteidiger eher von einem 'Zuviel' an clan-artigen Beziehungen zu ihren alten Kunden resultiert, leiden die isolierten Pioniere eher an einem 'Zuwenig' an Clan."⁶ Die Chancen dieser Unternehmenstypen werden umso mehr durch Investitionsstrategien westlicher Großkonzerne bestimmt.

Investitionsstrategien westlicher Konzerne I: "Kathedralen in der Wüste"

Als Folge der Bevorzugung westlicher Investoren, die sich sowohl aus der Investitionsbezuschung im Rahmen des "Aufschwung Ost" als auch durch Entscheidungen der Treuhandanstalt ergeben, verschärfen sich die Bedingungen für die ansässigen Betriebe weiter. Insbesondere die sektoralen Aufsichtsräte der Treuhandanstalt, die eine interventionistische Strukturpolitik seitens des Staates tabuisieren, machen sich damit abhängig von den freien Kräften des Marktes und den Strategien westlicher Großunternehmen. Die Unternehmen, die angesichts der fatalen allgemeinen Investitionsentwicklung mehr und mehr zu den eigentlichen Hoffnungsträgern für die neuen Bundesländer stilisiert werden, verfolgen nach den Analysen des WZB im wesentlichen zwei Investitionsstrategien. Durch die erste Strategievariante der Übernahme vormaliger Kombinatstammbetriebe durch Großunternehmen entstehen, so die WZB-These, "Kathedralen in der Wüste".⁷ Die politische Brisanz dieser Übernahmen liegt vor allem in der So-

zialisierung der Investitionsrisiken der westdeutschen Konzerne durch die Treuhandanstalt. So wird das VW-Engagement in Zwickau mit 2 Milliarden Mark öffentlich gefördert. VW selber braucht dann nur noch 3 Milliarden Mark aufzubringen. Opel läßt sich sein 750 Millionen Mark Projekt in Eisenach sogar mit 60 Prozent subventionieren. Primus ist natürlich die Mercedes-Benz-AG, die sich ihr LKW-Werk in Ludwigsfelde mit ähnlichen öffentlichen Anteilen fördern läßt und darüber hinaus die Einstiegsinvestitionen zur Beseitigung ökologischer Altlasten, zur Modernisierung der Produktionsanlagen und eben auch zur Finanzierung der Sozialpläne und der Qualifizierungsmaßnahmen der Treuhandanstalt überläßt. Rund 100 Millionen Mark öffentlicher Gelder sind schon in dieses Werk geflossen, das formal nach wie vor in Treuhandeigentum ist, aber über einen Geschäftsbesorgungsvertrag vom größten deutschen Konzern geführt wird. Der strukturpolitische Effekt dieser Subventionierung ist allerdings nahe null. Denn den übernommenen Produktionsstätten werden nun die Strukturen der Westkonzerne übergestülpt, was in den genannten Montagebetrieben insbesondere für die Zulieferungen sowie die Verflechtungen mit produktionsnahen Dienstleistungen aus dem Westen gilt. Die lokale Industrie erhält von diesen sicher mit modernster Produktionstechnik und Logistik ausgestatteten Werken keine Impulse; klein- und mittelständische Strukturen, deren Förderung der Bundesregierung verbal ja immer am Herzen liegt, werden dadurch nicht gestärkt. Im Gegenteil: Bislang bestehende Beziehungen der Werke zur regionalen Wirtschaft werden zerschlagen, die Chancen der Nischenverteidiger und auch der isolierten Pioniere auf ein Überleben sinken weiter. Und da es sich um den klassischen Fall von verlängerten Werkbänken handelt, sind auch die Qualifikationsanforderungen an die Belegschaften nicht so ausgelegt, daß hier Eigenverantwortlichkeit und innovatives Potential entstehen, woraus wiederum spill-over Effekte für die Region gespeist werden könnten. Aus diesen Entwicklungen sind Rückschlüsse auf die Wachstumschancen des Wirtschaftsraumes zu ziehen: Jüngere empirische Untersuchungen zeigen, daß eine enge Verknüpfung zwischen der Industrie mit der Dienstleistungsentwicklung von Regionen besteht. Die Wachs-

tumsregionen des Südens der alten Bundesrepublik zeichnen sich in ganz ausdrücklicher Weise dadurch aus.⁸ Derartige Synergieeffekte werden mit den "Kathedralen" eben nicht nur ver säumt, sondern sogar verhindert.

Investitionsstrategien westlicher Konzerne II: Brückenköpfe

Das Ziel des Zugangs zu den ostdeutschen und osteuropäischen Märkten steht im Mittelpunkt der zweiten Strategie der Großunternehmen, die sich dazu vornehmlich über joint ventures Brückenköpfe in Ostdeutschland schaffen wollen. Als Beispiele nennen die WZB-Forscher den Einstieg von AEG in die Lokomotivproduktion in Hennigsdorf sowie die Übernahme des Getriebewerks Brandenburg durch die Zahnradfabrik Friedrichshafen. Der wesentliche Unterschied zu den Kathedralen ist von regionalwirtschaftlicher Bedeutung: Da die Brückenköpfe nicht vollständig in die Strukturen der westlichen Konzernzentralen eingebunden werden, können sowohl Kundenbeziehungen als auch Zuliefererbeziehungen aufrechterhalten werden. Allerdings bleiben auch hier hauptsächlich Zulieferer im Geschäft, die im Preiswettbewerb standhalten können. Und dies sind eben nicht moderne und innovative Hochtechnologieproduzenten, sondern eher traditionell Standardprodukthersteller, die nur wenig zur Modernisierung der Industriestruktur beitragen können. Positiv ist in jedem Fall der Aus- und Aufbau zentraler Unternehmensfunktionen im Marketing- und Verkaufsbereich sowie in der Forschung und Entwicklung, die in diesen Unternehmen und damit vor Ort angesiedelt werden. Hierdurch kann es wiederum zu einer Stärkung des regionalen Dienstleistungsangebots und mittelständischer Unternehmen kommen. Wie schon bei den Nischenverteidiger sind auch die Entwicklungsperspektiven Brückenköpfe durch die unsicheren Absatzchancen auf den Ostmärkten getrübt. Die WZB-Forscher gehen in ihrer Analyse von "massiv enttäuschten osteuropäischen Märkten" aus,⁹ die in nur wenigen Wirtschaftsbereichen Spielraum für Hoffnungen lassen und in den vergangenen Monaten erstmalig zur Annullierung so mancher Investitionspla-

* Carsten Sieling ist Dipl. Ökonom und arbeitet bei der Arbeiterkammer Bremen

nung geführt haben. Auch wenn durch diese negativen Ausgangsbedingungen insbesondere die wenigstens ansatzweise strukturpolitisch positiven Brückenköpfe betroffen sind, dürfen doch die bestehenden Ressourcen nicht weiter zerstört werden. Nach Ansicht des WZB sind die bestehenden Potentiale vor allem "durch jene Art kurzfristiger ökonomischer Rationalität bedroht, die Ressourcen zu eliminieren trachtet, deren künftige Erträge zwar schwer kalkulierbar, die allerdings für die längerfristige Anpassungsstrategie entscheidend sind. Die Zerstörung dieser Ressourcen, wie etwa der Ausbildung und F&E-Kapazitäten der vormaligen Kombinatstammbetriebe, wird solange fort-dauern, bis die ökonomische Rationalität institutionell davor bewahrt wird, in kurzfristigen Ökonomismus umzuschlagen."¹⁰

Strukturpolitische Alternative dringend erforderlich

Die bisherigen Investitionsstrategien der westlichen Konzerne, die mit einem Millionenaufwand staatlich gefördert werden, sowie die allgemeinen Entwicklungsbedingungen für die Kombinatnachfolger führen in den ost-deutschen Bundesländern also nicht gerade zu tragfähigen wachstums- und beschäftigungspolitischen Perspektiven. Selbsttragende innerregionale Beziehungen entstehen weder durch Kathedralen in der Wüste noch durch isolierte Pioniere. Und die Absatzchancen für die Brückenköpfe und die Nischenverteidiger werden durch die aktuelle wirtschaftspolitische Strategie von Bundesregierung und Treuhandanstalt auch nicht verbessert. Hieran zeigt sich deutlich, daß das Hoffen auf freie Marktkräfte jeglicher Grundlage entbehrt. Ebenso fehlt geht aber auch das Konzept des Investivlohns. Damit verbleibt die Wirtschaftspolitik im Rahmen einer Umverteilung von Einkommen zugunsten verbesserter Investitionsbedingungen für Großkonzerne und weiterer Kathedralen in der Wüste. Wenn über den Einsatz von Einkommensbestandteilen geredet werden kann, dann nur im Zuge einer strukturpolitischen Konzeption, die sowohl mit der Abhängigkeit von westlichen Konzernstrategien bricht als auch die noch bestehenden regionsinterne Ansätze aus ihrer Isolierung befreit. Genau hier setzt das IG-Metall-Konzept

Eckpunkte zur Funktion der Treuhand-Industrieholding (THI)

Erweiterung der Sanierungsaufgabe:

- Reform der Sanierungskriterien*
- Ergänzung von betriebswirtschaftlichen durch volkswirtschaftliche Kostenrechnung für Wegfall von Arbeitsplätzen
 - Erhöhung der öffentlichen Sanierungshilfen nach volkswirtschaftlicher Kostenrechnung für Erhalt vorhandener/Schaffung neuer Arbeitsplätze
- Reform der Sanierungsstrategien*
- Bereitstellung von Beratungs- und Managementkapazitäten
 - Produktinnovation + Prozeßinnovation
- Reform der Organisationsstrukturen*
- Effektivierung
 - Demokratisierung

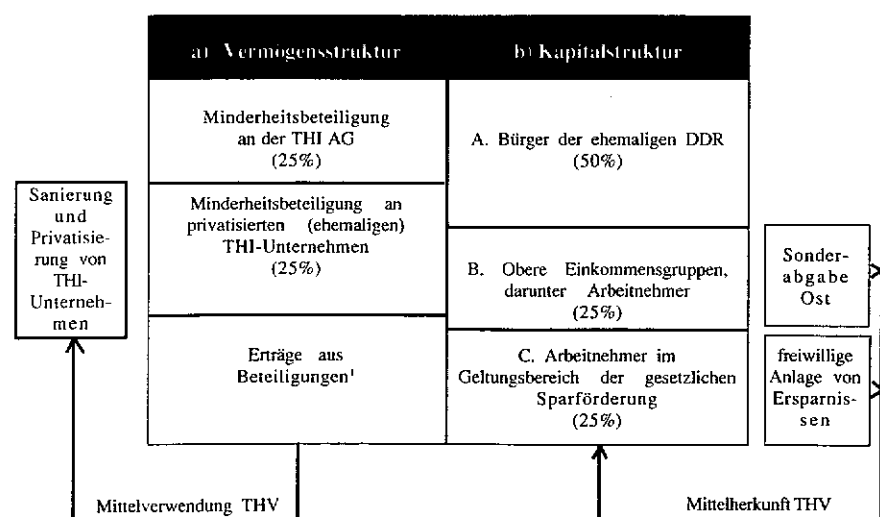
Erweiterung der Privatisierungsaufgabe:

- Verkauf an Westinvestoren*
- sofort
 - nach Sanierung
- Schaffung autonomer Ostunternehmen*
- nach Sanierung
 - mit Börseneinführung
- Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen (25% an THI)*

"Zur solidarischen Finanzierung der sozialen Einigung"¹¹ an. Die IG Metall stellt in ihrem Konzept die gezielte Sanierung der Regionen und Branchen in den Vordergrund. Unabdingbar hierfür ist eine Strukturpolitik, die aus drei Elementen besteht: Erstens eine Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen durch eine Verstärkung der Kurzarbeiterregelungen sowie durch eine bessere Ausstattung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Zweitens wird eine infrastrukturpolitische Offensive in den Regionen für dringlich gehalten, bei der es um die Befriedigung der

wesentlichen Bedarfslfelder Energieversorgung, Wohnungsbau, Verkehr und Telekommunikation geht. Die Beseitigung ökologischer Altlasten und die Förderung von Forschung und Entwicklung sind die Kernbestandteile des dritten Elements, der industriepolitischen Sanierung. Neben der aktiven Tarifpolitik zur Einkommenssicherung sowie zur Fest-schreibung des Kündigungsschutzes und von Qualifizierungsmaßnahmen sind deshalb eine aktive Regionalpolitik und eine aktive Industriepolitik vorrangig. Im Zuge der Regionalpolitik geht es der

Eckpunkte zur Funktion des Treuhand-Vermögensfonds



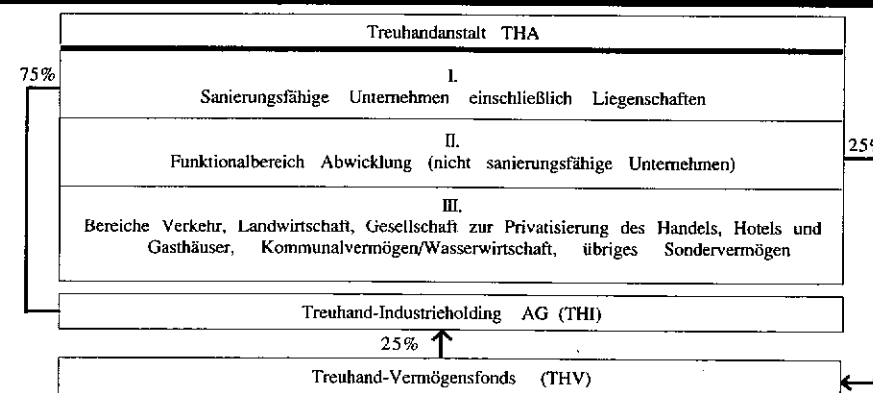
¹ Verwendung für Sanierungskredite an THI-sowie nicht für Ausschüttungen an Anteilseigner THV erforderlich
THI = Treuhand-Industrieholding

IG Metall neben der Modernisierung der Infrastruktur vor allem um Entwicklungskonzepte, die den Bedingungen der jeweiligen Wirtschaftsräume angepaßt sind. Eine große Bedeutung hat hierbei das unmittelbare Eingreifen in den Deindustrialisierungs- und Dequalifizierungsprozeß mittels gut ausgestatteter Beschäftigungsgesellschaften. Die Industriepolitik muß vorrangig den Branchen und Unternehmen durch Innovations- und Investitionsmaßnahmen eine Zukunftschance geben, wobei im Sinne einer dynamischen Bestandsentwicklung die lokalen Unternehmenspotentiale gestärkt werden sollen. Gerade für die Umsetzung der aktiven Industriepolitik hat die Treuhandanstalt

Westunternehmen, der aufgrund der Kathedralen-Problematik an präzise und noch zu entwickelnde Kriterien gebunden werden muß, geht es der IG Metall auch um die Schaffung autonomer Ostunternehmen. Gerade hierfür ist eine direkte Beteiligung der Industrieholding an sanierungsfähigen Unternehmen vorgesehen. Das zweite Bein der Umsetzungsstrategie ist die Schaffung eines Treuhand-Vermögensfonds (THV), der die Vermögensanteile zusammenfassen soll und sich zu 25 Prozent an der Industrieholding beteiligen soll. Auch bei Privatisierungen von Unternehmen könnte der Fonds Anteile halten, so daß eine öffentliche Kontrolle zur Verhinderung eines

daß der Vermögensfonds über seine Minderheitsbeteiligungen die Sanierungsvorhaben mitfinanzieren könnte. Auch die IG Metall kann natürlich keine Antwort auf das Problem der sich verengenden bzw. nicht entwickelnden Ostmärkte geben. Eingedenk der Tatsache, daß Osteuropa Ziel der Investitionsstrategien vieler Konzerne der kapitalistischen Welt ist und gleichzeitig ebenfalls intern saniert werden muß, ist offenkundig, wie unzureichend der Blick nach Osten für die Sicherung und Schaffung von Beschäftigung in den neuen Bundesländern ist. Eine aktive Sanierungsstrategie und eine offensive Industriepolitik sind die notwendige Antwort auf das Dilemma, in der es darum geht, Handlungsspielraum in den Regionen der ehemaligen DDR zu erhalten. Und hierfür sind zum einen regions-intern ökonomische Strukturen zu etablieren, die zumindestens in Zukunft eine selbsttragende Entwicklung ermöglichen. Zum anderen werden sich die neuen Bundesländer - Ostmärkte hin oder her - als Bestandteil des Europäischen Binnenmarktes und der Welt des entwickelten Kapitalismus sowie so auf den Weltmärkten beweisen müssen. Eine Instandsetzung für diese Herausforderung ist eben nicht durch eine Industriestrukturen demontierende Privatisierung zu erreichen, sondern hat seine Chance nur im Kontext eines industriepolitischen Sanierungskonzeptes, wie es die IG Metall zur Diskussion stellt.

Eckpunkte eines gesetzlichen Fondsmodells



zentrale Bedeutung. Die Spitze der Treuhandanstalt allerdings ist es vor allem, die eine industrie- und strukturpolitische Verantwortung ablehnt und nur durch die privatwirtschaftlichen Brille schauend betriebswirtschaftliche Kriterien an ihre Entscheidungen anlegt. Als Konsequenz aus dieser Verweigerungshaltung verlangt die IG Metall die Neugründung einer Treuhand-Industrieholding AG (THI). Eine solche Holding hätte neben betriebswirtschaftlichen Aspekten auch eine volkswirtschaftliche Kostenrechnung durchzuführen und damit beschäftigungspolitische Kriterien in das Unternehmensziel einzubauen. Darüber hinaus würde eine solche Industrieholding Aufgaben wie die Bereitstellung von Managementkapazitäten und die Förderung von Innovationen übernehmen, die von der Treuhandanstalt in ihrer jetzigen Form schlicht ignoriert werden. Neben dem Verkauf von ehemaligen Kombinatbetrieben an

Ausverkaufs von "Perlen" bestehen bleibt. Die Finanzierung des Fonds soll dreiteilig erfolgen: Zum einen wird bekannten DGB-Vorschläge entsprechend eine Abgabe von Besserverdienenden erhoben. Zum weiteren können Bezieher hoher Einkommen Anteilsscheine erwerben, die zur Vermögensbildung beitragen. Und zum dritten wird die Hälfte des Fondsvermögens auf die Bevölkerung der ehemaligen DDR kostenlos übertragen, so daß die Menschen die Resultate ihrer Arbeit nun nach der Vereinigung nicht gleich an das Privatkapital verlieren. Insgesamt profitieren damit nicht nur Kapitaleigentümer von Sanierungserfolgen, die einen Vermögenszuwachs hervorbringen. Im Endeffekt würden durch die mit einer Aufstockung der Sparförderung verbundenen Anteilscheinwerb 7,5 Milliarden Mark in die Kassen des Treuhand-Vermögensfonds fließen. Weitere 9 Milliarden Mark würde die Sonderabgabe erbringen, so

Anmerkungen

- 1 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1992): DIW-Wochenbericht 7, S. 80 - 81
- 2 Wolfgang Stroh und Mitarbeiter (1992): Sozialprodukt in Deutschland im Jahre 1991; in: Wirtschaft und Statistik 1992, S. 13
- 3 Vgl. hierzu Carsten Sieling (1991): Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik?; in: spw, Heft 59 (Ausgabe 3/91), S. 39-41
- 4 Wissenschaftszentrum Berlin (1991): Rumpfindustrialisierung? Ex-DDR: Kombinatentflechtung und Westinvestitionen; in: WZB-Mitteilungen 54 (Dezember), S. 5-9
- 5 Ebd., S. 6
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Vgl. hierzu die Studie des WZB von Bernd Reisert u.a. (1989): Mehr Arbeitsplätze durch Dienstleistungen? - Ein Vergleich der Beschäftigungsentwicklung in Ballungsräumen der Bundesrepublik Deutschland, Berlin
- 9 Wissenschaftszentrum Berlin (1991): a.a.O., S. 8
- 10 Ebd.
- 11 Vgl. IG Metall Vorstand (1991): Zur solidarischen Finanzierung der sozialen Einigung, Schriftenreihe 128, Frankfurt/Main sowie Der Gewerkschafter 11/91, S. 19-31. In diesem Artikel wird insbesondere auf die regional- und industriepolitischen Aspekte des Konzepts eingegangen. Fragen der Finanzierung bleiben dabei weitgehend ausgespart.

Von Maastricht bis Moskau?

- Europäische WWU und die Integration Osteuropas -

Während im Osten Europas gerade ein riesiges Staatengebilde in sich zusammengebrochen ist, gruppiert sich im Westen - geschäftsmäßig "unrevolutionär" - ein ökonomischer Gigant: Der EG-Gipfel von Maastricht war ein Meilenstein in der Geschichte der Europäischen Integration - so unzulänglich und interpretationsfähig die Ergebnisse auch immer sein mögen. Die ökonomische Integration Westeuropas soll, nach Vollendung des Binnenmarktes zum 01.01.1993, mit der Einführung einer einheitlichen europäischen Währung in seine letzte Phase treten.

Verband die Bundesregierung ihre Zustimmung zur Wirtschafts- und Währungsunion mit der Schaffung einer Europäischen Zentralbank nach bundesdeutschem Vorbild und Vereinbarungen über eine gemeinsame europäische Außenpolitik, Politischer Union und Stärkung des Europaparlaments, sorgte sich vor allem Großbritannien bei Aufgabe des britischen Pfund um den vollständigen Verlust wirtschaftlicher Eigenständigkeit. Die südlichen EG-Mitgliedsstaaten wiederum forderten die stärkere Verankerung sozialer Rechte im Integrationsprozeß und eine Aufstockung der Strukturfonds, um ihre eigenen Regionen unter den verschärften ökonomischen Bedingungen besser anpassen zu können. Die Angst vor einer Vertiefung der ökonomischen und sozialen Disparitäten, sogar vor einer partiellen Abkoppelung machte die Runde.¹

Einigung auf eine kleine Lösung

Schließlich einigte man sich hinsichtlich der Wirtschafts- und Währungsunion im

* Reinhold Rünker, stellv. JUSO-Bundesvorsitzender, Oelde, Harald Unfried, stellv. JUSO-Landesvorsitzender Bayern, Landshut

Grundsatz auf eine "kleine Lösung". Als Vorläufer einer autonomen, nach bundesdeutschem Vorbild nicht an Regierungsbundenen sowie vorrangig der Geldwertstabilität verpflichteten Europäischen Zentralbank (EZB) soll 1994 ein EG-Währungsinstitut den derzeitigen Ausschuß der zwölf Zentralbankgouverneure ablösen. Dieses neue Währungsinstitut, das eine Stärkung und reale Einführung (durch Münzen und Noten) der europäischen Währung ECU zum 01.01.1999 vorbereiten soll, wird zunächst noch keine Eingriffsmöglichkeiten in die nationalen Geldpolitiken haben. Frühestens 1997 wird die Gründung der EZB erfolgen, wobei nicht alle EG-Mitgliedsstaaten zugleich Gründungsmitglieder sein werden. Vielmehr wird das Währungsinstitut 1996 gemeinsam mit der EG-Kommission eine Lagebewertung der Mitgliedsstaaten vornehmen, bei der die Kriterien nationale Inflationsrate, Staatsverschuldung sowie die "politische Bedeutung" für einen Beitritt zur Währungsunion zugrunde gelegt werden.

Mit der Festlegung auf eine gemeinsame Währung und der Gründung einer Europäischen Zentralbank wären ab 1997 letztlich wesentliche Bereiche der Wirtschafts- und Währungspolitik der Mitgliedsstaaten auf die europäische Ebene verlagert. Nationale Budgets würden dann durch die Beschränkungen der EZB quasi im Vorfeld strukturiert, für nationale wirtschaftspolitische Sonderprogramme - z. B. für Krisenregionen - bestünden nur noch eingeschränkte Spielräume. Bestimmt wird die EZB dabei von den ökonomisch (und politisch) starken Mitgliedsländern - nur sie sind ja zunächst an der Gründung beteiligt. Ökonomisch schwächere Länder müssen sich - ähnlich wie heute bereits gegenüber der Politik der Deutschen Bundesbank und ihrer Zinspolitik - dem Diktat

von Reinhold Rünker und Harald Unfried*

der EZB beugen, auch wenn sie nicht direkt an ihr beteiligt sind. So konkretisiert sich ein "Europa der zwei Geschwindigkeiten", in der die starken Staaten das Tempo vorlegen und die schwächeren hinterherhecheln. Aufgrund der nach wie vor bestehenden wirtschaftlichen Divergenzen innerhalb der EG wird der Weg zur Angleichung der makroökonomischen Daten ohnehin von massiven sozialen Spannungen und Einbrüchen begleitet sein.

Die WWU und der Osten

Noch dramatischer wird sich die Entwicklung für die Länder Osteuropas darstellen, die den Anschluß an das Wohlstand verheißende EG-Europa suchen. Hier bahnt sich ein "Europa der dritten Geschwindigkeit" an, bei der ganze Regionen und Staaten, Millionen Erwerbstätige unter die Räder der Marktwirtschaft geraten.

Nach Auflösung des RGW haben sich die Beziehungen zwischen der EG und den osteuropäischen Ländern durchaus intensiviert. Hatte es zuvor mit einzelnen RGW-Mitgliedsländern sowie Jugoslawien bilaterale Handels- und Kooperationsabkommen gegeben, wurden 1991 die auf dem Pariser Gipfel von 1989 für Polen und Ungarn beschlossenen Hilfsleistungen in einer gemeinsamen Aktion - PHARE - gebündelt und auf weitere osteuropäische Länder ausgeweitet. Die 1991 zur Verfügung gestellten ca. 800 Mio. ECU (ca. 1,6 Mrd. DM) sind dabei jedoch allein zweckgebundene Mittel für Industrie, Landwirtschaft, Umwelt und Ausbildung. In diesem Jahr steht das PHARE-Programm zur Verlängerung an. Im Dezember vergangenen Jahres wurden zudem erste Assoziierungsabkommen mit Ungarn, Polen und der CSFR abgeschlossen. Andere osteuropäische Länder sind ebenfalls an derartigen Abkommen interessiert, die

Verhandlungen aber noch nicht abgeschlossen.

Mit diesen Abkommen versprechen sich die osteuropäischen Staaten neben einer Beschleunigung des marktwirtschaftlichen Transformationsprozesses vor allem einen möglichst ungehinderten Zugang ihrer Produkte auf den EG-Markt. Dies wird sich wohl relativ schnell als Illusion erweisen. Denn nach dem Exitus der post-stalinistischen Systeme sind dort zunächst ganz andere, weitaus grundlegendere Reform- und Umbauschritte erforderlich, als allein mit Blick nach Westen die bedingungslose - wenn auch über eine Assoziierungsphase abgedeckte - Integration in die EG anzustreben. Zuerst steht der kontrollierte Übergang zur sozial regulierten Marktordnung bei gleichzeitiger Demokratisierung eines verbleibenden öffentlichen Sektors und die Schaffung eines funktionstüchtigen wirtschaftspolitischen Instrumentariums an. Die Freigabe der Preise, wie sie Anfang Januar in einigen GUS-Mitgliedsstaaten erfolgte, soll durch die Etablierung realer Knappheitsindikatoren die Modernisierung des völlig veralteten Kapitalstocks sowie die notwendige Diversifizierung der volkswirtschaftlichen Produktion vorantreiben. Allein der innere Systemumbau wird die Kräfte der betroffenen Staaten auf das äußerste in Anspruch nehmen - selbst bei großzügigeren Kapitaltransfers aus dem Westen. Hinsichtlich einer erfolgreichen Einbindung in die internationale Arbeitsteilung muß den spezifischen Bedingungen Rechnung getragen werden, die aus der Gleichzeitigkeit des wirtschaftlichen Integrationsprozesses im Westen und der radikalen Abkehr von den antidemokratischen Kommandowirtschaften in Osteuropa hervorgehen.

Die Erneuerung der Produktionsanlagen, die Etablierung stabiler Marktbeziehungen und der Aufbau wettbewerbsfähiger Sektoren der Volkswirtschaft erfordern einen erheblichen Zeitaufwand. Aufgrund der historischen Einzigartigkeit kann dabei auch nicht auf einen Erfahrungshorizont zurückgegriffen werden, der unnötige ökonomische und soziale Kosten vermeiden helfen würde. Nach einer Studie des Baseler Prognoseinstitutes, in deren Rahmen das wirtschaftspolitische Entwicklungspotential ehemaliger RGW-Staaten untersucht wurde, kann Ungarn etwa ab 1995, die CSFR ab 1996 und Polen etwa ab 1997 in eine Wachstumsphase eintreten. Unterstellt ist hierbei ein erfolgreicher Verlauf der Systemtransformation. Für das übrige

Osteuropa waren der Studie zufolge ernsthafte Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung bis zum Ende des Jahrtausends nicht auszumachen!²

Einer der primären Effekte des westeuropäischen Binnenmarktprojektes 1993 besteht in einer weiteren Vertiefung des regionalen Entwicklungsgefälles innerhalb der EG (IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, 1990). Notwendig wird dadurch die qualitative Weiterentwicklung sowie eine nochmalige Aufstockung der Mittel der EG-Strukturfonds, die insbesondere der Förderung besonders rückständiger Regionen dienen sollen. Daß daneben einige Staaten der EG ihre vorhandenen Ressourcen künftig stärker für die Behebung der eigenen Entwicklungsdefizite verwenden müssen, minimiert den Spielraum für Transfers nach Osteuropa. Es bleibt gerade auch unter dem Gesichtspunkt von sich zuspitzenden regionalen Entwicklungsdifferenzen eine offene Frage, ob ein Konsens über eine radikal andere EG-Marktzutrittspolitik gegenüber Osteuropa (wie auch der "Dritten Welt") politisch organisiert werden kann. Skeptische Einschätzungen entbehren hierbei nicht eines gewissen Realismus. Dies ändert freilich nichts an der politischen Notwendigkeit, auf eine rasche Marktöffnung gerade in den Sektoren zu drängen, in denen einige osteuropäische Länder über komparative Kostenvorteile verfügen (Textil, Agrar, u. a.).³

Gemeinsamer Wirtschaftsraum Osteuropa

Der ökonomische Kern der Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes besteht letztlich in einer spürbaren Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der westeuropäischen Wirtschaft, um deren Chancen im Rahmen einer sich verschärfenden Weltmarktkonkurrenz nachhaltig zu verbessern. Mit dem Wegfall der Grenzbarrieren und verschiedener Transaktionskosten, der Harmonisierung technischer Normen und steuerlicher Regelungen sowie der Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens wird die westeuropäische Wirtschaft von Kosten entlastet. Westliche Produzenten können ein preisgünstigeres Angebot erstellen und vorhandene Nachfrage zu ihren Gunsten umlenken. Diesem Handelsumlenkungseffekt steht auch ein Handelsschaffungseffekt aufgrund der vergrößerten Gesamtnachfrage

gegenüber. Gerade für die Einfuhren aus den ehemaligen RGW-Ländern wirkt sich der Saldo aus Handelsumlenkung zugunsten des Westens und Handelsschaffung zugunsten von Drittländern negativ aus. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung errechnete in einer Analyse der EG-Einfuhren aus Entwicklungsländern und Osteuropa für Bulgarien und der CSFR die größten negativen Auswirkungen, da die Handelsumlenkung gerade bei Maschinen und Metallprodukten sowie Eisen und Stahl überdurchschnittlich ausfallen wird. Zutreffend formuliert daher das DIW: "Dabei ist der Begriff Handelsumlenkung in Bezug auf die Drittländer etwas euphemistisch; wenn sie nicht konkurrenzfähig sind und EG-Anbieter an ihre Stelle treten, ist das für sie eher Handelsvernichtung."⁴

Die osteuropäische Industrie wird kaum Marktanteile erobern!

Weil die - ohnehin überlegene - westliche Konkurrenz in den 90er Jahren zusätzlich aufrüsten wird und die RGW-Strukturen zusammengebrochen sind, muß einkalkuliert werden, daß die osteuropäischen Industrien im offenen Wettbewerb keine nennenswerten Marktanteile mehr erobern können. Dies gilt insbesondere dann, wenn die konjunkturelle Flaute in den kapitalistischen Metropolen in eine schärfere, weltweite Rezession einmündet. Die Integration in den kapitalistisch formierten Weltmarktzusammenhang ist daher nur in einem schrittweisen Prozeß möglich.

Ohne protektionistische Schutzmaßnahmen läßt sich ein sozialverträglicher Entwicklungspfad, der Ausmaß und Dauer der entstehenden Arbeitslosigkeit begrenzt, nicht organisieren. Die radikale Durchsetzung einer auf der Freihandelsdoktrin gegründeten Außenwirtschaftspolitik würde angesichts des maroden Kapitalstocks bzw. der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit von hohen Produktionseinbrüchen, langanhaltender Massenarbeitslosigkeit bei gleichzeitig geringem sozialstaatlichen Sicherungsniveau und enormen Verarmungsprozessen begleitet sein. Eine über Transferleistungen aus dem Westen gespeiste soziale Flankierung könnte dabei nicht annäherungsweise auf Kapitalmassen im Umfang zurückgreifen, wie er bei der deutschen Vereinigung zur Verfügung gestellt wird. Nur ein zumindest partieller Schutz der

osteuropäischen Wirtschaft vor der übermächtigen westlichen Konkurrenz - zum Beispiel in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum mit untereinander vollkonvertiblen Währungen sowie Währungsabkommen mit der EG ähnlich einer gesamteuropäischen Wechselkursvereinbarung - kann unseres Erachtens eine Chance bieten, den Umbau- und Modernisierungsprozeß sozial und ökologisch abzufedern. Die soziale und ökonomische Zweiteilung würde hingegen verschärft und zementiert, wenn sich die unterentwickelten Volkswirtschaften Osteuropas kurzfristig und "ohne Schutzfilter" den Gesetzen des Weltmarktes ausgesetzt sähen. Freilich werden selbst im Rahmen eines solchen "sanften" Szenarios erhebliche Anstrengungen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität nicht ausbleiben können. Damit ein permanentes "Ausruhen" auf dem Ruhekissen des Protektionismus nicht möglich wird und ein Anpassungsdruck erhalten bleibt, kann von Beginn an ein langsamer Abbau der Schutzmechanismen eingeplant werden.

Hierbei sollten allerdings die praktischen Erfahrungen mit direktem und indirektem Protektionismus in den westlichen Industriestaaten mitberücksichtigt werden. Gerade in Phasen der ökonomischen Reorganisation haben sich protektionistische Maßnahmen als durchaus praktikabel und erfolgreich erwiesen: als etwa die von Ludwig Erhard durchgesetzte Einfuhr liberalisierung 1950 zu einem erheblichen Defizit in der deutschen Zahlungsbilanz führte, mußte die BRD auf amerikanischen Druck ein ganzes Bündel von staatlichen Interventionsmechanismen einsetzen. Vor allem mußten die Einfuhrbeschränkungen wieder eingeführt werden. In Zusammenarbeit mit dem durch den Korea-Krieg ausgelösten Export-Boom konnte dieses Maßnahmenpaket die BRD aus der Zahlungsbilanzkrise wieder herausführen.⁵

Ordnungspolitische Aspekte

Im übrigen waren gerade die als besonders wirtschaftsliberal gepriesenen 50er Jahre (Mythos Ludwig Erhard) von einer Fülle staatlicher Regulierungen und dirigistischer Preisfestsetzungen geprägt (z. B. im Wohnungsbau, im Agrarbereich, bei Rohstoffen, u. a.). Die forcierte Liberalisierung vormals regulierter Segmente der Wirtschaft hat dabei insbesondere im Zuge der neokonservativen Sy-

stemreform seit 1982 neue soziale Spaltungstendenzen entstehen lassen und darüber hinaus zur Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums geführt (z. B. die Ausbreitung rein spekulativer Kapitalverwendung statt sozialem Wohnungsbau oder anderer produktiver Investitionen).

Über marktfundamentalistisch begründete Zurückhaltungen der osteuropäischen Länder auf deren Weg zu stabilen ökonomischen Verhältnissen und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht freut sich lediglich die Konkurrenz - die um so besser ihre Profite machen und künftige Konkurrenz ruinieren kann.

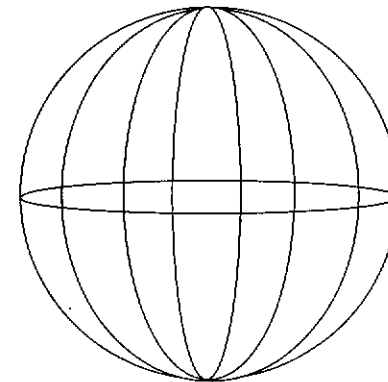
Auch der bis heute über eine unterbewertete Währung fortgesetzte indirekte Protektionismus zugunsten der westdeutschen Exportwirtschaft, der alles andere als rein marktwirtschaftlich strukturierte europäische Agrarsektor oder der relativ erfolgreiche, mit massiven Staatseingriffen und Protektionismus verbundene Verlauf nachholender Industrialisierung in einigen südostasiatischen Ländern blamieren fast täglich die Freihandelsdogmen der bürgerlichen Lehrbuchökonomie: Die Ökonomie ist letztlich kein politikfreier Raum. Über markt-fundamentalistisch begründete Zurückhaltungen der osteuropäischen Länder auf deren Weg zu stabilen ökonomischen Verhältnissen und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht freut sich lediglich die Konkurrenz - die um so besser ihre Profite machen und künftige Konkurrenz ruinieren kann.

Für den weiteren gesamteuropäischen Integrationsprozess sollten die hier beschriebenen Gefahren eigentlich nicht ohne Konsequenzen bleiben. Dabei stellt sich weniger die grundsätzliche und abstrakte Frage von "Erweiterung statt Vertiefung", als vielmehr die nach einer abgestimmten und vor allem demokratisch legitimierten Konzeption für eine ökonomische und gesellschaftliche Modernisierung. Solange auf der einen Seite weder das Europaparlament bzw. die nationalen Parlamente der EG-Mitgliedsstaaten ernsthafte Mitbestim-

mungs- und Gestaltungsrechte haben, auf der anderen Seite in den osteuropäischen Ländern keine demokratischen (und zivilgesellschaftlichen) Grundstrukturen, insbesondere gewerkschaftliche Interessenvertretungsmöglichkeiten bestehen, wird der ökonomische Integrationsprozeß Osteuropas ein "kapitalistisch-naturwüchsiger" sein, der statt zu einer ökonomischen und sozialen Stabilisierung eher zu weiteren erheblichen Friktionen führen wird. Die bereits heute zahlreich vorhandenen regionalen Krisenherde erhalten dann weiteren Zündstoff.

Anmerkungen

- 1 Das Ergebnis für die Südländer der EG war denn auch eher mau. Jörg Huffschmid ist zudem zuzustimmen, wenn er kritisiert: "Die Über-einkunft entsprach (...) nicht der Vernunft und dem freien Willen der reicheren Länder, sondern wurde durch Erpressung durchgesetzt." in: Sozialismus 1/92, S. 12 Ob und wie diese Vereinbarung wirklich umgesetzt wird, zeigt sich erst bei den Lissaboner Verhandlungen im Juni 1992.
- 2 vgl. "Auf Messers Schneide, Rezession und Arbeitslosigkeit setzen Reformen unter Druck", in: Die Zeit v. 22.02.1991
- 3 vgl. Klaus Busch, Die EG und die Architektur Europas nach dem Zerfall der Sowjetunion, in: GMH 11/91
- 4 DIW-Wochenbericht 23/91, Einführen der EG aus Entwicklungsländern und Osteuropa im Jahre 1990 und Aussichten auf den europäischen Binnenmarkt, S. 312
- 5 hierzu v. a. Werner Polster/Klaus Voy, Von der politischen Regulierung zur Selbstregulierung der Märkte, S. 175ff., in: Voy/Polster/Thomasberger (Hrsg.), Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1949 - 1989), Band 1, Marburg 1991



In den 80er Jahren wurde immer deutlicher, daß sich die in den Industrieländern zunehmend durchsetzenden technologischen Veränderungen (Mikroelektronik und Biotechnologie) eine sukzessive Herausdrängung der Entwicklungsländer aus der Weltwirtschaft implizieren. Diese nun lokalisierbare "neue Abhängigkeit" innerhalb der Weltwirtschaft besteht jedoch nicht, wie noch von der traditionellen Dependenztheorie angenommen, in einer Zwangsintegration der Dritten Welt in das internationale Wirtschaftssystem und in der permanenten Durchdringung und Ausbeutung der Peripherie durch die Akteure des Nordens. Die Industrieländer werden infolge der sich rasant entwickelnden industriellen Substituierung natürlicher Produkte, Materialien und Werkstoffe (biotechnische Herstellung von Süßstoffen, Substitutionsmöglichkeiten von Tabak, Vanille usw.: Ersetzung von metallischen Rohstoffen wie Kupfer, Nickel u. a. durch Glasfasern und künstliche Leitstoffe usw.) immer unabhängiger von traditionellen Importen aus dem Süden. Diese Entwicklung wirkt sich auf die Agrar- und Ressourcenexporteure in Lateinamerika verheerender aus, als auf die Industriegüterexporteure der ostasiatischen Schwellenländer, die in einigen Segmenten gar erfolgreich an den technologischen Umbrüchen partizipieren und zu Exporteuren von High-Tech-Produkten werden. Die sinkenden Direktinvestitionen der multinationalen Konzerne in den Entwicklungsländern deuten in die gleiche Richtung. Im Zeitalter der

* Den Beitrag entnahmen wir mit freundlicher Genehmigung der Redaktion und der Autoren der Zeitschrift Prokla, Rotbuch Verlag, Berlin. Es handelt sich um eine gekürzte Fassung. Für die Zwischenüberschriften ist die Redaktion verantwortlich.

Entwicklungsländer

zwischen aktiver Weltmarktintegration und globaler Umweltkrise

von Leopoldo Mármora, Dirk Messner*

Mikroelektronik sind nicht Niedrigstlöhne sondern technisch gut ausgebildete Arbeitskräfte, eine solide Infrastruktur, funktionierende Kapitalmärkte und effiziente Zulieferunternehmen die Faktoren, die Investitionsentscheidungen determinieren. Der Rückgang bundesdeutscher Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern dokumentiert diesen Trend drastisch: 1970 flossen noch 23,7% aller Auslandsinvestitionen in die Dritte Welt, 1987 10,4% und 1989 nur noch 2,8%. Der Referent für Außenwirtschaft beim Deutschen Industrie- und Handelstag, B. H. Kitterer, bringt die Stellung der Dritten Welt aus der Sicht der bundesdeutschen Industrie auf den Punkt: "Es wird kein nachlassendes Interesse deutscher Unternehmen an Entwicklungsländern geben. Das Interesse ist in den letzten Jahren bereits auf ein Minimum gesunken" (Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 2, 1990, S. 18).

Zur Abwendung dieser unfreiwilligen Abkoppelungstendenzen ist unserer Ansicht nach eine Entwicklungsstrategie vonnöten, die folgende drei Handlungsebenen und Zielgruppen berücksichtigt: (1) Die Optimierung endogener Entwicklungspotentiale in den Ländern des Südens und ihre aktive Weltmarktintegration; (2) die Neuordnung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Beziehungen zwischen Norden und Süden; (3) den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft in den entwickelten Ländern des kapitalistischen Nordens.

Anhand des neuesten Dokuments der CEPAL (1990), der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika, wollen wir im folgenden die erste dieser Dimensionen erläutern. Da aber die CEPAL - wie wir sehen werden - die anderen beiden Handlungs- und Zielorientierungen weitestgehend unberücksichtigt läßt, werden diese am Beispiel des Reports der internationalen Kommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Bericht 1987) eingeführt. Die vielzitierte "verlorene Dekade" hat in Lateinamerika im Umfeld der CEPAL zu einem deutlichen Umdenkungsprozeß hinsichtlich der Krisenursachen geführt. Bis Mitte der 80er Jahre wurde der wirtschaftliche Einbruch im wesentlichen als eine durch externe Krisenfaktoren (Weltwirtschaftskrise, sich verschlechternde Terms of Trade, Hochzinspolitik der USA usw.) induzierte konjunkturelle Krise rezipiert. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts werden nun zunehmend auch interne entwicklungsblockierende Elemente in der Debatte um Auswege aus der Krise thematisiert. Als Ergebnis dieses Diskussionsprozesses scheint sich nun ein relativ breiter Konsens in der lateinamerikanischen Community der Entwicklungstheoretiker dahingehend herauszubilden, daß nicht nur ein kurzfristiger Einbruch infolge ungünstiger weltwirtschaftlicher Bedingungen, sondern eine Modellkrise (CEPAL 1990) zu bewältigen sei. Das lateinamerikanische Entwicklungsmodell der binnenmarktorientierten Industrialisierung hat sich nicht als tragfähig erwiesen und steht zur Disposition. Die CEPAL hat im Frühjahr ein Dokument publiziert, das Ausdruck dieser Neuorientierung ist. Das Entwicklungsprojekt mit dem Namen "Changing Production Patterns With Social Equity" läuft auf eine Strategie aktiver Weltmarktintegration hinaus, mit der die drohende Zwangsabkoppelung gestoppt wer-

den soll. Gesucht wird ein Entwicklungsweg jenseits der überkommenen "falsos dilemas" (Fajnzylber): Industrie versus Landwirtschaft, Binnen- versus Exportmarkt, Staat versus privater Sektor und Planung versus Markt.

I. Die Krise des alten Industrialisierungsmodells

Die überkommene Entwicklungsstrategie bestand in dem Versuch, möglichst geschlossene nationale Industriestrukturen (complete form of industrialization) aufzubauen und diese ausschließlich auf den Binnenmarkt auszurichten. Die notwendigen Devisen zur Finanzierung der Vorimporte zum Auf- und Ausbau der Industrie sollten Agrar- und Ressourcenexporte aufgebracht werden. Auch nach jahrzehntelanger Industrialisierung bestehen die Exporte der Region noch immer zu fast 80% aus Rohstoffen und Halbfertigprodukten. Spiegelbild dieses Entwicklungsweges war die asymmetrische Eingliederung der lateinamerikanischen Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft: exportiert wurden im wesentlichen Rohstoffe und Agrargüter, importiert Zwischenprodukte und Investitionsgüter zur Aufrechterhaltung der Industrieproduktion.

Im Gegensatz zu dependenztheoretisch orientierten Erklärungsmustern wird die traditionelle Form der internationalen Arbeitsteilung von der CEPAL nicht mehr primär mit externen, weltwirtschaftlichen Blockaden erklärt, die sich in interne Entwicklungshemmnisse übersetzten, sondern (im wesentlichen) als Folge einer nicht tragfähigen Entwicklungsstrategie interpretiert, deren Kernelemente folgendermaßen zusammengefasst werden (CEPAL, S. 11ff.; S. 81ff.):

- (1) Die Kombination von sehr hohen Zöllen und vielfältigen nicht tarifären Handelshemmnissen mit einer Überbewertungsstrategie bestärkte eine Tendenz gegen die Exportorientierung. Damit wurden Wachstumspotentiale durch Exporteinnahmen und Massenproduktionsvorteile in der Industrie nicht genutzt.
- (2) Zugleich führte der Aufbau der binnenmarktorientierten Industrien infolge der hermetischen Abriegelung der nationalen Ökonomie zu oligopolistisch strukturierten Märkten. Dies hatte technisch und organisatorische Ineffizienzen in den Un-

ternehmen zur Folge und verzerrte Preise auf den Märkten, so daß sich die Unternehmen tendenziell von den technologischen Entwicklungen auf internationaler Ebene abkoppeln und zugleich Rentengewinne auf den geschützten Binnenmärkten realisieren konnten. Gerade für viele multinationale Unternehmen stellte dieses wettbewerbsfreie Ambiente geschützter Binnenmärkte ein ideales Feld für die Akkumulation dar. Mit veralteten Maschinen konnte weit unter dem internationalen Produktionsniveau produziert werden. Für die Konsumenten gab es wegen der hermetischen Abriegelung der Binnenmärkte keine Alternative zu den oft im internationalen Vergleich teuren und qualitativ minderwertigen Produkten.

Die passive Weltmarktintegration ... hat zur Marginalisierung der lateinamerikanischen Länder in der Weltwirtschaft geführt und droht ... in einen Prozeß der Zwangsabkoppelung zu münden.

Im Ergebnis vergrößerte sich das Gefälle zwischen den nationalen und den internationalen Produktivitätsniveaus von Jahr zu Jahr. Versuche, die nationalen Industrien sukzessive in die Weltwirtschaft zu re-integrieren, wurden kaum unternommen. Infolge niedriger Produktivitätssteigerungen bleiben zudem die Spielräume für Reallohnsteigerungen gering, wodurch auch die nationalen Nachfragepotentiale unterminiert wurden. Der mit der Importsubstitution intendierte Modernisierungsprozeß mündete in einer "industrialización trunca", in einer "verstümmelten Industrialisierung" (Fajnzylber 1983).

- (3) Schließlich lief diese Entwicklungsstrategie auf strukturelle Zahlungsbilanzprobleme hinaus. Je schneller der Industriesektor wuchs, je "erfolgreicher" die Importsubstitutionen nach eigenen Kriterien vorstatten ging, desto größer wurde der Devisenbedarf des verarbeitenden Gewerbes, das selbst keine oder nur geringe Exporteinnahmen realisierte. Die Deviseneinnahmen des Agrarsektors reichten immer weniger aus, um den Industrialisierungsprozeß fortzuführen.

ren. Chronische Handelsbilanzdefizite waren die Folge, die durch externe Kredite gefüllt werden mußten. Schließlich ist die Verschuldungskrise ein Ausdruck dieses Dilemmas.

Im Ergebnis konnte zwar über einen begrenzten Zeitraum industrielles Wachstum erzeugt und der Stellenwert der Industrie in den Volkswirtschaften erhöht werden; das Produkt der nationalen kapitalistischen Entwicklung "jenseits" des Referenzrahmens Weltmarkt, mit dem der Versuch unternommen wurde, sich vor den Unsicherheiten des Weltmarktes zu schützen, führe jedoch nicht zur Herausbildung eines sich selbst tragenden industriellen Wachstums, sondern reproduzierte permanent die Abhängigkeit der Industrie von Deviseneinnahmen des Agrarsektors und damit von schwankenden und in der Tendenz fallenden Weltmarktpreisen. Die passive Weltmarktintegration (binnenmarktorientierte Industrialisierung einerseits und Agrar- und Rohstoffexporte zu deren Finanzierung andererseits) hat zur Marginalisierung der lateinamerikanischen Länder in der Weltwirtschaft geführt und droht - verstärkt durch die technologischen Entwicklungen in der Mikroelektronik und der Biotechnologie - in einen Prozeß der Zwangsabkoppelung zu münden. Die sozialen, ökonomischen und ökologischen Kosten für die betroffenen Länder sind hoch.

Der sinkende Anteil der meisten Entwicklungsländer am Welthandel, abnehmende Direktinvestitionszuflüsse aus den Industrieländern, ausbleibende Kredite von den internationalen Finanzmärkten und die Abkoppelung von der rasanten technologischen Entwicklung in den Ländern des Nordens implizieren sinkendes Wachstum, einen Rückgang der Investitionen und der Einkommen, also im Ergebnis eine immer schneller sich öffnende Schere zwischen den Entwicklungsniveaus der Industrieländer und der Masse der Entwicklungsländer. Dies bedeutet für die betroffenen Regionen: Statt einer technologiegestützten Modernisierung ihrer Ökonomien die vermehrte Ausbeutung der billigen Arbeitskräfte sowie die Übernutzung von natürlichen Ressourcen infolge der Umweltzerstörung und des Exports ihrer Naturressourcen um beinahe jeden Preis. Schuldendienstzahlungen und notwendige Importe müssen finanziert werden, damit der beschleunigte Verfall der Rohstoffpreise kompensiert werden kann. Der "Sachzwang Weltmarkt"

(Altwater 1989) tritt daher die von Abkoppelungstendenzen bedrohten binnenmarktorientierten Industrien Lateinamerikas mit ihrer Abhängigkeit von Primärgüterexporten härter als die in die Weltwirtschaft integrierten, wettbewerbsfähigen Industriesektoren der ostasiatischen NICs.

II. Die Strategie der aktiven Weltmarktintegration

Die Schlußfolgerung der CEPAL lautet daher: Soll die sukzessive Herausdrängung Lateinamerikas aus dem internationalen Wirtschaftssystem gestoppt und die schlimmste Krise des Kontinents in diesem Jahrhundert überwunden werden, dann muß ein aktiver Weg zurück in die Weltwirtschaft gefunden werden. Es geht um den Aufbau produktiver nationaler Strukturen und das Erreichen internationaler Wettbewerbsfähigkeit, ein Begriff der den von hohen Zollmauern verwöhnten, binnenmarktorientierten Industriemanagern und -planern bisher völlig unbekannt war.

Zugleich werden jedoch die simplizistischen Vorstellungen der Neoliberalen von der alleinseligmachenden Kraft des Marktes und der Liberalisierung als notwendige und hinreichende Bedingung dynamischer Entwicklung in Frage gestellt. Statt der Orientierung an statischen komparativen Kostenvorteilen, also der Produktion von Billiglohngütern und Agrargütern für den Weltmarkt und damit der Festschreibung der traditionellen internationalen Arbeitsteilung, soll die "long-term competitiveness" der lateinamerikanischen Ökonomien gestärkt werden.

In direkter Abgrenzung von der Markorthodoxie der 80er Jahre wird darauf verwiesen, daß Entwicklungsländer beim Aufbau von Industriebranchen auf Lernphasen, also auf die Entwicklung materieller und immaterieller Infrastruktur, auf technologische Lernprozesse in den Unternehmen, die durch Erziehungszölle abgesichert werden müssen, angewiesen bleiben. Der Übergang zur Exportproduktion soll durch aktive und selektive Exportförderung erleichtert werden.

Mit Verweis auf die Erfahrungen der erfolgreicheren südostasiatischen NICs (aber auch Japans und der EG-Länder) wird auf den systematischen Charakter von Wettbewerbsfähigkeit und auf die Notwendigkeit des systematischen Auf-

baus von leistungs-, lern- und innovationsfähigen Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen verwiesen.

Im Gegensatz zu dem auf wenigen Basisprämissen und Makrovariablen reduzierbaren, "griffigen" Leitbild der Mainstream-Neoliberalen stellt die CEPAL ein ausdifferenziertes Set von Instrumenten zur Modernisierung, Rationalisierung, Kreativitäts- und Innovationssteigerung von Gesellschaft und Ökonomie vor. Die CEPAL bemüht sich, der sozioökonomischen Komplexität gesellschaftlicher Entwicklung Rechnung zu tragen und Wege zu einer Effizienzsteigerung der Wirtschaft mit ihren normativen Zielorientierungen Demokratie und soziale Gerechtigkeit zu verbinden. Im Gegensatz zu dem Konzept "nachsorgender Flankierungen" der Weltbank (z. B. in der Sozialpolitik) wird der CEPAL-Anspruch deutlich, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und die Demokratisierung der Gesellschaft als komplementäre Elemente eines integralen Projektes zu begreifen.

Die CEPAL arbeitet drei zentrale Ebenen bzw. Beziehungsgeflechte heraus, in deren Rahmen die Neuorientierungen im Vergleich zu dem traditionellen Binnenmarktmodell und den neoliberalen Konzeptionen der 80er Jahre erarbeitet werden müssen. Dabei handelt es sich um die Beziehungen zwischen Binnenmarkt und Weltmarkt, um die internen sektoralen Verflechtungen und um das Verhältnis von staatlichen und privaten Akteuren. Darauf soll nun eingegangen werden.

Binnenmarkt und Weltmarkt

Statt auf billige Löhne und Rohstoffexporte zu vertrauen und auf rein extensives Wachstum zu setzen, soll gemäß dem neuen Konzept der technologische Fortschritt forciert werden, um die Produktivitätsentwicklung in den nationalen Ökonomien zu dynamisieren und mittelfristig auch höherwertige Produkte in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt absetzen zu können. Produktivitätserfolge auf der Basis von "man-made comparative advantages" sind für die CEPAL der Schlüssel, um Weltmarktorientierung und die Steigerung sozialer Wohlfahrt zu verknüpfen.

Technologie wird als die "strategische Variable" zur Modernisierung der Ökonomien angesehen.

Die zentralen Instrumente zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Integration in die Weltwirtschaft sind erstens die Handels- und Wechselkurspolitik: die Öffnung der Ökonomien zum Weltmarkt soll über einen realistischen Wechselkurs (was im Falle der lateinamerikanischen Länder Abwertungen der bisher überbewerteten Währungen impliziert) und den graduellen Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelsbeschränkungen erfolgen. Die Außenöffnung hat zum Ziel, Produktivitätssteigerungen und die Implementierung von neuen Technologien zu erzwingen und Wachstumsspielräume zu erhöhen. In der Phase der Strukturanpassung ineffizienter Unternehmen an Weltmarktbedingungen werden selektive Interventionen des Staates (Steuervergünstigungen für erfolgreiche Exportfirmen, Kreditsubventionierungen usw.) empfohlen.

Ein zweites Instrument ist die Technologiepolitik: Technologie wird als die "strategische Variable" zur Modernisierung der Ökonomien angesehen. Im Zusammenspiel privater und staatlicher Akteure sollen die Inkorporierung und Diffusion des technischen Fortschritts beschleunigt und die Innovations- und technologische Adaptionkraft der Unternehmen gestärkt werden. Der Aufbau und die Vervollständigung einer technologischen Infrastruktur sowie die Steigerung der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung sind notwendig, um die Herausbildung von "núcleos endógenos de innovación tecnológica" zu ermöglichen.

Drittens wird die Verbesserung der Ausbildung von Arbeitskräften, z. B. durch Manpower Training, projektiert. Die Verbesserung von Arbeitskräften soll sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der Ökonomie erhöhen, als auch die direkten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte verbessern.

Viertens wird eine aktive Unternehmensgründungspolitik vorgeschlagen. Hierzu gehören neben der Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungsmöglichkeiten und Starthilfen für neue Unternehmen auch die Förderung und Weiterbildung innovativer und kreativer Unternehmer sowohl in betriebstechnischer (Buchhaltung, Informationsbeschaffung usw.) als auch in sozialer Hinsicht (modernes Management usw.). Mit der Schaffung neuer Unternehmen sollen die Basis des produktiven Apparates er-

weitert und zugleich traditionelle klientelistische gesellschaftliche Verkrustungen aufgebrochen werden.

Schließlich soll die Industriepolitik modernisiert werden. Sie soll auf die Verdichtung der bereits genannten Politiken, zielen, um dynamische komparative Kostenvorteile zu generieren und zu forcieren.

Sektorale Verflechtungen

Linkages zwischen dem Agrarsektor, der Industrie und dem Dienstleistungsbereich entstanden in dem traditionellen Modell kaum. Ein Teil des Agrarsektors war exportorientiert, jedoch in der Regel nicht mit dem Industriesektor verknüpft. Die Exporte blieben auf absolute Kostenvorteile angewiesen (Rindfleisch und Weizen aus Argentinien, Wolle aus Uruguay usw.) und basierten weder auf einer Verknüpfung mit der Industrie noch mit dem Aufbau einer modernen Exportinfrastruktur im Dienstleistungsbereich. Die Marktorthodoxie der 80er Jahre traf somit auf in hohem Grade desartikulierte und fragmentierte Ökonomien. Die wurden nun mit den Liberalisierungsprogrammen und dem Zwang zur raschen Erhöhung der Exporte zur Sicherung des Schuldendiensttransfers an die internationalen Banken konfrontiert. Schnell mobilisierbare Exportpotentiale gab es im wesentlichen nur im Rohstoff- und Agrarsektor, also in Segmenten mit absoluten Kostenvorteilen. Die Binnenmärkte brachen infolge drastischer Sparprogramme zusammen und die Liberalisierung des Handels führte zu Importschüben und der Zerstörung nicht-konkurrenzfähiger nationaler Industrien. Zudem wirkte sich der Zwang zur Schuldendienstzahlung auf die notwendige Modernisierung der Industrie ebenso kontraproduktiv aus wie zuvor die Importrestriktionen des Binnenmarktmodell. Am Ende der liberalen Roßkuren stellen sich die Ökonomien zerrissener, desartikulierter dar, als zu Beginn der 80er Jahre. Im Rahmen der CEPAL-Strategie wird die Nutzung von Linkage-Effekten zwischen den Agrar-, Industrie- und Dienstleistungssektoren ins Auge gefaßt, zum einen um die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Ökonomie zu steigern, und zum anderen aus der Erkenntnis heraus, daß die Wettbewerbsfähigkeit eines Teils der Volkswirtschaft entscheidend von der Leistungsstärke aller anderen Segmente abhängt. Es geht also um den Aufbau von "production subsystems" und um die intersektorale Artikulation von Produk-

tion, Transport und Vermarktung in Richtung auf die Herstellung effizienter Produktions- und Dienstleistungsnetzwerke (man kann sie Komplexe nennen), und nicht um das in dem Importsubstitutionsmodell projektierte Ziel geschlossener industrieller Reproduktionskreisläufe.

Es geht um ... die Herstellung effizienter Produktions- und Dienstleistungsnetzwerke

Staat, Markt, Demokratie

Aus der lateinamerikanischen Erfahrung mit hochbürokratisierten, ineffizienten und handlungsunfähigen Staatsapparaten wird die Notwendigkeit der Modernisierung, Professionalisierung, Entbürokratisierung und Entideologisierung des Staates abgeleitet. Die entscheidenden Akteure sollen in Zukunft die privaten Unternehmen sein. Dennoch wird die desaströse wirtschaftliche Lage in Lateinamerika nicht auf der dichotomistischen Folie "zuviel Staat - zu wenig Markt" abgehandelt. Die Realität der meisten Länder ist eher durch schwache Unternehmen, mangelnde Marktallokation (oligopolistische Strukturen) und einen schwachen (ineffizienten) Staat geprägt. In Abgrenzung zum neoliberalen Modell und mit Verweis auf die strategische Rolle des Staates in vielen Industrieländern und den ostasiatischen NICs wird daher auf die Koordinierungs- und Orientierungsfunktion des Staates verwiesen. Dem Staat kommt in dem CEPAL-Projekt die Rolle zu, neben stabilitätsorientierten Makropolitiken die skizzierten flankierenden Sozial-, Technologie- und Industriepolitiken sowie strukturelle Reformen (Agrarreform und Bildungsreform) umzusetzen, um den schwierigen Strukturwandel in der Industrie zu unterstützen und den Übergang zur Wettbewerbsorientierung zu erleichtern. Entsprechend gilt es, die institutionellen Voraussetzungen für stetiges Wachstum zu verbessern (Professionalisierung, Dezentralisierung, Rationalisierung) und die Handlungs- und Steuerungskompetenz des Staates zu erhöhen. Zudem wird darauf hingewiesen, daß nur politische Abstimmungsprozesse zwischen den relevanten sozialen Akteuren und demokratisch legitimierte Entscheidungen (möglichst breiter gesellschaftlicher Konsens) über die anstehenden schwierigen Transformationsprozesse den Rückfall in autoritäre Politikmuster verhindern können. Staat, Markt und Demokratie sind so-

mit aus Sicht der CEPAL eher komplementäre denn antagonistische Größen.

Bewertung des CEPAL-Konzeptes

Wir teilen im wesentlichen die Analyse der Ursachen der Krise des lateinamerikanischen Modells und des Scheiterns binnenmarktorientierter Industrialisierung. Eine erfolgversprechende Alternative zu einer Strategie "aktiver und selektiver Weltmarktintegration", sehen wir nicht (vgl. Mármora/Messner 1989; Messner 1990). Zu den Stärken des CEPAL-Konzeptes gehört der Versuch, nationale Entwicklungsoptionen und Spielräume auszuleuchten und Entwicklungsblockaden nicht ausschließlich reduktionistisch aus externen Faktoren abzuleiten. Diese Sichtweise erlaubt die Verortung und (Wieder-)Entdeckung von nationalen Kreativitäts- und Innovationspotentialen.

Der Versuch, im Gegensatz zum Neoliberalismus Entwicklung nicht nur als ökonomischen, sondern als komplexen gesellschaftlichen Prozeß zu verstehen und Demokratie und soziale Gerechtigkeit als Bestandteil eines umfassenden Modernisierungsprogrammes zu thematisieren, ist sympathisch. Zu Recht wird von der CEPAL die Gefahr eines Sozialdumpings (Exporte um jeden Preis: Billiglöhne als komparative Kostenvorteile) im Zuge der Weltmarktintegration benannt und es werden Wege gesucht, um diese Falle zu vermeiden. Nicht auszuräumen ist allerdings ein gewisser Voluntarismus. Der Hang zu einem harmonischen, widerspruchsfreien Weltbild zeigt sich auch daran, daß eines der großen Themen der 80er Jahre, das "Spannungsverhältnis von Ökonomie und Ökologie", in der CEPAL-Studie nur am Rande auftaucht.

Staat, Markt und Demokratie sind somit aus Sicht der CEPAL eher komplementäre denn antagonistische Größen.

Zwar wird in der Einleitung darauf hingewiesen, daß die ökonomische Modernisierung nicht auf Kosten ökologischer Zerstörung und der Verschärfung globaler ökologischer Ungleichgewichte betrieben werden dürfe (CEPAL 1990, S. 12ff.). Umweltpolitische Komponenten finden sich jedoch in dem ansonsten so komplexen Politikmuster nicht wieder. Die auf der Tagesordnung stehende Frage,

wie angesichts globaler Ökologiekrisen überhaupt über Prozesse nachholender Industrialisierung nachgedacht werden kann, wird nicht thematisiert.

III. Perspektiven dauerhafter Entwicklung

Angesichts der ökologischen Gefährdungspotentiale, der Erkenntnisse über Treibhauseffekt und Ozonloch kann die Dritte Welt nicht mehr so werden wie die Erste ist und die Erste Welt wird - aller Wahrscheinlichkeit nach - nicht mehr so bleiben können, wie sie noch ist. Mit der globalen Ökologiekrise steht das Ziel und der historische Sinn moderner Gesellschaften zur Disposition. Damit stellt sich das Problem von Entwicklung nicht mehr nur für die Entwicklungsländer (im Sinne von nachholender Industrialisierung) sondern für alle Gesellschaften schlechthin. Die aktuelle Diskussionsgrundlage für diese Problematik liefert der Bericht der "Kommission für Umwelt und Entwicklung", der auf Beschluß der Generalversammlung der UNO unter dem Vorsitz der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland erstellt und im Herbst 1987 veröffentlicht wurde.

Der Brundtland-Bericht

Die traditionelle Entwicklungspolitik der Industrieländer war als Hilfe zur nachholenden Entwicklung des armen Südens und seiner Anpassung an die Standards des Nordens im wesentlichen als Entwicklungs- und Projekthilfe konzipiert. Im Gegensatz dazu verlangt der Brundtland-Bericht eine Umorientierung im Nord-Süd-Verhältnis und in den Industrieländern selbst als Bedingung für dauerhafte Entwicklung. Im Gegensatz zur traditionellen "nachsorgenden" Umweltpolitik verweist der Brundtland-Bericht durch eine eindrucksvolle Diagnose des fragilen ökologischen Weltzustandes eines vorbeugenden und globalen Handelns. Die Verlagerung der ökologischen Folgekosten der technisch-ökonomischen Entwicklung auf die Natur, auf zukünftige Generationen und auf die ärmeren Länder - so die Schlußfolgerung - muß gestoppt werden.

Entwicklung müsse so geartet sein, daß sie ohne Zerstörung der natürlichen Grundlagen des Lebens auf der Erde auf die gesamte, heutige und zukünftige Weltbevölkerung ausdehnbar sei. Es müsse

von der Erkenntnis ausgegangen werden, daß das ökologische Gleichgewicht von den zwei Polen Armut und Reichtum gleichzeitig bedroht wird und es neben der industrialisierungsbedingten auch armutsbedingte Umweltzerstörung gibt. Darauf müsse erstens mit einer Strategie der Grundbedürfnisbefriedigung für die ärmsten Gesellschaften reagiert werden, was ein Minimum an quantitativem Wachstum voraussetzt. Zweitens müsse man komplementär dazu eine Obergrenze für das quantitative Wachstum, bzw. eine andere qualitative Form von Wohlstandssicherung (und -steigerung) in den reichen Industriegesellschaften finden.

Im Gegensatz zu den Modernisierungstheorien wird zur Kenntnis genommen, daß der Weg der traditionellen nachholenden Entwicklung für die Entwicklungsländer im Falle des Gelingens zwar Wohlstandssteigerungen bringen, zugleich aber in eine Situation "nachholender Umweltzerstörung" einmünden könne. So konzipierte Entwicklung könne folglich die globale Ökologieprobleme weiter verschärfen. In den meisten Ländern führte der Versuch der Übertragung westlicher Produktions- und Konsummuster direkt in die Entwicklungssackgasse.

Der Brundtland-Bericht kommt vor diesem Hintergrund zu dem Ergebnis, daß sich die Entwicklungsländer in Zukunft nicht mehr an den existierenden Gesellschaftsmodellen der Industrieländer orientieren können; diese stehen angesichts der Ökologiekrise selbst unter starkem Veränderungsdruck.

Dauerhafte Entwicklung kann weder Anschluß an die Industrieländer ... noch Abkoppelung von ihnen bedeuten.

Im Gegensatz zu den Dependenztheorien wird konstatiert, daß die Länder, die bei ihrer bisherigen Industrialisierung Binnenmarktmodelle und dissoziative Entwicklungsstrategien verfolgt haben, heute überproportional unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise zu leiden haben (etwa die lateinamerikanischen Länder). Umgekehrt sind diejenigen Entwicklungsländer, die wie wenige asiatischen Nationen eine aktive Integration in den Weltmarkt betrieben haben, heute am wenigsten von der ökonomischen Krise erfaßt. Die Konsequenz aus beidem lautet: Dauerhafte Entwicklung kann weder An-

schluß an die Industrieländer - im Sinne von "kopierter" Entwicklung - noch Abkoppelung von ihnen bedeuten.

Self-reliance in seinen unterschiedlichen Formen (vom sozialistischen China, Albanien, Kambodscha und Tansania-Modell bis hin zu den bürgerlichen Importsubstitutionsmodellen in Lateinamerika) kann heute nicht mehr im Gegensatz und als Alternative zur Eingliederung in die Weltarbeitsteilung angesehen werden. Vielmehr beinhaltet Self-reliance - wie im Brundtland-Bericht dargestellt - nur eine, wenn auch sehr wichtige Dimension von dauerhafter Entwicklung, wobei die Schwierigkeit darin besteht, es in seiner Verknüpfung mit den wirtschaftlichen und - politischen Dimensionen zu definieren.

Im Brundtland-Bericht wird darauf verzichtet, die Möglichkeiten und Chancen der Dritt-Welt-Länder auszuloten, durch aktive Weltmarktintegration die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern überwinden zu können. Darum haftet dem Brundtland-Bericht stark der Eindruck an, er bewege sich wesentlich im Rahmen des bisher von den internationalen Finanzorganisationen propagierten exportorientierten Entwicklungsmodells. Der Verweis auf die Notwendigkeit, eine grundsätzlich neue Qualität des Wachstums in Industrie- und Entwicklungsländern erreichen zu müssen ("dauerhafte Entwicklung"), bleibt unentschieden, solange nicht geklärt ist, wie den Ländern der Dritten Welt Wege zur Weltwirtschaft (wieder) geöffnet und die Beziehungen zwischen Nord und Süd demokratisiert und relativiert werden könnten. Die konkreten Forderungen des Brundtland-Berichtes bleiben trotz ihrer Fülle unverbunden und somit unverbindlich und können den Rahmen der traditionellen Entwicklungsmodelle nicht sprengen.

Eine aktive Weltmarktintegration, die dauerhaft sein kann und die Autonomiebasis der Entwicklungsländer und somit die Spielräume für Self-Reliance langfristig sichert, kann nur auf der Grundlage einer Eingliederung in die Weltarbeitsteilung durch die Produktion immer höherwertiger Güter und Dienstleistungen erfolgen. Die Überlegung der CEPAL gehen genau in diese Richtung. Eine solche aktive und selektive Eingliederung in den Weltmarkt ist durchaus kompatibel mit der nötigen Durchführung von Landreformen und der allgemeinen Dynamisierung der Binnenmärkte, mit der Einführung von Methoden des Eco-Farming, der Stärkung des infor-

Sozialist

Zeitschrift marxistischer SozialdemokratInnen

- Die Diskussionsplattform für die SPD-Linke
- für Jusos, SPD und Gewerkschaften
- erscheint 6 mal jährlich
- mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- Parteiunabhängig
- Einzelpreis 5,00 DM
- Jahresabo 28,00 DM

Kostenloses Probeheft erhältlich bei Sozialist Im Körbchen 10 3400 Göttingen

Ich bestelle ein kostenloses Probeheft

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Letztlich ist aus eigenen Überlebensinteressen zur Entschärfung der internationalen Umweltkrise eine ökologische und radikaldemokratische Umstrukturierung der modernen Industriegesellschaften unumgänglich.

mellen Sektors in Stadt und Land, der Einführung städtischer Landwirtschaft etc.; all dies sind Forderungen und vorgeschlagene Maßnahmen des Brundtland-Berichtes. Die Unterscheidung zwischen aktiver und passiver Weltmarktintegration ist unerlässlich für die Präzisierung dessen, was dauerhafte Entwicklung sein soll. Schritte in Richtung einer Strategie dauerhafter Entwicklung müssen jedoch vor dem Hintergrund des Scheiterns aller Abkoppelungsmodelle in Zukunft mehrdimensional entlang der von uns genannten drei Problem- und Handlungsebenen - konzipiert werden: Dies beinhaltet (a) die optimale Ausschöpfung von endogenen, kulturellen, politischen und ökonomischen Potentialen in den Entwicklungsländern; (b) die Neustrukturierung der internationalen politischen Macht- und Wirtschaftsbeziehungen, damit die Entwicklungsländer ihre nationalen Potentiale durch die abstürzenden Rahmenbedingungen einer aktiven Weltmarktintegration dauerhaft absichern können, und (c) den ökologischen Umbau der Gesellschaften in den entwickelteren kapitalistischen Staaten, damit erstens die Anziehungskraft der Produktions- und Konsumtionsmuster des bisherigen Superindustrialismus gebrochen und per Demonstrationseffekt die Weichen für neue Entwicklungs- und Wohlstandsmodelle weltweit gestellt werden und zweitens durch drastische Energie- und Ressourceneinsparungen die noch bestehende Absorbierfähigkeit der globalen Ökosysteme für die zu erwartenden Umweltbelastungen durch Industrialisierungsprozesse der Entwicklungsländer zu reservieren.

Vorläufiges Fazit

50 Jahre lang galt für die Entwicklungsländer (und die realsozialistische Welt) die protektionistische Abschottung ihrer Binnenmärkte als die einzig mögliche Absicherung ihrer nationalen Autonomie gegenüber den "destruktiven Kräf-

ten" des Weltmarktes. Die daraus resultierenden Entwicklungsmodelle konnten in einer Phase von Anfangserfolgen politisch legitimiert werden, später aber führten sie immer häufiger zur Zunahme autoritärer politischer Formen. Heute ist eine selbstgewählte, aktive und selektive Weltmarktintegration der einzige und dauerhafteste Schutzschild nach außen, um nationale ökonomische und politische Handlungsspielräume zu nutzen und auszubauen. Damit die Optimierung der internen Entwicklungspotentiale und die aktive Weltmarktintegration allen Ländern des Südens und nicht nur einigen Schwellenländern (mit enormen sozialen und ökologischen Kosten) gelingen kann, müssen neue weltwirtschaftliche und weltpolitische Rahmenbedingungen geschaffen werden. Ohne eine umfassende Schuldenstreichung, Entwicklungsfonds zur Finanzierung technologischer Modernisierungen der Ökonomien der Entwicklungsländer, internationale Ökologienormen, um internationales Ökologie-Dumping zu vermeiden (z. B. durch Einrichtung eines UN-Sicherheitsrates für Umweltfragen), eine Stärkung der Entwicklungsländer in den UN-Sonderorganisationen usw., ist eine Strategie aktiver Weltmarktintegration bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Fragilität des globalen Ökologiesystems nicht verallgemeinerbar. Letztlich ist aus eigenen Überlebensinteressen zur Entschärfung der internationalen Umweltkrise eine ökologische und radikaldemokratische Umstrukturierung der modernen Industriegesellschaften unumgänglich.

Literaturliste

- Brundtland-Bericht (1987): Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Unsere gemeinsame Zukunft, Herausgeber: V. Hauff, Greven
- CEPAL 1990: Changing Production Patterns with Social Equity, Santiago de Chile
- Fajnzylber, Fernando (1983): La Industrialización Trunca de América Latina, México
- Mármora, Leopoldo / Messner, Dirk (1989): Old Development Theories and a Comparison of Argentina and South Korea, in: Vaih, Werner (Hg.), Political Regulation of the "Great Crisis", Berlin
- Messner, Dirk (1990): Von der Importsubstitution zur weltmarktorientierten Spezialisierung - Optionen für den Industriesektor Uruguays, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin

Auf einen Blick: Frühjahr '92

Jürgen Kuczynski
Asche für Phönix
Aufstieg, Untergang und Wiederkehr neuer Gesellschaftsordnungen

Eine vergleichende Studie zu Feudalismus, Kapitalismus und „Realem Sozialismus“
Mit einem Nachwort von Georg Fülberth

„Es gilt, ganz anders, viel gründlicher als bisher, mißlungene, wieder untergegangene erste Versuche der Einführung bzw. Entwicklung einer neuen Gesellschaftsordnung zu analysieren“ (J.Kuczynski)

121 Seiten, DM 16,80
ISBN 3-89438-041-1



Karl-Heinz Heinemann/
Wilfried Schubarth (Hg.)
Der antifaschistische Staat
entläßt seine Kinder
Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland

Mit Beiträgen von Wolfgang Brück, Karl-Heinz Heinemann, Wilhelm Heitmeyer, Gunhild Korfes, Hans-Joachim Maaz, Irene Runge, Ines Schmidt, Thomas Schmidt, Wilfried Schubarth und Bernd Wittich.

151 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-89438-040-3



Cisela Preuschhoff
Streß laß nach!
Anregungen (nicht nur) für GrundschullehrerInnen
Mit Illustrationen von Stefan Siegert

Muß Schule blanker Streß sein? Oder gibt es Mittel, die allen Beteiligten den Umgang miteinander erleichtern?

130 Seiten, DM 16,80
ISBN 3-89438-042-X

Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik
MEMORANDUM '92

Die wichtigste Antwort auf das Jahresgutachten der „Fünf Weisen“.

Etwa 240 Seiten, ca. DM 24,-
ISBN 3-89438-043-8
(erscheint Anfang Mai)



Lutz Hoffmann
Die unvollendete Republik
Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat 2., erweiterte Auflage

„Das Buch vermittelt Einsichten, die überraschen und überzeugen. Es ist brillant geschrieben. Sie sollten es lesen. Und Sie werden es weiterempfehlen.“
Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik

241 Seiten, DM 24,-
ISBN 3-89438-002-0



Femina Publica
Frauen - Medien - Feminismus
Mit Zeichnungen von Sue Appleton
Herausgegeben von der „Gruppe Feministische Öffentlichkeit“

Analysen, Reflexionen, Interviews - eine vielfältige Einkreisung der bislang vernachlässigten „Öffentlichen Frau“, die „der Rede wert“ ist.

Etwa 240 Seiten, ca. DM 28,-
ISBN 3-89438-044-6
(erscheint im April)



Mehr Information erwünscht? Fordern Sie unser Programm an!

PapyRossa Verlag

Petersbergstr. 4, 5000 Köln 41, Tel. 0221/44 85 45 0221/44 62 40 Fax 0221/44 43 05

Kreuz und quer durch Köln
Frauenstadtbuch

Herausgegeben vom Frauenamt der Stadt

Endlich das Frauenstadtbuch für Köln und Umgebung! 240 nützliche Adressen von A bis Z: Vereine, Beratungsstellen, Bildungseinrichtungen usw., Informationen über ihre Arbeit.

Etwa 240 Seiten, ca. DM 15,-
ISBN 3-89438-044-4
(erscheint Ende April)



Außerdem erscheint der zweite Band der fünfbändigen „Geschichte des Alltags“:
Jürgen Kuczynski
Geschichte des Alltags des deutschen Volkes
Band 2: 1650 bis 1810

Broschur, 15x24 cm
379 Seiten, DM 38,-
ISBN 3-89438-034-9



... and last but not least
Anfang September:

Der Frauenkalender WIR FRAUEN 1993

Taschenkalender mit flexiblem Einband in Lila & Lesebändchen, 11x15 cm
Redaktion: Florence Hervé & Renate Wurms
Gestaltung: Gitta Büsch

Etwa 288 Seiten, ca. DM 11,80
ISBN 3-89438-046-2

Alle Welt im Umbruch - die Linke auch

- Ein Fragenkatalog als Einladung zu einem breiten Diskussionsprozeß -



von Detlev Albers, Ulrich Schöler und Ulrich Wolf*

I.

In der kurzen Spanne von 1989 bis 1991 hat sich die politische Welt in einer Geschwindigkeit verändert, wie wir es zuvor in Jahrzehnten nicht gekannt haben. Auf dem europäischen Kontinent ist das System des "realen Sozialismus" in sich zusammengebrochen. Obgleich nicht vergessen werden darf, daß - von Kuba abgesehen - auf dem asiatischen Kontinent, insbesondere in der Volksrepublik China, noch für einen großen Teil der Weltbevölkerung die Lebenswirklichkeit von Bedingungen dieses Systems geprägt wird, gehört die traditionelle Aufteilung in "erste", "zweite" und "dritte Welt" der Vergangenheit an.

Die Existenz der "zweiten Welt" war von Anbeginn an mit unlösbaren Ketten an jene der Sowjetunion gebunden. Historisch gesehen hat sie das Projekt des vollständigen revolutionären Bruchs mit der kapitalistischen Wirtschafts- und Ausbeutungslogik verknüpft. Ein Projekt also, das trotz aller Deformationen, trotz Terror und Unterdrückung auf der Vision beruhte, damit den Weg zu einer menschenwürdigen, ausbeutungsfreien Zukunft einschlagen zu können. Diese strategische Verbindung hat sich als unmöglich erwiesen.

Die Abhängigkeit der "zweiten Welt", der "sozialistischen Staatengemeinschaft" von der Existenz der Sowjetunion manifestierte sich aber auch als machtpolitische Tatsache. Sie lautete, zumindest in den Grenzen von Jalta: Moskau bestimmt, solange es selbst geo- und militärstrategisch der anderen "Supermacht" USA Paroli bieten kann.

Beides gehört unwiderruflich der Vergangenheit an. Im Ergebnis ist der "reale Sozialismus" zuallererst ökonomisch, aber nicht minder auch machstrategisch, ökologisch und politisch-moralisch gescheitert.

Die Linke im Westen, besonders aber in der Bundesrepublik, auf die wir uns hier konzentrieren wollen, hat kaum damit begonnen, sich die Tragweite dieser Veränderung für ihre eigene Sache einzugestehen. Noch weniger ist erkennbar, daß man auch die Chancen des Neubeginns, der jetzt erforderlich ist, erfassen würde. Gewiß, Antworten gibt es bereits, nur fallen sie, wie die meisten Schnellschüsse, nicht eben überzeugend aus.

Für die einen ist der Sozialismus - und das gleich in allen seinen denkbaren Spielarten - nun ein für allemal erledigt. Aus früheren Marx-Exegeten (-Schriftgelehrten) wurden im Handumdrehen Markt-Apologeten (-Gläubige). "Marx ist tot, Jesus lebt" - Norbert Blüms flotter Spruch erfreut sich in vielerlei Variationen wachsender Beliebtheit und das nicht nur dort, wo früher "volkseigene" Betriebe in die "freie" Wirtschaft entlassen werden.

Für die anderen bleibt die jetzt benötigte Erneuerung sozialistischen Denkens, und zwar von Grund auf, samt allen darin enthaltenen Revisionen, eine zutiefst suspektere Angelegenheit. Aus Sorge, "das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten", verlieren sie sich in immer neuen Rückzugsgefechten. Und in der trotzigsten Beschwörung, dereinst vom weiteren Gang der Geschichte doch noch Recht zu erhalten.

Uns wäre wohlher, wenn man sich bei all diesen Ab- und Fortgesängen etwas mehr Zeit ließe. Es reicht nicht, das Scheitern eines "Jahrhundertexperiments" festzustellen und es gleichzeitig binnen weniger Monate abhaken zu wol-

len. Was damit zugleich auf dem Prüfstand steht, ist ein Jahrhundert an Theorie- und Verwirklichungsgeschichte des Sozialismus. Die Überprüfung muß ohne Furcht vor Tabus erfolgen; im Wissen, auch das Denken aller "Klassiker" infrage stellen zu müssen. Nur wenn sich die Linke diese Form des radikalen Hinterfragens, gegen die eigenen Denkgewohnheiten, neu aneignet (in diesem Sinne eine der besten Traditionen des Kritikers Marx aufgreift), wird das Scheitern des "realen Sozialismus" nicht zum "letzten (aber verlorenen) Gefecht" der Linken.

II.

Aber die Welt hat sich nicht erst in den Jahren 1989 bis 1991 dramatisch verändert. Wachsendes Ozonloch, Treibhauseffekt, drohende Klimakatastrophe, Waldsterben, Bodenerosion, Gewässer-verseuchung usw. sind Problemstellungen, die angesichts ihres globalen Ausmaßes das Überleben der Menschen auf diesem Planeten überhaupt in Frage stellen. Während das amerikanische World-Watch-Institute und der Club of Rome von der Notwendigkeit einer "globalen Revolution" sprechen, werkeln die Politiker weiter an nationalen Minimalkonzepten.

Aber die Welt hat sich nicht erst in den Jahren 1989 bis 1991 dramatisch verändert.

Weltweiter Hunger, sich abzeichnende Armutswanderungen, zerrüttete Ökonomien in Dritte-Welt-Länder lassen erst den Sprengstoff ahnen, den uns die nächsten Jahrzehnte bescheren werden.

Bereits die Debatte um den Golfkrieg, der auch ein erster Rohstoffkrieg zwischen erster und dritter Welt war, hat die Linke in der Bundesrepublik in zwei nahezu unversöhnliche Lager gespalten. Wie wird es erst aussehen, wenn eigene Interessen unmittelbar betroffen sind? Die gerade erst begonnene Debatte über die Haltung der Linken zu den Umbauprozessen im Osten Deutschlands, in Osteuropa und der ehemaligen UdSSR und die damit verbundene Frage der Neudefinition von Solidarität (gegenüber dem Osten und gemeinsam mit dem Osten gegenüber dem Süden) deutet bereits an, daß wir vor schwierigen Klärungsprozessen stehen.

Während das amerikanische World-Watch-Institute und der Club of Rome von der Notwendigkeit einer "globalen Revolution" sprechen, werkeln die Politiker weiter an nationalen Minimalkonzepten.

Eine Reihe anderer Komplexe wollen wir nur streifen, hat es hier doch in der gesamten Linken in den letzten Jahren und Jahrzehnten bereits intensive Debatten und theoretische Fortentwicklungen gegeben: die beschleunigte Internationalisierung und Verflechtung des Kapitals, das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie, die Veränderungen der Klassenstruktur und die Auflösung der traditionellen Bewußtseinsformen in der Arbeiterschaft, die historisch-theoretische Durchdringung des Geschlechterverhältnisses. Wir meinen, sie sollten gleichwohl Mitbestandteil einer neuen Selbstverständigungsdiskussion der Linken darstellen.

III.

Wir haben für unsere Einladung zur Diskussion die Form eines Fragenkatalogs gewählt, weil wir diese Herangehensweise für die der augenblicklichen Situation der Linken angemessene halten. Wenn es richtig ist, daß wir in den letzten Jahren Zeugen eines epochalen Umbruchs waren, dann werden wir uns Zeit nehmen müssen, um daraus wirklich zu lernen. Wir erleben, daß es viele Linke - uns eingeschlossen - als außeror-

dentlich schmerzhaft empfinden, auf eine ganze Reihe von Fragen zur Zeit keine schlüssigen Antworten zu haben. Aber so schmerzhaft es ist - wir haben es auszuhalten und uns daran abzuarbeiten. Die Form des Infragestellens soll zugleich signalisieren, daß es weder um einen abgeschlossenen Katalog von Fragen geht, noch um einen begrenzten, zirkelhaften Prozeß des Suchens nach Antworten nur in unserem bisherigen engeren politischen Umfeld. Die beiden Hauptkomplexe, die zivilisatorischen Herausforderungen und der Zusammenbruch des "realen Sozialismus" führen schon zwangsläufig zur Unter- oder Geringerbelichtung anderer Bereiche. Jede Leserin wird zu Recht anmerken, daß es ein typischer "Männerkatalog" ist - gerade auf dem Feld der Geschlechterbeziehungen (und der Durchdringung sämtlicher Politikbereiche aus diesem Gesichtspunkt heraus) wären wir für eine kritische Verbesserung und Ergänzung außerordentlich dankbar.

Wir möchten ferner betonen, daß für uns natürlich weder der Ort noch die Schwerpunktsetzungen dieser Veröffentlichung zufällig sind. Wir haben in den beiden letzten Jahrzehnten in einem politischen Zusammenhang gearbeitet, der sich selbst mit dem Begriff "MarxistInnen in der Sozialdemokratie" klassifizierte, aus dessen Reihen - zunächst schwerpunktmäßig im Bereich der JungsozialistInnen - programmatische Erarbeitungen wie das "Hamburger" und das "Berliner Strategiepapier" von 1971, ein Kontrastantragspaket zum "Orientierungsrahmen '85", die "Helfer Thesen" I und II und die "53 Thesen des Projekts Moderner Sozialismus" entstanden sind, an deren Diskussions- und Erarbeitungsprozessen wir (wenigstens teilweise) beteiligt waren. Wer den Fragenkatalog liest wird feststellen, daß diese Erarbeitungen einerseits als Voraussetzungen und Vorhaben hinter diesen Fragen stehen und andererseits zugleich Gegenstand einer (selbst)kritischen Überprüfung sein sollen.

Konkret heißt dies, daß es natürlich eine ganze Reihe von Fragen gibt, die primär den Teil der Linken betreffen, dem wir uns zurechnen, die also zu selbstkritischer Überprüfung Anlaß geben sollen, wobei jedoch die Einmischung und Beteiligung anderer Teile der Linken innerhalb wie außerhalb der SPD dazu ausdrücklich erwünscht ist. Bei dem Inhalt des größeren Teils der

Fragen dürfte es jedoch offensichtlich sein, daß sie für alle diejenigen zur Beantwortung anstehen, die sich bisher als SozialistInnen oder MarxistInnen verstanden haben. Wenn dabei in der einen oder anderen Frage von "Marxismus" oder "marxistisch" die Rede ist, so soll damit keinesfalls einem Verständnis von dem einen Marxismus das Wort geredet werden. Die Begrifflichkeit übernimmt bloß herkömmliche (vereinfachte) Kategorisierungen.

Ist der traditionelle, sich am rationalistischen Modell der Naturbeherrschung orientierende marxistische Fortschrittsbegriff nicht selbst revisionsbedürftig?

IV.

HerausgeberInnen und Redaktion der Zeitschrift "SPW" sind mit den Autoren der Auffassung, daß dieser (offene) Fragenkatalog eine gute Grundlage für einen möglichst breiten Diskussionsprozeß der Linken innerhalb wie außerhalb der SPD in den kommenden Jahren bietet. Wir sollten die strittigen Punkte nicht elegant und rücksichtsvoll umschiffen, sondern sie offen und diskursiv angehen und austragen, um neue Verständigungen zu erreichen. Redaktion und HerausgeberInnen sind bereit, dafür innerhalb der Zeitschrift ausreichend Platz einzuräumen und dies bei Interesse durch öffentliche Foren zu begleiten. Von dem Grad und der Qualität dabei zu erreichender Bearbeitungen wie der erzielten Verständigungen wird es abhängen, ob für Teilkomplexe (als Zwischenschritte) bzw. den gesamten durch den Fragenkatalog abgedeckten Bereich Positionspapiere neue "Identitäten" werden umreißen können.

Dabei möchten wir allerdings mit den beiden letzten Fragen wirklich ernst genommen werden: Ist es wirklich denkbar, daß sich die Welt in dramatischem Ausmaße ändert, und die Linke in ihren auf die "alte Welt" bezogenen Zirkeln und Grüppchen verharrt? Viele Segmentierungen und Gräben innerhalb der Linken haben oder hatten etwas mit ihrem unterschiedlichen Bezug auf das Koordinatensystem dieser alten Welt zu

* Prof. Dr. Detlev Albers, Hochschullehrer, Bremen, Mitherausgeber der spw, Dr. Ulrich Schöler, Bonn, Büroleiter von Wolfgang Thierse, Ulrich Wolf, Hannover, Lehrer

tun, insbesondere mit ihrem Verhältnis zum "realen Sozialismus". Es wäre schon ein wichtiges Ergebnis des von uns vorgeschlagenen Diskussionsprozesses, wenn es gelänge, durch kritische Aufarbeitung einige dieser Gräben bewußt zu überwinden. Wir sind bereit, unseren Beitrag dazu zu leisten!

V. Fragenkatalog

1. Zur Rekonstruktion des "historischen Materialismus"/ der politischen Philosophie des Sozialismus

1.1 Fortschrittsbegriff - globale Krisenprozesse

☞ Kann angesichts der globalen ökologischen Krisenprozesse das westlich-kapitalistische Zivilisationsmodell noch Maßstab für den historischen Fortschritt sein? Ist heute überhaupt noch ein einheitlicher Fortschrittsbegriff denkbar?

☞ Ist der traditionelle, sich am rationalistischen Modell der Naturbeherrschung orientierende marxistische Fortschrittsbegriff nicht selbst revisionsbedürftig?

☞ Sind Gründe für das Scheitern des "real existierenden Sozialismus" auch darin zu suchen, daß man sich an diesem Fortschrittsmodell orientierte?

☞ Welche (auch nicht-marxistischen und nicht-europäischen) philosophischen Denkansätze (z. B. Horkheimers Kritik der instrumentellen Vernunft, Elias' Zivilisationstheorie, Jonas' "Prinzip Verantwortung") könnten dabei eine Orientierungshilfe bieten?

1.2 Philosophischer Materialismus - Bedürfnisse - Lebensweise - Ethik

☞ Welche Konsequenzen ergeben sich aus den unter 1.1. gestellten Fragen für die Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise in den Zentren des Kapitalismus?

☞ Ist eine dauerhafte und tragfähige Entwicklung im Weltmaßstab ohne einen massiven Ressourcentransfer aus und eine damit verbundene Einschränkung des materiellen Wohlstandsniveaus in den Ländern des entwickelten Kapitalismus möglich? Wie ist er zu organisieren?

☞ Kann überhaupt die endlose Steigerung der Möglichkeiten materieller Bedürfnisbefriedigung das Maß menschlicher Entwicklung sein?

☞ Ist der Kapitalismus im Hinblick auf seine historisch beispielelose Fähigkeit zur Befriedigung materieller und kultureller Bedürfnisse eher die Verwirklichung oder die Perversion der klassischen sozialistischen/marxistischen Version der Überflußgesellschaft?

☞ Welche Rolle könnten die Ansätze zu einer Theorie der Bedürfnisse (z. B. Agnes Heller) und zu einer Kritik der Kulturindustrie bei Adorno/Horkheimer, Marcuse u. a. bei der Klärung dieser Fragen spielen?

☞ Ist es möglich und sinnvoll, so etwas wie eine Gattungsethik zu entwickeln? Welchen Stellenwert hätten in diesem Zusammenhang herkömmliche Klassenfragen? Wie wäre das Verhältnis von Gattungs- und Klassenfragen zu einander zu bestimmen?

☞ Wie könnte die Struktur eines Bündnisses für globale ökologische und soziale Vernunft aussehen? Welches wären seine sozialen, politischen und ideologischen Subjekte/Koordinaten?

2. Kritik der politischen Ökonomie in der marxistischen Theorie

2.1 Hält die marxistische Ökonomietheorie einer Überprüfung im Lichte der ökonomietheoretischen Diskussion der letzten 20 Jahre stand? Welche zentralen Bausteine der marxistischen Kritik der Politischen Ökonomie des Kapitalismus (Werttheorie, Ausbeutungs-

Geht es um die Neu- oder Rekonstruktion eines marxistischen Flügels innerhalb der Sozialdemokratie oder bietet der Umbruch seit 1989 die Chance und Notwendigkeit, eine Neudebatte der gesamten Linken so zu organisieren, daß alte Gräben keine Rolle mehr spielen und eine Neugruppierung der Linken erreicht werden kann und muß?

theorie, tendenzieller Fall der Profitrate, Zinstheorie usw.) lassen sich aufrechterhalten?

2.2 Ist eine marxistische Ökonomietheorie ohne Arbeitswerttheorie möglich? Lassen sich wesentliche Postulate der Kritik der Politischen Ökonomie des Kapitalismus genauso gut ohne wie mit der Arbeitswerttheorie untermauern?

2.3 Gibt es eine marxistische Geldtheorie? Kann eine solche auf der Grundlage des Marxschen Postulats entwickelt werden, daß der Zins eine aus dem Profit abgeleitete Größe ist? Welche Konsequenzen ergäben sich daraus für die Bestimmung des Verhältnisses von Bankkapital und produktivem Kapital?

2.4 Wie könnte der Zusammenhang zwischen der Logik der Kapitalverwertung (Marx: Das Kapital als "automatisches Subjekt") und gesellschaftlichen Prozessen bzw. individuellen Handlungsdispositionen theoretisch erfaßt werden?

2.5 In welchem Zusammenhang steht diese Logik der Kapitalverwertung zur Zeitstruktur kapitalistischer Gesellschaften? Ist es richtig, daß es einen notwendigen Zusammenhang zwischen der dem Kapitalismus inhärenten Tendenz zu ständiger Beschleunigung und der ökologischen Krise bzw. der Gewaltförmigkeit gesellschaftlicher Prozesse gibt?

War Marx - wie einige heute theoretisch nachzuweisen versuchen - "Marktsozialist"?

2.6 Läßt sich die weitgehende Abschottung marxistischer Ökonomietheorie von den im bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb dominierenden ökonomietheoretischen Strömungen unter dem Aspekt der Notwendigkeit der Weiterentwicklung der eigenen Position rechtfertigen?

2.7 Ist die in der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie theoretisch entwickelte potentielle Überlegenheit einer sozialistischen Ökonomie gegenüber der kapitalistischen, die mit der Ausschaltung der Anarchie des Marktes und seiner Ersetzung durch eine geplante Produktion begründet wird, angesichts der Erfahrungen in Osteuropa theoretisch weiter haltbar?

2.8 War Marx - wie einige heute theoretisch nachzuweisen versuchen - "Marktsozialist"?

Gibt es einen Unterschied (qualitativ/quantitativ) zwischen einer sozialen und einer sozialistischen Marktwirtschaft?

☞ Gibt es einen Unterschied (qualitativ/quantitativ) zwischen einer sozialen und einer sozialistischen Marktwirtschaft? Ist dieser Unterschied an einem Bruchpunkt festzumachen oder gibt es Übergangsformen?

☞ Ließe sich das Verhältnis von Plan und Markt in einer sozialistischen Ökonomie theoretisch klarer fassen als dies im Berliner Programm der SPD geschehen ist?

☞ Ist das Konzept einer gemischten Wirtschaft unter Beibehaltung (kapitalistischen) Privateigentums an Produktionsmitteln ein Konzept des Übergangs oder ist es bereits der Endpunkt der Entwicklung?

☞ Was heißt heute Vergesellschaftung und Wirtschaftsdemokratie?

☞ Hätte die "realsozialistische" Ökonomie etwa der DDR oder der CSSR unter den Bedingungen von Wirtschaftsdemokratie effizienter funktioniert und dem Kapitalismus Paroli bieten können?

☞ Läßt sich theoretisch und analytisch nachweisen, daß die realsozialistischen Ökonomien zu einer nachholenden Industrialisierung im Wege extensiver Produktionsausdehnung in der Lage (und dabei relativ erfolgreich) waren, nicht aber zu einem Übergang zu einer intensiven Erweiterung ihrer Produktion? Wenn ja, worin liegen die Gründe?

☞ Was wäre in einer wirtschaftsdemokratisch organisierten sozialistischen Ökonomie der - vom kapitalistischen Profitprinzip sich unterscheidende - Motor für Innovation, Effizienz und "Fortschritt"?

☞ Welche Bedeutung hatte die Auffassung von Marx und Engels, das Proletariat müsse die Privatwirtschaft in der Hand des Staates zentralisieren und damit in öffentliches Eigentum überführen,

für staatsfixierte Ansätze in sozialistischer/marxistischer Theorie und Politik?

☞ In welchem Verhältnis steht diese Auffassung zu ihren demokratiethoretisch dezentral orientierten Impulsen, und wie wurde dies in der Theorie- und Praxisgeschichte der Arbeiterbewegung weitertransportiert?

☞ Kann man den theoretischen Ansatz einer eigenständigen Entwicklungsphase eines "staatsmonopolistischen Kapitalismus" heute noch aufrechterhalten?

☞ Bietet der regulationstheoretische Ansatz mit seinen Untersuchungen über Fordismus und Postfordismus einen hinreichenden Erklärungsansatz für die heutige kapitalistische Wirklichkeit?

3. Aufarbeitung der Theorie- und Verwicklungsgeschichte des Sozialismus/Marxismus

3.1 Welche Ansätze der kritischen und selbstkritischen Aufarbeitung der eigenen theoretischen Grundpositionen hat es bisher im Marxismus gegeben (u. a. Bernstein, Labriola, Gramsci, Austromarxismus, Korsch)? Wie ist die Reichweite ihrer Kritik heute einzuschätzen? Worin liegen die Grenzen ihrer Wirksamkeit?

3.2 Halten die grundlegenden Kategorien des marxistischen Zukunftsbildes (Vergesellschaftung - aller - Produktionsmittel, klassenlose Gesellschaft) einer kritischen Bilanz der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse im 20. Jahrhundert stand?

3.3 Gibt es die Notwendigkeit, den Marxismus zu einer kritischen Theorie der Weltgesellschaft weiterzuentwickeln? Wenn ja, worin bestehen die Gründe des beharrlichen Ausweichens vor dieser Aufgabe?

3.4 Gibt es einen philosophischen Kerngehalt des Marxismus, von dem aus sich seine Erneuerung konzipieren läßt,

Halten die grundlegenden Kategorien des marxistischen Zukunftsbildes einer kritischen Bilanz der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse im 20. Jahrhundert stand?

Welchen Begriff haben wir von der Nation? Wie verhalten wir uns im Spannungsfeld von Nationalismus und Selbstbestimmungsrecht der Völker, etwa bezogen auf die Entwicklungen in Osteuropa?

oder stecken noch in einem solchen Ansatz unhaltbar gewordene Prämissen?

3.5 Wie beurteilen wir den Weg der Oktoberrevolution, die Gründe des Scheiterns dieses Weges, das Verhältnis von objektiven (Rückständigkeit, Krieg, Bürgerkrieg, Außendruck usw.) und subjektiven (Theorie, Fehlentscheidungen usw.) Gründen?

3.6 Wie sehen MarxistInnen in der Sozialdemokratie heute ihr Verhältnis zur kommunistischen Weltbewegung - historisch, aber auch für die 70er Jahre bis heute? Macht es Sinn, von deren Fortbestehen auszugehen?

3.7 Haben wir bereits eine selbstkritische Analyse der Gründe des Zustandekommens eigener "weißer Flecken" in Bezug auf die Einschätzung der frühen Sowjetunion, Osteuropas und der DDR? Welche Rolle spielte dabei der Anti-Antikommunismus?

3.8 Worin liegen die Gründe für die Unterbelichtung der Demokratiefrage in früheren Stellungnahmen zur Sowjetunion, zu Osteuropa bzw. zur DDR?

3.9 Welche Gründe gibt es für die langjährige Dominanz des Importes von Theorie, Geschichtsphilosophie bzw. Geschichtsbeurteilung aus dem Bereich des Marxismus-Leninismus vor allem in den 70er Jahren in Teilen der marxistischen Linken?

☞ Brauchen wir eine selbstkritische Untersuchung des Umgangs mit der Rolle von Theorie als Machtinstrument in der Politik (das Sammeln von Bataillonen hinter Positionspapieren für Machtgewinne)? Wie steht es mit unserem Diskursverhalten? Wie gelingt es künftig, den Vorrang des Ausgebens von Orientierungen, Einschätzungen und Linien vor der Organisation diskursiver Lernprozesse (insbesondere auch in SPW) umzukehren?

☞ Verstehen wir die Pluralität von Auffassungen als Bereicherung (als Motor für Erkenntnisfortschritt) oder als Gefährdungsdokument und Ansatz für

mögliche Spaltungsprozesse bei uns wie insgesamt in der Linken?

4. Politische Strategie und Parteiorientierung

4.1 Wie ist unser Verhältnis zur Notwendigkeit einer Politik für die eine Welt und zur faktisch hergestellten einen Welt unter der Hegemonie der USA, Japans und Westeuropas?

4.2 Welche Rolle kommt künftig der UNO, der NATO, der KSZE zu?

4.3 Wie wird künftig das Verhältnis von erster Welt zur dritten Welt aussehen? Wie verhält sich die Linke zu den absehbaren Armutswanderungsbewegungen?

4.4 Wie bestimmt sie ihr Verhältnis zu neuen Formen des Rassismus?

4.5 Welchen Begriff haben wir von der Nation? Wie verhalten wir uns im Spannungsfeld von Nationalismus und Selbstbestimmungsrecht der Völker, etwa bezogen auf die Entwicklungen in Osteuropa? In welches Konzept von Europa paßt sich dies ein (Westorientierung oder gesamteuropäische Orientierung)?

4.6 Wie weit sind wir theoretisch und praktisch vorgedrungen in Bezug auf die Komplexe Patriarchat und feministische Theorie?

4.7 Gibt es weiterhin ein historisches Subjekt der gesellschaftlichen Veränderung (oder mehrere)?

4.8 Welche Bedeutung kommt noch dem Klassenbegriff zu? In welcher Weise beeinflussen die Ergebnisse der Mentalitätsgeschichtsforschung über die "lange Dauer" (Schule der Annales) die marxistischen Vorstellungen von der Herausbildung von Klassen und Klassenbewußtsein?

4.9 Wie setzt sich in den 90er Jahren der Arbeitskörper der Gesellschaft zusammen? Welche Rolle kommt den sogenannten "neuen ArbeitnehmerInnenschichten" zu? "Können Yuppies solidarisch sein?"

Gibt es weiterhin ein historisches Subjekt der gesellschaftlichen Veränderung?

Welche Chancen und welche Risiken liegen in der modernen Technikentwicklung? Handelt es sich um eine neue wissenschaftlich-technische Revolution? Läßt sich ein modernes Sozialismusver-

Welche Bedeutung kommt noch dem Klassenbegriff zu?

ständnis auf die Formel bringen: "Sozialismus = Mikroelektronik + Massendemokratie"?

Welchen Stellenwert haben die theoretischen Ansätze zur "Zivilgesellschaft" für sozialistische Politik heute? Um welche praktischen Neuansätze von Politik ginge es dabei?

Welche Rolle kommt Parteien in den künftigen Auseinandersetzungen zu?

Wie wird künftig das Verhältnis von Mitgliedern zu Nichtmitgliedern aussehen (Rolle der Ortsvereine, der Arbeitsgemeinschaften, von "ExpertInnen-Arbeitsgruppen")?

Modernisierung der Parteiarbeit - wohin soll sie zielen (technokratische Modernisierung, Orientierung auf das Aufsteigermilieu oder Rückbesinnung auf traditionalistische Vorstellungen und Konzepte)?

Geht es um die Neu- oder Rekonstruktion eines marxistischen Flügels innerhalb der Sozialdemokratie oder bietet der Umbruch seit 1989 die Chance und Notwendigkeit, eine Neudebatte der gesamten Linken (innerhalb wie außerhalb der SPD) so zu organisieren, daß alte Gräben keine Rolle mehr spielen und eine Neugruppierung der Linken erreicht werden kann und muß?

Aus welchen Gräben müssen dabei diejenigen heraus, die sich bisher als MarxistInnen in der Sozialdemokratie verstanden?

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

links im April 1992:

GUS — und dann? Das Ende einer Militärmacht. Rußland quo vadis? • Nahost: Wird Israel zum „Friedensverderber“? • Kav La'oved — der heiße Draht für palästinensische ArbeiterInnen • Pakistan: Allah ist mit den Ungerechten • Brasilien: Lateinamerikas zweite Emanzipation — oder unsere erste allgemeine Verunsicherung • BRD: Wie kampffähig ist das Dienstleistungsgewerbe? Notizen zum ersten Bankenstreik • Sozialismus-Debatte: „Wir können nicht mehr aus geborgter Realität leben“ — ein Interview mit Oskar Negt



links

Mit Beiträgen von: Oskar Negt, Henning Schröder, Barbara Maier, Hans Füchtner, Amos Wollin, Volker Heins, Peter Karrer, Max Diamant, Hans-Ernst Schiller, Walter Lochmann /Wolfgang Hermann u.a.

Ich bestelle
 1 Exemplar links Heft 4/92
zum Preis von 7,- DM
(nur gegen Vorkasse:
Briefmarken, Scheck etc.)

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

links, PF 10 20 62, 6050 Offenbach

„Zivilgesellschaft“

Plädoyer für den Abschied vom letzten Modebegriff der 80er Jahre

von Klaus Wardenbach*

Im Jahre 1990 hatte der Begriff "Zivilgesellschaft", wie Habermas im Vorwort zur Neuauflage von "Strukturwandel der Öffentlichkeit" konstatierte, Konjunktur - mittlerweile wird er inflationär gebraucht.

Seine Konjunktur verdankte der Begriff einer Hoffnung. Die realsozialistischen Regimes in Osteuropa waren fast überall zusammengebrochen, der Kalte Krieg war zuende, die Stunde von globaler Abrüstung und "Friedensdividende" schien nahe. Als Träger der "demokratischen Revolution" von 1989 wurden v. a. in der DDR und der CSSR die Bürgerbewegungen ausgemacht, die - zusammen mit den in den 80er Jahren im Westen entstandenen Neuen Sozialen Bewegungen (NSB) - zuerst Europa und dann die ganze Welt einer friedlich-demokratischen Zukunft entgegenführen sollten.

Nur zwei Jahre später hat sich diese Hoffnung gründlich blamiert: Der gesellschaftliche Einfluß der Bürgerbewegungen tendiert gegen Null, die Staatsmacht ist längst wieder mit neuem bzw. gewendetem Führungspersonal besetzt. Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Nationalismus triumphieren, ob in Hoyerswerda, in Marseille oder in Kroatien. Es gibt in Europa wieder Krieg und Bürgerkrieg. Statt Abrüstung und Friedensdividende kam der Golfkrieg und eine "Neue Weltordnung", nach der der Feind jetzt im Süden steht. Auch aus der Hoffnung, daß die "demokratische Revolution" auf den Westen übergreifen möge, wurde nichts. Abgesehen davon, wie widersinnig es ist, die "Zivilgesellschaft" mittels einer neuen

Staatsverfassung durchsetzen zu wollen, wird die Verfassungs-Diskussion mittlerweile von CDU und CSU aufgegriffen, um das Asylrecht auszuhebeln.

Die Hoffnungen sind gestorben, aber der Begriff hat überlebt. Von Richard von Weizsäcker bis zu den PDS-Reformern führt ihn jeder im Munde. Und jeder meint etwas anderes damit.

Wenn Weizsäcker das Fehlen der "Bürgergesellschaft" in der "postkommunistischen Region Deutschlands" beklagt und ihr das leuchtende Vorbild des zivilisierten Westens gegenüberstellt (in seiner Rede zur Heine-Preisverleihung), dann tut er das natürlich in erster Linie, um sich selbst auf die Schulter zu klopfen. Mit Antje Vollmer und Thomas Schmid (um nur einige zu nennen) liegt er zwar noch im Streit darüber, ob denn nun "die 68er" diesen Staat zivilisiert hätten oder Adenauer und seine Enkel.

Aber im Lob des Bestehenden ist man sich einig: Wir können stolz sein auf unser Land.

Daß das Bürgertum historisch nur als Einheit von Citoyen und Bourgeois existiert ... und die formale, rechtliche Gleichheit nicht über die fortbestehende materielle Ungleichheit hinwegtäuschen kann, hat schon der junge Marx erkannt.

In dieser allgemeinen Versöhnung will auch Ernst Nolte nicht absits stehen und rät den verbliebenen Linken zur "Wiedergewinnung der Begriffe des 'Bürgers' und der 'Zivilgesellschaft'"

und zum Abschied von allen "sozialreligiösen" Vorstellungen, um als Opposition in diesem unseren Staat künftig noch ernstgenommen zu werden.

Nolte, Weizsäcker, Thomas Schmid und auch die Stichwortgeber der Diskussion um die "demokratische Frage" Rödel/Frankenberg/Dubiel meinen, wenn sie "Zivilgesellschaft" sagen, immer "civil society" - und verweisen damit offen auf John Locke, den Vordenker von Bürgertum und entstehendem Kapitalismus im England des 17. Jahrhundert.

So wie man nun auch im Osten im Bereich der Ökonomie zum ursprünglichen Krieg aller gegen alle, genannt Marktwirtschaft, zurückkehren will, so kehren auch die "civil-society"-Anhänger zu den frühbürgerlichen Anfängen zurück. Die radikal-liberalen Ideologen versuchen den sozialen Typus "Bürger" wieder in seine angenehme und seine unangenehme Hälfte zu zerteilen: In den "citoyen", den Staatsbürger, der zum Ideal erhoben wird und in der Zivilgesellschaft zuhause ist, und in den "bourgeois", den Wirtschaftsbürger und Kapitalisten, der der "bürgerlichen Gesellschaft" ihren üblen Leumund verliehen hat. Daß das Bürgertum historisch nur als Einheit von Citoyen und Bourgeois existiert (daß also auf die heutige Zeit übertragen hinter jedem Baum ein Lambsdorff steht) und die formale, rechtliche Gleichheit nicht über die fortbestehende materielle Ungleichheit hinwegtäuschen kann, hat schon der junge Marx erkannt. "Menschliche Emanzipation" ist erst dann möglich, wie er vor knapp 150 Jahren anmerkte, wenn der politisch emanzipierte Citoyen auch von sozialer Unterdrückung befreit ist, wenn die Unterscheidung zwischen Citoyen und Bourgeois keinen Sinn mehr macht und der Staat in die Gesellschaft zurückgenommen wird.

Nun gibt es neben der affirmativen und liberalen Zivilgesellschaft-Diskussion auch einen Diskurs, der sich auf Antonio Gramsci, den Mitbegründer der italienischen KP und langjährigen politischen Gefangenen, beruft. In der Ankündigung der Konferenz "Gramsci und die Theorie der Zivilgesellschaft" (im März '91 in Berlin) wird der arme Gramsci sogar zum Ahnvater der "Umbruchprozesse" in Osteuropa erkoren. Gramsci ist über 50 Jahre tot und kann sich nicht mehr wehren, aber daß er dem in Osteuropa nun triumphierenden brutalen Wirtschaftsliberalismus, Konkurrenzdenken und Nationalismus das Wort geredet hätte, kann man nun wirklich nicht behaupten.

Die "società civile", eine der zentralen Kategorien bei Gramsci, ist bis vor wenigen Jahren noch regelmäßig mit "bürgerliche Gesellschaft" übersetzt worden. Mit einigem Recht! Auch beim Begriff "guerra civile" käme kein Mensch auf die Idee, "Zivilkrieg" oder "ziviler Krieg" statt "Bürgerkrieg" übersetzen zu wollen. Daß "bürgerliche Gesellschaft" bei Marx (besonders beim späten Marx) v.a. die ökonomischen Grundlagen betont, und daß im Unterschied dazu Gramscis "società civile" die kulturelle Vergesellschaftung stärker akzentuiert, mag eine begriffliche Neufassung à la "Zivilgesellschaft" sinnvoll erscheinen lassen. Jedoch war - was heute gern übersehen wird - auch Gramsci ein marxistischer Denker. Sein Erkenntnisinteresse in den Passagen zur "società civile" in den Gefängnisheften lautete eindeutig: Wieso war die Revolution im Westen nicht erfolgreich? Wie läßt sich diese Revolution doch noch herbeiführen?

Die "società civile" war für ihn ganz einfach die Sphäre, in der sich die ideologische Herrschaft des Bürgertums (das eben nicht nur durch Repression, sondern auch durch Konsensherbeiführung herrscht) reproduziert. In den Notizen Gramscis erscheint sie einerseits als massive Befestigungsstruktur des Kapitalismus, andererseits als Kampfplatz. Hier werden die Klassenkämpfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat ausgetragen werden, aber normalerweise eben nicht im (in Rußland 1917 erfolgreichen) Sturm auf das Winterpalais, sondern im langwierigen "Stellungskrieg". Will das Proletariat den Sieg erringen, braucht es - und da war Gramsci Leninist - die

Führung durch die kommunistische Partei, den modernen "principe". Der Sieg kann in der "società civile" aber nicht in der Eroberung irgendeines Zentrums oder Regierungssitzes bestehen, sondern in der Erringung der ideologischen Hegemonie durch die Partei und die mit dem Proletariat "organisch" verbundenen Intellektuellen.

Die Zivilgesellschaft ist für Gramsci also nichts genuin Positives, sie ist für ihn nicht per se mit Demokratie und freier Übereinkunft der Individuen à la John Locke verbunden. Die Zivilgesellschaft ist ein spezifischer Ort bürgerlicher Klassenherrschaft und es gibt sie auch - in zurückgebildeter Form - im Faschismus. Der angeblich positive Bezug Gramscis zur Zivilgesellschaft ergibt sich v.a. in Abgrenzung zur Theorie Lenins. Gramsci proklamierte nicht die Zerschlagung der Zivilgesellschaft, sondern ihre schrittweise Eroberung. In der "società civile" sollten so schon Elemente des Sozialismus zum Vorschein kommen, bevor eine neue Qualität der Gesellschaftsordnung erreicht war. Den Sozialismus, den er ökonomisch für möglich hielt (das entscheidende Hindernis war für ihn - ähnlich wie bei Lukacs - das Bewußtsein der Massen), nannte er aber nicht Sozialismus, sondern aus Gründen der Gefängniszensur "società regolata".

Für Teile der Linken dient die Zivilgesellschaft-Diskussion dazu, einen Kurs sanfter Anpassung an die herrschenden Verhältnisse zu steuern - und das unter Berufung auf einen marxistischen Theoretiker.

Die gleiche Gefängniszensur, die ihn in seinen Heften dazu brachte den Marxismus unverdächtig "Philosophie der Praxis" zu nennen, oder Lenin "Ilici", Trotzki "Bronstein" und die Anarchisten "Individualisten", ist natürlich auch ein Grund für die Eignung Gramscis als "Mode-Theoretiker": Er schrieb eben nicht im anstößigen ML-Vokabular. Zudem trifft zu, daß Gramsci kein besonders systematischer Denker war, und daß Krankheit und sein früher Tod ihn daran hinderten, seine Gefängnisnotizen zu überarbeiten. Dies läßt viel Raum für Interpretationen und

die Zusammenfassung von "società civile" und "civil society" zur "Zivilgesellschaft" führt zu weiteren Mißverständnissen, die auch immer wieder in der spw-Diskussion auftauchen.

So steht selbst in einem ansonsten recht klugen Aufsatz, wie dem von Uwe Kremer (SPW 6/90), das eine Mal "Zivilgesellschaft", wo augenscheinlich die bestehende bürgerliche Gesellschaft gemeint ist, das andere Mal wird sie zum anti-autoritären Ideal, zur Sphäre der freien Entfaltung der Individuen.

Und was soll man davon halten, wenn Christoph Butterwege (in der spw 2/91) schreibt: "In der früheren DDR, die keine entwickelte 'Zivilgesellschaft' (Gramsci) hatte, grassiert heute ein besonders aggressiver, militanter Rechts-extremismus und Rassismus."

Das meint Richard von Weizsäcker - wie wir weiter oben gesehen haben - zwar auch, aber er bezieht sich ehrlicherweise auf die "civil society" John Lockes.

Und trotz aller Wiederholungen und Variationen wird diese Behauptung um nichts richtiger: Laut einem BKA-Bericht vom Januar '92 lag die Zahl der rassistisch motivierten Straftaten gegen Ausländer und Asylbewerber in der alten BRD deutlich höher als in der Ex-DDR. Die meisten Angriffe und Brandanschläge wurden in Nordrhein-Westfalen verübt.

Und daß in der BRD-"Zivilgesellschaft" der Anteil der Antisemiten und heimlichen Hitler-Verehrer deutlich höher ist als in der Ex-DDR - wie eine ebenfalls im Januar '92 veröffentlichte Spiegel-Umfrage ergab - läßt doch erhebliche Zweifel an der These vom direkten Zusammenhang von Neofaschismus und Zivilgesellschaft entstehen.

Auch der Verweis auf Gramsci ist hier natürlich völlig fehl am Platz. Für Gramsci war im Italien Mussolinis nur zu schmerzhaft klar, daß die "società civile" im Westen zwar ein Bollwerk gegen die Versuche einer kommunistischen Revolution dargestellt hatte, nicht aber gegen den Sieg des Faschismus.

Deshalb hätte er auch über solche Begriffsmonster wie "zivilgesellschaftlicher Sozialismus" (so die PDS-Reformer André Brie, Hans Modrow u.a.) nur den Kopf geschüttelt. Was kleinbürger-

licher Sozialismus ist, weiß man wahrscheinlich sehr genau, wenn man in der DDR gelebt hat. Was "zivilgesellschaftlicher Sozialismus" sein soll, kann ich, wenn ich die Thesen der PDS-Reformer lese, allerdings nur ahnen.

Zwar kommt es auch vor, daß der Begriff "Zivilgesellschaft" in der linken Diskussion im Sinne Gramscis angewandt wird - so z.B. von Klaus Dörre in spw 1/91 oder von Sabine Kebir - die Regel ist das jedoch nicht. Der Reiz des Zivilgesellschafts-Begriffs besteht ja gerade in seiner Undeutlichkeit, darin, daß sich rechts und links darin wiederfinden können und er sowohl eine kritische Kategorie als auch ein Synonym für "freiheitlich-demokratische Grundordnung" oder "westliche Demokratie" sein kann. Für Teile der Linken dient die Zivilgesellschaft-Diskussion dazu, einen Kurs sanfter Anpassung an die herrschenden Verhältnisse zu steuern - und das unter Berufung auf einen marxistischen Theoretiker. Die bestehende Gesellschaft wird nicht mehr grundsätzlich kritisiert, sondern ihre (ideellen) Qualitäten werden entdeckt. Gerade in demjenigen Teil der Linken, der sich früher kritiklos zum real existierenden Sozialismus bekannte, ist nun bei vielen eine erstaunliche Wandlung hin zum Bekenntnis zur real existierenden bürgerlichen Gesellschaft zu beobachten.

Wer weiß, unter welchen organisatorisch rigiden und geistig beschränkten Bedingungen vielerorts linke Politik gemacht wurde, sollte sich nicht wundern, daß jetzt Gegenreaktionen kommen und reale Defizite aufgearbeitet werden.

Allerdings war die Erkenntnis, daß die bürgerlichen Freiheitsrechte zwar (solange sie die ökonomische Sphäre außer acht lassen) unzureichend sind, deshalb aber nicht außer Kraft gesetzt werden dürfen, auch schon früher verbreitet. Und daß es sich lohnt, eine aufgeklärte, liberale Gesellschaftsstruktur gegen autoritäre (faschistische, bürokratische etc.) Entwicklungen zu verteidigen, sollte eigentlich selbstverständlich sein.

Jedoch bleibt der Hinweis Elmar Altvaters (in der FR vom 30.1.92) wichtig, daß die "Zivilgesellschaft" westlicher Demokratien eine materielle Grundlage hat, nämlich hohe Arbeitsproduktivität und berauschenden Konsum für die Massen - und daß dieser westliche Wohlstand exklusiv ist, weil sein Ressourcenverbrauch und die kata-

strophalen ökologischen Folgen eine universelle Verbreitung gar nicht zulassen.

Wenn die linke Zivilgesellschaft-Diskussion jedoch nur den Zweck haben sollte, die (Rest-)Linke zu ermahnen, sich weniger auf den Kampf in den Institutionen zu konzentrieren als auf die Arbeit in der Gesellschaft (in Initiativen, Arbeitskreisen, Theatergruppen etc.) und ihren Begriff von Politik nicht auf Parteipolitik zu beschränken, dann ist das zwar gut und richtig, wäre sicher aber mit geringerem ideologischen Aufwand möglich gewesen und ohne diesen Begriff, den zwar alle im Munde führen, der aber nichts aussagt, weil ihn jede(r) anders versteht.

Literatur

André Brie u.a.: Für radikale Reformen. Sechs Thesen zur Strategie und Politik der PDS, zitiert nach: ak 336 v. 18.11.1991, S.33
 Christoph Butterwege: Die neue Rechte und der Kampf um Hegemonie, in: spw, Heft 58, Nr.2/1991, S. 51-57
 Alex Demirovic: Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit, Demokratie, in: Das Argument 185, Jan./Febr. 1991, S.41-55
 Klaus Dörre: Zivilgesellschaft und demokratische Frage, in: spw, Heft 57, Nr. 1/1991, S. 28-35
 Georg Fülberth: Zivilgesellschaft als Nationalreligion - Anmerkungen zur Karriere eines undeutlichen Begriffs, in: Konkret, Heft 5/1991, S. 46-51
 Antonio Gramsci: Quaderni del carcere, Turin 1975
 Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt 1990 (Neuausgabe)
 Sabine Kebir: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft, Hamburg 1991
 Uwe Kremer: Das Ende von '17 - das Erbe von '68, in: spw, Heft 56, Nr.6/1990, S. 27-34
 Karl Marx: Zur Judenfrage, in: MEW, Bd. 1, S.347-377, Berlin 1981
 Ernst Nolte: Die unvollständige Revolution, in: FAZ v. 24.1.1991, S.27
 Frank Nullmeier: Zivilgesellschaftlicher Liberalismus - Schattenseiten eines Trends politischer Theorieentwicklung, in: Forschungsjournal NSB, Heft 3/1991, S. 13-26
 U. Rödel/ G. Frankenberg/ H. Dubiel: Die demokratische Frage. Ein Essay, Frankfurt/M. 1989
 Thomas Schmid: Staatsbegründung. Von ziviler Gesellschaft, Berlin 1990
 Richard von Weizsäcker, zitiert nach: Die Zeit, Nr. 2, v. 3.1.1992, S.4

Anzeige

neue Materialien:

"Parteireform - Für die Öffnung, Verjüngung und Demokratisierung der SPD" Broschüre

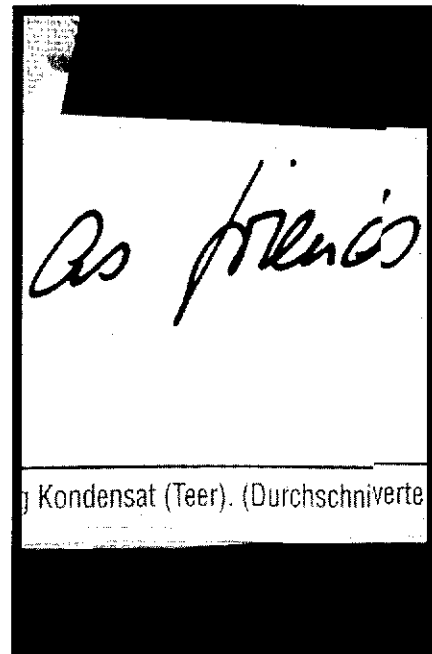
"Miethäie zu Fischstäbchen!" Broschüre

"Miethäie zu Fischstäbchen!" Aufkleber

"Lieber rot als tot! Autos raus aus der Stadt." Aufkleber

zu beziehen beim Jus-Landesverband NRW, Elisabethstr.3 4000 Düsseldorf

RASSISMUS NATIONALE IDENTITÄT UND MULTI KULTURALI- TÄT



von Christoph Butterwege*

Der Terminus "Rassismus" ist genauso heftig umstritten wie die Frage, ob es überhaupt "Menschenrassen" gibt. Das Grundgesetz der Bundesrepublik fordert in Art. 3 Abs. 3, niemand dürfe wegen "seiner Rasse" benachteiligt oder bevorzugt werden. Diese Formulierung erhebt die "Rasse" nicht zur Realität, verleiht also dem Begriff keinen Verfassungsrang, sondern verweist auf die schrecklichen Erfahrungen mit der NS-Diktatur, hebt auf den Bewußtseinsstand im nachfaschistischen Deutschland ab und spiegelt den damaligen Erkenntnisstand wider. Mittlerweile haben die Naturwissenschaften durch genanalytische

Der Rassismus existiert unabhängig von den "Rassen", die keine reale Grundlage darstellen, sondern eine Hypothese und Projektionsbasis für seine inhumane Ideologie bilden.

Untersuchungsmethoden längst den Beweis erbracht, daß es keine Gruppen von Menschen gibt, die sinnvollerweise nach gemeinsamen Merkmalen als "Rasse"

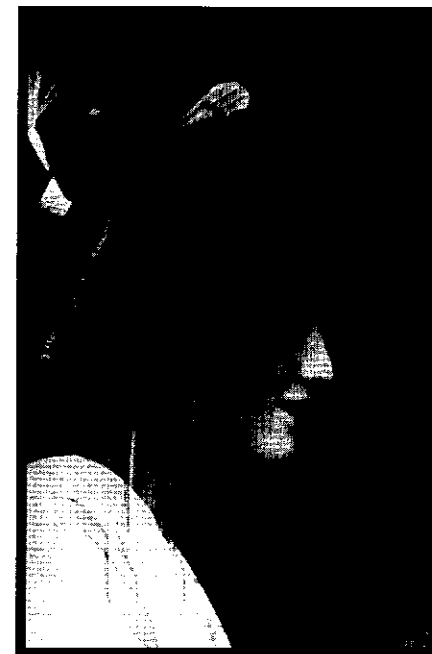
zu klassifizieren wären. Somatische, physische bzw. phänotypische Unterschiede (z.B. Hautfarbe, Haarbeschaffenheit, Nasenform) korrelieren nicht mit bestimmten Charaktereigenschaften, geistigen Fähigkeiten und sozialen Verhaltensweisen¹.

Die "Rasse" ist gleichwohl ein Mythos, der bis heute gepflegt wird und Geschichtsmächtigkeit besitzt. Unabhängig davon, zu welchen Forschungsergebnissen die Biologie/Anthropologie gelangt, eignet sich der Rassenbegriff für die "Alltagsphilosophie", um eine Hierarchie der Menschheit zu entwickeln, sich selbst auf- und andere abzuwerten. Der Rassismus existiert unabhängig von den "Rassen", die keine reale Grundlage darstellen, sondern eine Hypothese und Projektionsbasis für seine inhumane Ideologie bilden.

Zwar lassen sich Rassendiskriminierung und -haß in aller Regel auf soziale bzw. wirtschaftliche Ursachen, Krisenerscheinungen und Konkurrenzbeziehungen zurückführen, aber mitnichten darauf reduzieren. Ein deterministischer, ökonomistisch verkürzter Erklärungsansatz wird der Komplexität des Phänomens insofern nicht gerecht, als der Rassismus in unterschiedlichen Produktionsweisen existiert. Robert Miles weist zu Recht darauf hin, daß Rassismus kein "Produkt" des Kapitalismus ist, sondern sich bereits in vorkapitalistischen Gesellschaften Europas herausbildete: "Es

handelt sich, mit anderen Worten, um eine Ideologie, deren Existenzbedingungen zumindest teilweise von den Interessen der Bourgeoisie unabhängig sind, einer für die kapitalistische Produktionsweise und mithin für eine bestimmte Geschichtsepoche spezifischen Klasse."²

Der Rassismus erlaubt die Reduktion gesellschaftlicher Komplexität und erleichtert die Reproduktion der sozio-ökonomischen Realität. Durch ihn findet eine "Verschiebung und Verdrängung anderer sozialer Antagonismen in den Rassengegensatz" statt: "Mit der Verschiebung der Gegensätze geht ein aktives Vergessen einher, eine dynamische Ersetzung, die psychische Gewalt fordert."³ Der Rassismus ist eine Ideologie ethnischer Überlegenheit, die in Situationen sozialer Schwäche zur Unterwerfung gegenüber Stärkeren verführt. Genauso wie sein Zwillingsbruder, der Nationalismus, dient er in aller Regel als politisch-ideologischer Kitt: "In den kapitalistischen Gesellschaften Europas und Nordamerikas muß die Wirksamkeit des Rassismus dort verortet werden, wo sich zwischen den Kämpfen und konfligierenden Interessen von Bourgeoisie, Kleinbürgertum und Arbeiterklasse (und ihren diversen Fraktionen) Risse auf-tun."⁴



Rechtsextremismus und Rassismus in der (ehemaligen) DDR

Die DDR war eine monokulturelle Gesellschaft mit relativ wenigen ausländischen Bewohnern (ca. 1 Prozent der Gesamtbevölkerung) und minimalen Berührungsfächen zwischen Einheimischen und Fremden. Sie schottete ihre Bürger/innen nicht nur durch Ausreiseverbote und restriktive Visabestimmungen nach außen ab, sondern isolierte, ja ghettoisierte und kasernierte Ausländer in Wohnheimen mit Lagercharakter. Persönliche Kontakte der einheimischen Bevölkerung zu Ausländern waren offenbar unerwünscht, zwischenmenschliche Beziehungen im Privatbereich selten. "Fremde Kulturen wurden, wenn überhaupt, nur per Medien wahrgenommen, eine aktive Auseinandersetzung mit ihnen konnte nicht erfolgen."⁵ Die von offizieller Seite propagierte Solidarität beschränkte sich auf Jubelveranstaltungen für nationale Befreiungsbewegungen der sog. Dritten Welt und die "sozialistischen Bruderländer" sowie zeitlich befristete Einsätze von Angolanern, Mosambikanern und Vietnamesen in Arbeitsbrigaden. "Der politisch immer wieder gebetsmühlenartig betonte 'Internationalismus der Völkerfreundschaften' stand im Widerspruch zur Hermetik der Gesellschaft, die weder eine Auseinandersetzung mit den 'Fremden' innerhalb der Gesellschaft noch (wegen der bekannten

Reisebeschränkungen) im Ausland ermöglichen konnte."⁶

Offenen und verdeckten Rassismus gab es in der DDR nicht erst nach der "Wende" 1989/90; vorher war er nur tabuisiert, aus dem politischen Diskurs und dem öffentlichen Blickfeld verbannt: "Seit Jahrzehnten wurde das alt neue Thema Fremdenhaß verdrängt, wurden seine Entladungen systematisch bagatellisiert."⁷ Als die Mauer fiel, ergoß sich nicht nur eine Welle rechtsextremer Propagandamaterialien über die DDR, sondern wurde mit dem Rassismus auch ein Ventil für Bewohner geöffnet, die blieben, aber mit ihren Lebensumständen keineswegs zufrieden waren.

Jugendlicher Rechtsextremismus wurde als Rowdytum verharmlost oder zum Westimport erklärt. Wirkliche Ursachenforschung war verpönt.

Die DDR war ein Staat, in dem Deutschnationalismus fortgesetzt und kultiviert wurde⁸. Nach der BRD-Westintegration wurde die Losung der Wiedervereinigung illusionär, so daß sich die SED in der nationalen Frage umorientierte, diese entweder ganz ignorierte oder adaptierte, indem sie mit erheblicher

Verzögerung zu Beginn der 70er Jahre die Konzeption einer "sozialistischen deutschen Nation" propagierte.

Wenn Neonazis auftauchten, half man sich mit der Hypothese, es handle sich um das Resultat kapitalistischer Machenschaften und Moden, um besonders üble Versuche der ideologischen Diversion durch den Klassenfeind. Jugendlicher Rechtsextremismus wurde als Rowdytum verharmlost oder zum Westimport erklärt. Wirkliche Ursachenforschung war verpönt, Forschungsergebnisse wurden nicht publiziert, sondern bewußt ignoriert - selbst dann noch, als sich zu Beginn der 80er Jahre die Anzeichen für eine jugendliche Subkultur mit fließenden Übergängen zum Rechtsextremismus, neofaschistische Exzesse und politische Prozesse gegen Skinheads häuften⁹. "Der Einsatz polizeilicher Mittel sollte die 'vom Westen Verführten' wieder zur Ordnung rufen."¹⁰

Die sog. Neue Rechte in der "alten" Bundesrepublik: "Ethnopluralismus" und "Befreiungsnationalismus" als der Weißheit letzter Schluß?

Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre veränderte die extreme Rechte der Bundesrepublik ihr Gesicht, modernisierte Ideologie, Organisation und Programmatik. Grundlage dafür bildete die Theorie vom

* Dr. Christoph Butterwege, Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Bremen

„Ethnopluralismus“, aus der die Strategie eines „Befreiungsnationalismus“ abgeleitet wurde¹¹. Man geht von drei Großgruppen („Europide“, „Negroide“ und „Mongolide“) als anthropologischen Konstanten bzw. historischen Subjekten aus, die ihr Territorium „triebgemäß“ verteidigen und dafür sorgen, daß keine Vermischung zwischen Völkern/Rassen stattfindet. Vielmehr sollen sie getrennt voneinander ihre kulturellen Besonderheiten (religiöse Riten, Sitten und Gebräuche) pflegen. Im Unterschied zum „Ethnozentrismus“ erscheint der „Ethnopluralismus“ als Konzept, das allen Völkern die freie Entfaltung ihrer Eigenart sichert und auf Gleichwertigkeit/-berechtigung basiert, obgleich nunmehr von „kultureller Überfremdung“ die Rede ist und die intendierte Rassentrennung deutliche Parallelen zum südafrikanischen Apartheidssystem aufweist.

Innenpolitisch bedeutet „Ethnopluralismus“ eine restriktive Asyl- und Einwanderungspolitik, die scheinbar im Interesse der fremden Völker selbst liegt; außenpolitisch führt er zur Forderung nach einer Neuordnung der Welt mit Hilfe eines „Befreiungsnationalismus“, der ein reaktionär verbogener Antimperialismus ist. Dieser richtet sich, seit die Sowjetunion als „Supermacht“ und Vielvölkerstaat nicht mehr existiert, hauptsächlich gegen die USA: „Die neue Rechte setzt ganz überwiegend auf den Antiamerikanismus als zukünftige politische Triebkraft, und sie mischt ihm zum Teil antikapitalistische Elemente bei.“¹²

Dahinter steckt die Idee einer „Nation Europa“ als neuer Weltmacht, womit Deutschland aufgrund seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit die Hegemonie zufallen würde. Das Ergebnis wäre durchaus mit Expansionsplänen des Hitler-Faschismus zu vergleichen, die 1945 zum Glück nicht mehr in die Wirklichkeit umgesetzt werden konnten, andernfalls sie die Welt völlig verändert hätten¹³. Die Strategie der sog. Neue Rechten bezieht die Schaffung des EG-Binnenmarktes 1992/93 mit ein und macht ihn zum Handlungsrahmen und zum Kristallisationspunkt ihrer Konzeption der ökonomischen, politischen und militärischen Integration. „Die radikale und extreme Rechte präsentiert einen Euro-Chauvinismus und Kulturrassismus; sie versucht, Regionalismen, völkische Nationalismen und einen rassistischen Eurozentrismus zu integrieren.“¹⁴ Kriterium für die Volkszugehörigkeit ist

nicht mehr eine bestimmte „Rasse“, sondern die (aus taktischen Gründen um den Europagedanken zentrierte) „nationale Identität“. Aufgrund dieser Neuorientierung rechtsextremer Ideologie sollte der Begriff „Rassismus“ erweitert, können nicht nur pseudogenetisch, sondern auch kulturell begründete Ausschließungspraxen darunter subsumiert werden¹⁵. Der „Kulturrassismus“ unterscheidet sich vom „biologi(sti)schen Rassismus“ jedoch bloß durch seine Begründung.

„Die Neue Rechte setzt ganz überwiegend auf den Antiamerikanismus als zukünftige politische Triebkraft, und sie mischt ihm zum Teil antikapitalistische Elemente bei.“

„Wohlstandschauvinismus“ gegenüber Zuwanderern aus der sog. Dritten Welt wird heute zur Grundlage einer Verabsolutierung der nationalen Homogenität. „Die Abwehr von Flüchtlingen als ‚Wirtschaftsasyllanten‘ drückt nicht nur ein inhumanes Werturteil aus, sondern auch die unverhohlene Angst, relative Besitzstände zu verlieren, wenn international die vorhandenen Güter verteilt würden.“¹⁶ Der Neorassismus erscheint weniger expansionistisch-missionarisch als sein Vorläufer, ist eher reaktiv und mehr defensiv-konsolidierend ausgerichtet¹⁷.

Zwischen „Ausländerfeindlichkeit“ und einer Ausländerpolitik, die man als „institutionalisierten Rassismus“ bezeichnen kann, besteht eine enge Wechselwirkung: Beispielsweise war es kein Zufall, daß Wahlerfolge rechtsextremer Parteien (REpublikaner, DVU) gegen Ende der 80er Jahre ein völkisch-nationalistischer Entwurf für ein neues Ausländergesetz folgte, den Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann zu verantworten hatte¹⁸. Die im April 1990 vom Bundestag verabschiedete Neuregelung ist widersprüchlich, weil sie sowohl die Einbürgerung als auch die Aus-

(West-)Europa wird systematisch zur „Wohlstandsfestung“ ausgebaut, wobei das Schengener Abkommen eine Schlüsselrolle spielt.

weisung erleichtert. Partiellen Verbesserungen für die Situation der Ausländer/innen stehen gravierende Mängel, viele Verschlechterungen und neue Benachteiligungen gegenüber¹⁹. Auf die Dauer wird es keine juristische Lösung des „Ausländerproblems“, das eigentlich ein Inländerproblem ist²⁰, geben. Denn das Weltflüchtlingsproblem spitzt sich nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus und dem Zerfall der Sowjetunion - entgegen optimistischen Prognosen am Schluß der Ost/West-Konfrontation - vermutlich weiter zu²¹, wodurch sich dem Neorassismus ein guter Nährboden bieten dürfte. Da Westeuropa (und insbesondere die Bundesrepublik) zum Ziel dieser Wanderungsprozesse wird, ist für viele Jahre mit hohen Immigrantenzahlen zu rechnen. Die hochentwickelten Industriestaaten schotten sich jedoch immer mehr gegen Einwanderer, Arbeitsmigranten und Asylsuchende aus der sog. Dritten Welt ab. Die Situation erscheint paradox: Während die Grenzen in Europa immer durchlässiger werden, errichtet man wieder neue Mauern. (West-)Europa wird systematisch zur „Wohlstandsfestung“ ausgebaut, wobei das Schengener Abkommen mit verschärften Kontrollen der Außengrenzen, strengen Visabestimmungen für sog. Drittausländer, einer „Harmonisierung“ der Asyl- und Einwanderungsbestimmungen, einem supranationalen Fahndungs- und Sicherheitsverbund, Informations- und Datenaustausch sowie einer Vorverlagerung polizeilicher Überwachung in die Privatsphäre der Bürger eine Schlüsselrolle spielt²².

Multikulturalismus, neuer Internationalismus und Kosmopolitismus

Man wird nicht als Rassist geboren, sondern dazu im Laufe der Zeit gemacht: „Erziehung zur Verachtung des Fremden beginnt in der Wiege und ist unbewußt während des ganzen Lebens gegenwärtig.“²³ Das fängt mit dem Lied „Zehn kleine Negerlein“ (früher mit sog. Nick-Negern und dem „Sarotti“-Mohr) im Kindergarten an, erfolgt über Comics und Trivalliteratur²⁴, über Juden- und Türkenwitze, Gewaltvideos und die Cliquesbildung in der Schule ebenso wie durch Statistiken über eine angeblich signifikant höhere Ausländerkriminalität, Horrorberichte über stehende Sinti und Roma, kurdische Dealer und polnische Schieber, Schmuggler oder Schwarzarbeiter.

„Interkulturelles Lernen“ kann dazu beitragen, Vorurteile abzubauen, Klischees zu widerlegen und Ressentiments zu beseitigen²⁵. Antirassismus ist jedoch eine Aufgabe, mit der Psychologie und (Sozial-)Pädagogik überfordert sind, wenn die Politik versagt und keine neuen Rahmenbedingungen schafft. Denn es reicht nicht aus, Mentalitäten durch Erziehung zu verändern, sondern muß darum gehen, die tradierten, in Rechtsnormen gegossenen Machtstrukturen und kulturellen Verhaltensmuster zu ändern, damit ein humanerer Umgang mit ethnischen Differenzen möglich wird²⁶.

Wenn Rassismus primär das Ergebnis sozioökonomischer Konflikte in und zwischen Gesellschaften ist²⁷, kann er bloß durch Überwindung der ihnen zugrunde liegenden Interessengegensätze und/oder Aufklärung über diese Zusammenhänge zurückgedrängt werden. Mit Appellen zu mehr Toleranz ist es nicht getan, weil der Aversion gegenüber Fremden reale Konkurrenzverhältnisse zugrunde liegen. Die materiellen Grundlagen für „Ausländerfeindlichkeit“ müssen zerstört, die Voraussetzungen für eine sozial gerechte, ökologisch verträgliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geschaffen werden. Die Geschichte der DDR lehrt, daß man keinen „antifaschistischen Schutzwall“ errichten kann, soweit sich der Sozialismus hinter Mauern und Stacheldraht verwirklichen läßt. Um den Rechts extremismus/Rassismus zurückzudrängen, bedarf es einer überzeugenden Alternativkonzeption²⁸.

Die „multikulturelle Gesellschaft“ ist bisher mehr ein - durchaus mißverständliches - Schlagwort als ein erprobtes Modell. Der Begriff wird einerseits benutzt, um die gesellschaftliche Realität zu beschreiben, andererseits im Sinne einer Zielbestimmung verwandt²⁹. Seine analytisch-deskriptive Aussagekraft ist beschränkt, seine normativ-visionäre Resonanz über Parteigrenzen hinweg dagegen beachtlich. „Multikulturell“ meint nicht, daß keine Probleme zwischen den verschiedenen Ethnien auftreten, sondern Demokratie politische Harmonie bedeutet. Wenn man darunter nicht nur die (friedliche) Koexistenz unterschiedlicher Volksgruppen, vielmehr eine neue Form, die Zivilisierung und Kultivierung ihres Zusammenlebens versteht, muß Rechtsgleichheit herrschen. „Streit, Mord und Totschlag zwischen Volksgruppen gibt es nur bei rechtlicher Diskriminierung, wenn Sparta fröhliche Urständ feiert, wenn ver-

hindert wird, daß in einem Staat multikulturell gelebt werden kann, und wenn Zwei-Klassen-Systeme mit unterschiedlichen Rechten für die Menschen errichtet werden.“³⁰

Antirassismus ist jedoch eine Aufgabe, mit der Psychologie und (Sozial-)Pädagogik überfordert sind, wenn die Politik versagt.

Ein merkwürdiger Widerspruch westlicher Demokratien besteht in formaler Rechtsgleichheit der Staatsbürger und sozialer Klassenunterschiede der Wirtschaftssubjekte. In der Ausländerpolitik ist es genau umgekehrt: „Gastarbeiter“ sind im Berufsleben mit deutschen Kollegen gleichgestellt (wenngleich sie nicht immer gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhalten), was sich in Betriebs- und Personalratssitzen für Ausländer/innen manifestiert, aber auf der politischen Ebene benachteiligt.

Das Kommunalwahlrecht für Ausländer/innen würde deren Integration durch die politische Partizipation auf Ortsebene fördern, die Demokratie stärken und den Rassismus zurückdrängen³¹. Es reicht jedoch keinesfalls aus. Nötig wären Regelungen zur kollektiven Einbürgerung, die „Entnationalisierung der Staatsangehörigkeit“ und die Möglichkeit doppelter Staatsbürgerschaften³². Weitere Schritte zur Ausländeremanzipation sind ein Niederlassungsrecht sowie Einwanderungs- und Antidiskriminierungsgesetze³³.

Die verschiedenen Gruppen, denen heute mehr als früher Haß und Mißgunst entgegenschlagen, Gastarbeiter, Asylsuchende, Aus- und Übersiedler, dürfen nicht auseinanderdividiert und gegeneinander ausgespielt werden. Die Spaltung in mehrere Statusgruppen führt fast zwangsläufig zur Schwächung aller, die sich der Ausgrenzung einzelner Betroffener widersetzen³⁴. Wer die „Asylanten“ zu Sündenböcken macht, lenkt von der eigenen Verantwortung für gesellschaftliche Mißstände ab und erweitert gleichzeitig den Handlungsspielraum für Maßnahmen gegen die Mehrheit der einheimischen Bevölkerung, wie etwa Sozialabbau oder polizeiliche Überwachung³⁵. Daher muß die Entrechtung der politischen Flüchtlinge nicht nur um der Betroffenen selbst willen, sondern auch zwecks Sicherung der sozialen und

demokratischen Grundrechte bekämpft werden.

Multikulturalität verbessert Arbeits- und Lebensbedingungen der Einwanderer sowie die Entfaltungsmöglichkeiten der Einheimischen, während Rassismus die Bevölkerungsmehrheit - auch Deutsche - an der Befriedigung sozialer, kultureller und ökonomischer Interessen hindert³⁶. Geboten erscheint die Entwicklung eines Internationalismus/Kosmopolitismus neuen Typs, d.h. eines Weltbürgerbewußtseins, das sich der Herausforderung durch die globalen Probleme (Kriegsgefahr, Naturkatastrophen, Seuchen, Hunger, Analphabetismus usw.) stellt und die Lösung in einer gemeinsamen Anstrengung aller Menschen, gleich welcher Nation oder „Rasse“, sucht.

Anmerkungen

- Vgl. Richard C. Lewontin u.a., Die Gene sind es nicht..., Biologie, Ideologie und menschliche Natur, München/Weinheim 1988, S. 96 ff.
- Robert Miles, Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs, Hamburg 1991, S. 131 f.
- Wieland Elfferting, Funktion und Struktur des Rassismus. Eine Theorieskizze, in: Otger Auzan u.a. (Hrsg.), Theorien über Rassismus. Eine Tübinger Veranstaltungsreihe, Berlin (West)/Hamburg 1989, S. 102.
- Robert Miles, Rassismus, a.a.O., S. 75.
- Frank Schumann, Glätzen am Alex. Rechtsextremismus in der DDR, Berlin 1990, S. 29.
- Wilhelm Heitmeyer, Wenn der Alltag fremd wird. Modernisierungsschock und Fremdenfeindlichkeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/1991, S. 853.
- Irene Runge, Ausland DDR. Fremdenhaß, Berlin (DDR) 1990, S. 12.
- Vgl. Heinz Engelstädter/Otto Seiffert, Die schleichende Gefahr. Europa, die Deutschen, Nationalismus und Neofaschismus, Berlin (DDR) 1990, S. 9.
- Vgl. hierzu: Peter Ködderitzsch/Leo A. Müller, Rechtsextremismus in der DDR, Göttingen 1990, S. 11 ff.
- Gunhild Korfus, Rechtsextremistische Orientierungen in der DDR-Jugend: wie sind sie entstanden?, in: Magistratsverwaltung für Jugend, Familie und Sport (Hrsg.), Jugend und Rechtsextremismus in Berlin-Ost. Fakten und Gegenstrategien, Berlin (DDR) o.J., S. 12.
- Vgl. zum folgenden: Reinhard Opitz, Faschismus und Neofaschismus, Frankfurt am Main 1984, S. 325 ff.; Martina Koelschitzky, Die Stimme ihrer Herren. Ideologie und Strategie der „Neuen Rechten“ in der Bundesrepublik, Köln 1986, S. 22 ff.; Margret Feit, Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik. Organisation - Ideologie - Strategie, Frankfurt am Main/New York 1987, S. 121 ff.
- Arno Klönne, Die Neue Rechte angesichts der deutschen Einheit, in: Christoph Butterwegge/Horst Isola (Hrsg.), Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Randerscheinung oder Gefahr für die Demokratie?, Mit einem Vorwort von Eckart Spoo, 3. Aufl. Bremen/Berlin 1991, S. 74.
- Vgl. Ralph Giordano, Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte. Die Pläne der Nazis nach dem Endsieg, Hamburg 1989.

- 14 Benno Hafener, Die "extreme Rechte" und Europa. Herausforderung für eine multikulturelle Gesellschaft, Frankfurt am Main 1990, S. 58
- 15 Vgl. Siegfried Jäger, Rassismus. Thesen zur Klärung eines umstrittenen Begriffs, in: Christoph Butterwegge/Horst Isola (Hrsg.), Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, a.a.O., S. 60
- 16 Klaus F. Geiger, Gesellschaft ohne Ausländerfeinde oder multikulturelle Gesellschaft, in: Otger Atrata u.a. (Hrsg.), Theorien über Rassismus, a.a.O., S. 139
- 17 Vgl. Frank-Olaf Radtke, Reaktiver Nationalismus oder Verfassungsschauvinismus?, Zur Entstehung aversiven Verhaltens gegen Zuwanderer im Sozialstaat, in: Karl A. Otto (Hrsg.), Westwärts - heinwärts?, Aussiedlerpolitik zwischen "Deutschmüdelei" und "Verfassungsauftrag", Bielefeld 1990, S. 77
- 18 Vgl. dazu: Hans Joachim Engster, Die neuen Ausländergesetze in der Bundesrepublik Deutschland und ihre historischen Vorläufer, in: Jens Geier u.a. (Hrsg.), Vielfalt in der Einheit. Auf dem Weg in die multikulturelle Gesellschaft, Marburg 1991, S. 25 f.
- 19 Vgl. ebd., S. 34
- 20 Vgl. dazu: Roland Tichy, Ausländer rein!, Warum es kein "Ausländerproblem" gibt, 2. Aufl. München/Zürich 1990
- 21 Vgl. Abraham Ashkenasi (Hrsg.), Das weltweite Flüchtlingsproblem. Sozialwissenschaftliche Versuche der Annäherung, Bremen 1988; Peter J. Opitz, (Hrsg.), Das Welt-

- flüchtlingsproblem. Ursachen und Folgen, München 1988
- 22 Vgl. hierzu: Erhard Stöting, Festung Europa. Grenzbeziehungen in der Ost-West-Migration, in: PROKLA 83 (1991), S. 249 ff.; Manfred Budzinski/Karin Clemens, Rausland oder: Menschenrechte für alle, Göttingen 1991, S. 145 ff.
- 23 Georgios Tsiakalos, Kulturrassismus in der Erziehung. Sind alle Nicht-Deutschen rückständig?, in: Rolf Italiaander (Hrsg.), "Fremde raus?", Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit - Gefahren für jede Gemeinschaft, Frankfurt am Main 1983, S. 211
- 24 Vgl. dazu: Norbert Bernhard, Tarzan und die Herrenrasse. Rassismus in der Literatur, Basel 1986
- 25 Vgl. z.B. Volker Nitzschke (Hrsg.), Multikulturelle Gesellschaft - multikulturelle Erziehung?, Stuttgart 1982; Ursula Schneider-Wohlfahrt u.a. (Hrsg.), Fremdheit überwinden. Theorie und Praxis des interkulturellen Lernens in der Erwachsenenbildung, Opladen 1990
- 26 Vgl. Frank-Olaf Radtke, Institutionalisierte Diskriminierung - zur Verstaatlichung der Fremdenfeindlichkeit, in: Rainer Bauböck u.a. (Hrsg.), ...und raus bist du!, Ethnische Minderheiten in der Politik, Wien 1988, S. 123
- 27 Imanuel Geiss, Geschichte des Rassismus, Frankfurt am Main 1988, S. 323
- 28 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Rechtsextremismus vor und nach der Wiedervereinigung. Grundlagen - Gefahren - Gegenstrategien, in: ders./Horst Isola (Hrsg.), Rechtsex-

- tremismus im vereinten Deutschland, a.a.O., S. 27 ff.
- 29 Vgl. Axel Schulte, Multikulturelle Gesellschaft: Chance, Ideologie oder Bedrohung?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 23/24 1990, S. 5 ff.
- 30 Heiner Geißler, Zugluft. Politik in stürmischer Zeit, 3. Aufl. München 1990, S. 200
- 31 Vgl. dazu: Klaus Sieveking u.a. (Hrsg.), Das Kommunalwahlrecht für Ausländer, Baden-Baden 1989
- 32 Siehe Lutz Hoffmann, Die unvollendete Republik. Einwanderungsland oder deutscher Nationalstaat, Köln 1990, S. 167 ff.
- 33 Vgl. Rosi Wolf-Almanasreh, Asyl und Migration. Die Lage der nichtregistrierten Einwanderer, in: Heiner Boehnke/Harald Wittich (Hrsg.), Bundesdeutschland. Ansichten zu einer multikulturellen Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 56 ff.
- 34 Vgl. Darmstädter Initiative gegen Rassismus (Hrsg.), Weg mit den Ausländergesetzen!, Für eine anti-rassistische Bewegung in der Bundesrepublik, 3. Aufl. Darmstadt 1989, S. 33
- 35 Vgl. Heiko Kaufmann, Fremdenfeindlichkeit als Regierungspolitik. Von der Demontage eines Grundrechts zum Verlust der politischen Kultur, in: ders. (Hrsg.), Kein Asyl bei den Deutschen. Anschlag auf ein Grundrecht, Reinbek bei Hamburg 1986, S. 31
- 36 Vgl. Klaus F. Geiger, Gesellschaft ohne Ausländerfeinde oder multikulturelle Gesellschaft, a.a.O., S. 146

Joachim Spangenberg: Umwelt und Entwicklung - Argumente für eine globale Entwicklungsstrategie, Schüren Presseverlag GmbH, Marburg 1991

Rechtzeitig vor Beginn der Mitte diesen Jahres in Rio de Janeiro stattfindenden UNO-Konferenz "Umwelt und Entwicklung" ist von Joachim Spangenberg - bekannt und aktiv in der Umweltbewegung und derzeit Mitarbeiter beim Deutschen Umweltag - ein Buch zum gleichnamigen Thema fertiggestellt worden, dem eine weite Verbreitung zu wünschen und das auch vom Europarat zum Gebrauch für die Umweltverbände empfohlen worden ist. In den Teilen 1 und 2 "Der Status quo im Süden", "Die Bedrohung der Natur" werden kompakt bedrückende Fakten und Zusammenhänge geboten und inhaltlich in anschaulicher Weise aufbereitet. Vielfach nur zersplittert in der weit gefächerten Literatur vorliegend werden sie hier zusammengeführt und sind damit eine große Hilfe für die Arbeit von Dritte Welt Initiativen und entwicklungspolitisch Interessierten für die konkrete Arbeit vor Ort. Einen besonderen Stellenwert nimmt im ersten Teil das Kapitel "Wirtschaft und Weltwirtschaft" ein. Und warum dies ein Thema ist, wird spätestens deutlich, wenn man in geraffter Form das Funktionieren der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung und ihrer spezifischen Mechanismen für Ausbeutung von Mensch und Natur gelesen hat. Eine Klarheit in punkto Ursachen, die dem Brundtland-Bericht für den von dieser Wirtschaftsordnung durchdrungenen Teil der Welt fehlt. Sie ist wichtig, um die Entstehung und Verfestigung von Problemen in der Umwelt, im sozialen und wirtschaftlichen Bereich sowie ihren wechselseitigen Verknüpfungen zu begreifen. Diese Akzentsetzung verleiht dem Buch zusätzliche Stärke.

Das Scheitern der "grünen Revolution"

In Teil 3 setzt sich der Autor mit von den westlichen Industriestaaten bislang entwickelten - Revolutionierungskonzepten für Land- und Forstwirtschaft in der

Dritten Welt und ihrem Scheitern kritisch auseinander. Am Scheitern der "grünen Revolution" wird das z.B. klargemacht. Hier sind in den jeweiligen Ländern durch das Vordringen kapitalistischer Wirtschaftsformen im Zusammenspiel mit geeigneten politisch-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen traditionelle Landbauformen zerstört worden. Konsequenzen, die nicht nur den Naturhaushalt, sondern auch tief verwurzelte Sozialstrukturen zerstörten. Dabei wird deutlich, daß auch dieses Konzept nur ein Spezialfall des Zusammenwirkens neuer technologischer und wirtschaftlicher Errungenschaften der Eliten der Dritten Welt mit den Industrien des Nordens gegen die Bevölkerung der armen Länder des Südens ist.

Gen- und Biotechnologien

Wenn schon von der "grünen Revolution" für die Dritte Welt nichts Gutes zu erwarten war, dann gilt dies genauso für einen massiven Einsatz von Gen- und Biotechnologien als propagierten Problemlösern. Eine Überwindung der Unterentwicklung ist hiermit nicht möglich. Wichtiger dafür wären - so der Autor - die Förderung einer agrarzentrierten Entwicklung mit möglichst geringer Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten und Rohstoffexporten. Im Teil 4 "Die umweltgerechte Entwicklung" werden dann für die Entwicklungsländer Auswege aus der Krise vorgestellt. Sie verdeutlichen, daß auch dort wirtschaftliche und soziale Wohlfahrt ohne Naturzerstörung möglich wäre. In kritischer Würdigung des Brundtland-Berichts hat hierfür die ELCI in Nairobi - eine weltweite Dachorganisation von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen und vertreten bei der dortigen Umweltorganisation der Vereinten Nationen - eine Reihe bedeutsamer, darüber hinaus reichender Vorschläge unterbreitet. So etwa zur Verbesserung der Austauschverhältnisse zwischen Nord

und Süd und zur Lösung der Schuldenkrise einschließlich eines dafür notwendigen Schuldenerlasses. Allen Vorschlägen gemeinsam ist eine Fülle an Möglichkeiten für Reformen, die nur konsequent durchgesetzt und genutzt werden müssen. Andererseits gibt es noch offene Flanken, besteht noch weitergehender Handlungsbedarf. An der Lösung weltwirtschaftlicher Probleme muß deshalb auch von Seiten der Umweltbewegung beharrlich weitergearbeitet werden. Eine interessante Grundlage gibt hier z.B. das Papier der Grünen für eine ökologisch-solidarische Weltwirtschaft ab. Bei einer weiteren Auflage des hier besprochenen Buches sollten die dort vorgestellten konkreten Reformvorschläge mit berücksichtigt werden.

Gewalt als Methode

Im Teil 5 wird im Anhang 1 "die historische Entwicklung des Nord-Süd-Verhältnisses" und im Anhang 2 das Thema "Entwicklung und globale Weltpolitik - auf dem Wege ins 3. Jahrtausend europäischer Zeitrechnung" behandelt. Die Nachzeichnung der historischen Entwicklung zeigt, daß der Reichtum Europas auf Sklavenhandel und Kolonialzeit gründet. Auf anderen Wegen und mit anderen Mitteln hat sich die Anhäufung von Reichtum fortgesetzt. Immer mehr Staaten des Nordens sind daran beteiligt. Die Gewalt als Methode ist geblieben. Heute gründet ihr Reichtum auf Wirtschaftsimperalismus und militärischem Interventionismus. Solche für eine demokratische Weiterentwicklung der Weltgesellschaft untauglichen Methoden der Macht- und Herrschaftsausübung verschärfen nur die Probleme auf dem Erdball und verlagern sie in das 21. Jahrhundert hinein. Die Tendenz zu gewaltsamen und damit untauglichen Lösungen bleibt. Anhang 2 im Teil 5 ist ein kurzer Abriss von Ausgangspunkt und Entwicklung sowie inhaltlichen Schwerpunkten der internationalen Umweltpolitik. Er reicht von der 1. Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm 1972, der Gründung der UNEP, ersten Berichten und Reports (Club of Rome, Bariloche, Global 2000, Palme- und Brandt-Kommission, Brundtland-Bericht).

Gescheitertes Fortschrittsmodell

Als Ergebnis wird festgehalten, daß die wichtigsten Probleme der internationa-



Besitzen Sie BAYER-Aktien?
 Dann wenden Sie sich mit uns gegen diese Politik auf der BAYER-Hauptversammlung am 29. April in Köln.
Übertragen Sie Ihr Stimmrecht an die:
 Kritischen BAYER-AktionärInnen
 Hofstr. 27a 5650 Solingen 0212/334954
 Weitere Informationen senden wir Ihnen gerne zu.

BAYER- ein Kreuz erobert die Welt

Repression gegen brasilianische GewerkschafterInnen.
 Gentechnische Konstruktion von Lebewesen.
 Geschäfte mit dem Blut der Armen.
 Prozesse gegen KritikerInnen.
 Gesundheitszerstörende Arbeitsbedingungen in Südafrika.
 Umweltgifte aus erster Hand.

len Umweltzerstörung zwar rechtzeitig erkannt und benannt, Lösungsvorschläge eingefordert und vorgelegt worden sind. Die Umsetzung in praktische Politik ist bisher jedoch weitgehend als gescheitert zu betrachten. Insbesondere wegen der Dominanz wirtschaftlicher Interessen haben sich Umweltschutzzinteressen weltweit nicht durchsetzen können. Gerade deswegen ist - so wird hervorgehoben - der Ansatz der Brundtland-Kommission besonders interessant, weil er eine Integration beider Bereiche - Wachstum und Entwicklung - anstrebt, bisher allerdings eben auch weitgehend vergeblich. Die Ursachen dafür sind in Industrie- und Entwicklungsländern nur teilweise vergleichbar. Verbindendes und grundsätzliches Problem ist aber das den Entwicklungen zugrundeliegende Fortschrittsmodell, das von einer wachstums- und industriefixierten kapitalistischen Ökonomie ausgeht und das zugleich arm und reich produziert. Eine Abkehr von diesem Leitbild und den ihm zugrundeliegenden Mechanismen im ökonomischen Bereich ist überlebenswichtig. Ansätze zur Überwindung der Probleme und für eine an Umwelt und Entwicklung ausgerichteten Politik oder immerhin zu ihrer besseren Regulierung sind vorhanden und müssen beschränkt werden (s.o.). Ob sie genutzt werden, hängt davon ab, ob in den einzelnen Völkern - gerade denen des Nordens - Bewußtsein wächst für eine Umkehr und hierdurch genügend Druck auf Politik und Wirtschaft ausgeübt wird. Erst dann - und darauf weist der Autor eindringlich hin - wachsen auch die Chancen für eine verbesserte internationale Kooperation, die bei mangelndem Willen der einzelnen Völker und ihrer Staaten von ständigen Rückschlägen bedroht bleibt. Gefährliche Rückschläge in einer Zeit, in der eine internationale, partnerschaftliche Kooperation zur Meisterung der globalen Herausforderungen immer dringlicher für das Überleben von Mensch und Natur geworden ist. Allein die wachsenden Probleme zwischen und innerhalb der kapitalistischen Zentren EG, USA und Japan und jenen in der zerfallenen Sowjetunion bieten genügend Anlaß, möglichst rasch dafür zu sorgen, daß die Lunte am Pulverfaß nicht weiter brennt.

Dr. Detlef Bimboes, Wiesbaden (Der Beitrag erschien zuerst in der Zeitschrift "Wechselwirkung", Ausgabe 54, 1992)

Monika Rosenbaum:
Frauenarbeit und Frauenalltag
in der Sowjetunion
Verlag: Westfälisches Dampf-
boot Münster 1991

Sicherung des "Erfahrungswissens" über das "Modell Sowjetunion"

Mit Beginn des Jahres 1992 ist die Sowjetunion und mit ihr ein Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsmodell real implodiert - ein Prozeß, der sich an ihren Peripherien und in ihren Vertragsstaaten seit 1989 krisenhaft angekündigt und vollzogen hat. Wir sind Zuschauer historischer Entwicklungsprozesse geworden, mit unzureichenden Deutungsmustern und brüchiger Verstehenskompetenz. Die Rezension einer Arbeit zu Frauenerwerbstätigkeit und Frauenalltag in der ehemaligen europäischen UdSSR ist aus dieser Perspektive ein schwieriges Unterfangen, denn das gesellschaftliche Bezugssystem des Buches gehört der Vergangenheit an. Geblieben sind dennoch viele der in der Arbeit thematisierten Strukturen, die Widersprüche, denen Frauen sich in den Nachfolgestaaten der SU gegenübersehen und nicht zuletzt die Menschen selbst. Aktuell sind die Gleichberechtigungsbemühungen der russischen und baltischen Frauen, von denen die Arbeit handelt. Ihre wie unsere Interessen fragen nach gesellschaftlichen und (sozial-)staatlichen Lösungsformen - haben sich doch die traditionellen Muster als unvereinbar mit unseren Partizipationswünschen an Gesellschaft und Öffentlichkeit erwiesen. Die Frauenfrage wird nach neuen und vor allem gesellschaftlichen Lösungen weiterhin suchen - die Wiederauferstehung d(ies)es Gespenstes kann nicht ausgeschlossen werden.

Für die Frauenforschung geht es um die Sicherung des Erfahrungswissens über das "Modell Sowjetunion". Für diesen Prozeß erschwerend erweist sich der Tatbestand, daß - wie die Autorin schreibt - sich die Sowjetunion westlichen WissenschaftlerInnen und JournalistInnen gegenüber als verschlossener Staat gezeigt hat. So ist der Standpunkt der vorliegenden Arbeit der einer westlich geprägten Feministin, die fragt und Ant-

worten sucht und der der Kontakt zum Fremden partiell gelungen ist - ein Tatbestand, der das Buch an sich lesenswert macht.

Das Buch von ROSENBAUM ist vor allem wohlthuend neugierig geschrieben - und als überarbeitete Fassung einer Magisterarbeit auch systematisch. Der besondere empirische Wert liegt in der Auswertung sowjetischer, schwer zugänglicher Materialien. Unklar muß indessen die tatsächliche Reichweite verschiedener Aussagen und Schlußfolgerungen bleiben, denn es wird deutlich, daß die russischen und baltischen Frauen anders denken und fühlen als Frauen in Westeuropa.

Frauenpolitik im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen und Emanzipation

Der Aufbau der Arbeit folgt der Problemdeutung der Frauenemanzipationsfrage in industriell organisierten Gesellschaften besonders bezogen auf das Spannungsfeld der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Beschäftigungssituation von Frauen: befragt wird die marxistisch-leninistische Analyse zur Frauenfrage, der Problembereich der Arbeitsmarktsegregation wie Wertorientierungen und Lebensentwürfe russischer und baltischer Frauen.

Es geht ROSENBAUM um das Herausarbeiten der Widersprüche zwischen sozialistischem Entwurf und empirischer Praxis, wobei implizit ein sensibler Bereich der Frauenpolitik berührt wird: das Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen und Frauenemanzipation. Deutlich wird, daß Frauenpolitik in der SU in erster Linie Modernisierungspolitik war - es galt das antiindustrielle Potential, dem die Frauen zugerechnet wurden, mit den Mitteln der Agitation abzubauen. Die Autorin arbeitet heraus, daß sich die "Frauenfrage"

Europa 1993

Schwarzbücher und Konfusionen

Die Regierungschefs der Zwölf haben zum Finale für den Binnenmarkt geblasen. Unterschiedlich laut, mit unüberhörbaren Mißtönen, aber - nach mehreren gründlich verpatzten Proben - doch annehmbar als gemeinsames Orchester. Soweit sind alle Beteiligten nach der Maastrichter Regierungskonferenz ein-

(Fortsetzung v. Seite 54)

hierin erschöpfte und reduktionistisch beantwortet wurde: sie galt in dem Maße als gelöst, mit dem die Einbeziehung von Frauen in die Industrieproduktion vollzogen wurde. Die so entstehenden Widersprüche wurden abgespalten und einer doppelten Lösung zugeführt: ideologische Propagierung sowohl von Mutterschaft als auch von Selbstverwirklichung im Beruf. Das Ergebnis, die weibliche Arbeitskraft optimal auszubehuten, begründet einen von vielen Antagonismen der sowjetischen Politik. Die Einblicke, die in ROSENBAUMS Arbeit dann über den weiblichen Lebenszusammenhang gegeben werden, unterstreichen die lebensweltlichen Konsequenzen dieser Politik: die Lasten der sozialen wie ökonomischen Widersprüche werden den Frauen privat aufgebürdet - Wegorganisieren von Kindern, Lebensmitteleinkauf als Schatzsuche, räumliche Enge und zwangsweises Zusammenleben von Generationen unter einem Dach, obwohl genau dieser Sinnzusammenhang durch die Realität der industriellen Produktion verloren gegangen ist.

Als Leitkategorie ihrer Quellenanalyse bedient sich die Autorin des Begriffes des weiblichen Arbeitsvermögens nach BECK-GERNSHEIM. Sie findet eine hohe vertikale, branchenspezifische als auch horizontale, betriebsinterne Segregation des Arbeitsmarktes und Hinweise auf geschönte Statistiken, die Repräsen-

germaßen erleichtert, wirtschaftlich wird das geeinte Europa bis zum magischen Datum 1. 1. 1993 auch weitgehend fertiggestellt sein. Offensichtliche Mängel weist jedoch nach wie vor die politische Einigung auf: Weder sind alle Fragen im Zusammenhang mit der Abschaffung der Grenzen geklärt (z.B. gemeinsame Visa- und Asylpolitik), noch ist die politische Legitimation der EG-Institutionen in den Augen vieler Mit-

tanz von Frauen in Leitungspositionen betreffend. Die Gleichberechtigung der sowjetischen Frau erscheint als gleichberechtigte Teilhabe an der Dreckarbeit: Nacharbeit, schwere körperliche Arbeit, gesundheitsschädigende Arbeit, wobei die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen auf westlichem Niveau klafft. Wie in den westlich-kapitalistischen Ländern bewirkt das normative Muster Mutterschaft den realen Ausschluß von Frauen aus den Spären von Verantwortung, Macht und Prestige. Die Auswertung der Quellen gibt Hinweise darauf, daß sich die Gegensätze zwischen familialen Aufgaben und beruflichen Interessen nicht durch Kinderbetreuungseinrichtungen und Großküchen lösen lassen. Unklar bleiben an dieser Stelle allerdings die genauen Faktoren für diese Tatsachen: sind es die Pascha-Denkweisen der Männer? Ist es das Niveau der Produktivkraftentwicklung? Ist es die Qualität der Kinderbetreuung? Das Problem wird ansatzweise individuell gelöst - Scheidung, Einkindfamilie.

Perspektiven der Frauenpolitik in der Sowjetunion

Bezüglich der Perspektiven der Frauenpolitik in der Sowjetunion seit der Ära Gorbatschow unterscheidet ROSENBAUM verschiedene Diskurse. Ihrer Einschätzung nach entstehen sowohl Vorläufer einer spezifischen Frauenkultur als

gliedsstaaten und des Europaparlaments ausreichend verankert und von einer absehbaren gemeinsamen Außen- oder gar Sicherheitspolitik können im Moment ernsthaft nur Traumtänzer fabulieren. Die bundesdeutsche Linke hat Europa bisher weitgehend rechts liegen gelassen. Selten gab es eine größere Diskrepanz zwischen Reden und Handeln als zwischen dem lautstark und ohne Unterlaß formulierten kosmopolitischen Anspruch und der provinziellen Nabelschau des real existierenden, auf die vergleichsweise heile bundesdeutsche Öko- und Sozialwelt beengten, linken Denkens und Schreibens. Erst seit der ersten erfolgreichen (und friedlichen) Revolution auf deutschem Boden scheint ein tiefgreifender Sinneswandel einzutreten

(Fortsetzung nächste Seite)

auch Bewegungen, die mit einer Mischung aus "gesundem Patriarchenverständnis" und Modernisierungskritik auf einer natürlichen Arbeitsteilung bestehen. Die Arbeit schließt mit einem Exkurs - jeder nicht mit einer Bewertung. Hier gibt die Autorin Einblicke in ihre Erfahrungen und Erlebnisse, in die Struktur ihrer Begegnungen mit Frauen und Männern aus Rußland. Neben die Doppelbelastung und die spezifische Benachteiligung von russischen Frauen als Kategorien treten an dieser Stelle lebendige Beziehungen und Personen auf, wobei die Männer merkwürdig infantil bleiben. Das Buch macht Lust auf eine Reise nach Moskau. Sein Wert liegt in der Aufbereitung des Quellenmaterials und der Übertragung von Deutungsmustern aus der westlichen Frauenforschung in ein (ehemaliges) sozialistisches Schwellenland, die einen kategorialen Rahmen für weitere Untersuchungen und weiteren wissenschaftlichen Austausch bieten.

Die traditionelle geschlechtshierarchische Arbeitsteilung hat den real existierenden Sozialismus überlebt, sie wird auch seinen Untergang überleben, weshalb das Buch zur Lektüre empfohlen werden kann.

Katharina Gröning, Essen

Rosa (Europa-)Brille: Der Cecchini-Bericht

Freilich hat es an aufmerksamen Begleitern der Umsetzung des 1987 beschlossenen Weißbuchs zur Beseitigung der Hindernisse auf dem Weg zum Europäischen Binnenmarkt nie gefehlt. Als dankbaren Aufhänger fanden die meisten Kritiker den berühmten "Cecchini-Bericht", der unter dem Arbeitstitel "Die Kosten des Nicht-Europa" auf mehreren tausend Seiten ökonomische Höllenqualen für den Fall eines weiteren kleinstaatlichen Weiterwurstelns prophezeit und demgegenüber den zu erschaffenden Binnenmarkt als das Land, in dem Milch und Honig fließen werden, publizistisch wirksam anpries.

"Schwarzbuch EG-Binnenmarkt. Die vergessenen Kosten der Integration" heißt darum sehr hintersinnig ein Bändchen, das den Verkäufern der rosa Europabrillen auf theoretischer Ebene ins Geschäft pfuschen will. Zehn verschiedene Aufsätze versuchen, auf den verschiedensten Politikfeldern die dem Geist des radikalen Ordoliberalismus entspringenden Cecchini-Befunde zu hinterfragen, wobei sie - mehr oder weniger - von dem theoretischen Konzept der "Sozialen Kosten" nach Kapp zusammengehalten werden. Wenn dies auch wenig erhellend wirkt und der Anspruch des Vorworts, Konturen eines anderen, sozialistischen Europas aufzuzeigen, kaum eingelöst werden kann (wer kann das auch schon...?), so gebührt doch dem ganzen Band (bis auf den Demokratie-Artikel von Sühlo/Raulfs) das Verdienst, der neomodischen rot-grünen Mülli-Sicht "Das deutsche Wesen wird in Europa vergessen" nicht zu huldigen. Lesenswert sind insbesondere fünf Beiträge (ärgerlich ist dabei, daß die Identität der AutorInnen das Geheimnis des Herausgebers bleibt):

* Die Aufsätze von Götzmann/Seifert sowie Heine, die - nach einem Abriß der bisherigen EG-Regionalpolitik - die Entwicklungschancen unterschiedlich ausgestatteter Regionen gemäß ausgesuchter Indikatoren bzw. von Unternehmenstypen entlang dem europäischen Verflechtungsgrad ihrer Märkte analysieren. Zurecht stellt sich dabei die Frage, ob selbst eine erheblich effektivere Regionalförderung in den peripheren Gebieten einen - irgendwann sich selbst tragenden - Aufholprozeß induzieren kann bzw. ob sich die Abstände zu den Metropolen im EG-Binnenmarkt

nicht trotzdem noch schneller vergrößern werden.

* Die Artikel von Kasper/Schikora und Beckmann/John/Wathling lassen nach differenzierten Betrachtungen den klischeehaften Schluß des zu erwartenden allgemeinen Umwelt- und Sozialdumpings nicht mehr zu, auch wenn klar wird, daß beispielsweise eine Harmonisierung von Umweltschutzbestimmungen auf hohem Niveau in einem Europa ohne Grenzen nie zur Gänze umgesetzt werden kann und Konflikte mit Portugal oder Griechenland vorprogrammiert sind. An der Notwendigkeit von Eurobetriebsräten wird zudem der europäische Handlungsbedarf in der Sozialpolitik deutlich, wobei das Bild vom sozialen "Musterland Deutschland" in einigen wesentlichen Punkten Kratzer erhält, die durchaus mit Brüsseler Hilfe ausgebessert werden könnten.

* Erwähnt werden soll schließlich auch noch der Aufsatz von Metzger, der den AKP-Staaten sowie den südostasiatischen "Tigern" höhere Chancen im Binnenmarkt als den anderen, meist auf landwirtschaftliche Exporte angewiesenen Dritte-Welt-Ländern, einräumt.

Deregulierung und sozialistische Programmatik

Als Leitmotiv zeigt sich immer wieder die Sorge, eine Deregulierung bisher noch abgeschotteter oder zersplitterter Märkte würde die jetzige provinzielle Marktmacht kleinerer Betriebe - vermittelt über eine kurze Periode echter verbraucherfreundlicher Konkurrenz - langfristig durch eine universelle Vermachtung seitens einiger weniger überlebensfähigen Großkonzerne ersetzen. Freilich kann es kaum zur Freude gereichen, wenn für einzelne betroffene Branchen der Rückgang von einem Dutzend auf nurmehr ein paar relevante Anbieter prognostiziert wird. Daraus folgernd jedoch am Status Quo festhalten zu wollen, d.h. an einem immer noch ausgeprägten Hoflieferantentum für staatliche und quasistaatliche Bereiche, an regional begrenzter Marktbeherrschung durch kleinere Firmen, hat in meinen Augen auch wenig mit sozialistischer Programmatik zu tun.

Eine weitere Publikation, die ausdrücklich von links kommen will, beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Konzentrationsgefahr deregulierter Märkte.

Unter dem Titel "Konfusion am Binnenmarkt" hat Herausgeber Dietmar Bartz die 1989 und Anfang 1990 erschienenen knapp 80 Artikel der entsprechenden taz-Serie zusammengefaßt, aus der sich ein spannender, minutiös recherchierter Einblick in die Hintergründe weltweiter Konzernstrategien, Übernahmeschlachten, "Kon-Fusionen" zur Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt ergibt: Nicht nur die europäischen Unternehmen haben sich in den letzten Jahren die Startlöcher für 1993 gegraben, sondern vor allem auch japanische sind - aus Furcht vor einer "Festung Europa" - dazu übergegangen, EG-inländische Produktionen aufzubauen und damit in dem Spiel mit den jährlich dreistelligen Milliardenbeträgen mitzumischen. Die Tatsache, daß einige Entwicklungen inzwischen ganz anders verlaufen sind und daß die EG ihr neues kartellrechtliches Instrumentarium zum ersten Mal spektakulär zum Verbot einer Fusion eingesetzt hat, tut der Bedeutung der Darstellungen keinen Abbruch, sondern ist allenfalls Indiz für die Dynamik, die der Binnenmarkt-Prozeß inzwischen gewonnen hat. Allenfalls besteht die Gefahr, in dem Beteiligungsgewirr der Daimlers, Agnellis, Thomsons und wie sie alle heißen nach ein paar Dutzend Artikeln den Überblick zu verlieren - aber das liegt eher in der Natur der Sache als an den Recherchen.

Subventionswettbewerb und Nischenmärkte

Die sind in ihrer Stoßrichtung nicht über einen Kamm zu scheren, auch wenn der Herausgeber in der Einleitung diesen Eindruck zu erwecken versucht. So macht beispielsweise Bischoff (S. 119f.) deutlich, daß weitere Fusionsanstrengungen in der europäischen Unterhaltungselektronik angesichts des benötigten Kapital- und Know-How-Bedarfs durchaus überlebensnotwendig sein könnten. Aus den Artikeln über den Subventionswettbewerb in der europäischen Stahlindustrie ergibt sich als Schätzung ein Betrag von über 50 Mrd. DM, die die Öffentliche Hand einiger Mitgliedstaaten (nicht zuletzt Deutschland) in den 80er-Jahren für einen nach wie vor nicht liberalisierten Markt hinblättern durfte. Und wenn - zurecht - auf die "verschnarchte" Bundesbahn geschimpft wird, dann wirken gleichzeitig die Horrorszenerarien über liberalisierte bisherige Nischenmärkte wenig glaubwürdig.

Besonders lesenswert - nicht zuletzt, weil fundiert gegen den Mainstream der Jämmererfront geschrieben - die Beiträge von Hortense Hörburger zu den Sorgen europaweit operierender Unternehmen und ihrer Arbeitnehmervertretungen. Neben einem Plädoyer für eine europäische Rechtsform der AG, die die momentane Unübersichtlichkeit und den Zwang zum Taktieren mit den unterschiedlichen Systemen der Mitgliedsstaaten beenden sollte, findet sich der Hinweis auf eklatante Bruchlinien innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, die sich selbst nicht auf ein gemeinsames Modell europaweiter Mitbestimmung einigen kann. Witzig, aber mit sehr erstem Hintergrund, die Szenarien, wie das Wirrwarr in ein paar Jahren zur totalen Konfusion und Blockade führen könnte.

Interessant sind schließlich die Ausflüge in den - sonst oft vernachlässigten - Dienstleistungsbereich, wo für die Branchen Tourismus und Werbung - trotz theoretisch ökonomisch günstiger Voraussetzungen - aufgrund national sehr unterschiedlicher Konsumentengewohnheiten ein Fusionsschub bzw. Großangriffe auf neue Märkte in anderen EG-Staaten mit großer Zurückhaltung erwartet werden. Erwähnung verdient schließlich auch das Kuriositätenkabinett am Ende des Bandes, das das tagtägliche Chaos und die Schikanen für die EG-grenzüberschreitend lebende und arbeitende Bevölkerung sehr plastisch beschreibt.

Gerade letzteres Beispiel - aus der hochtrabend "Euregio Maas-Rhein" genannten Gegend bei Aachen - sollte verdeutlichen, daß Kleinstaaterei im Europa des ausgehenden 20. Jahrhunderts nicht mehr angesagt ist. Neben vielen in den beiden Bänden geäußerten Bedenken werden aktuell in Brüssel schon die nächsten Fallstricke für die Europabegeisterung der bundesdeutschen Linke ausgelegt: Die umfassende Liberalisierung der Netze von Energie (Strom und Gas), Bahn und Telekommunikation...

Ulli Stark, Eßlingen

Herbert Schui: Die ökonomische
Vereinigung Deutschlands, Bilanz
und Perspektiven
Distel Verlag, Heilbronn 1991
127 Seiten, 16 DM.

Herbert Schui ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. Als Mitbegründer der "Memorandum-Gruppe", einer Vereinigung von kritischen Sozialwissenschaftlern, bemüht er sich seit Jahren um die Formulierung gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Alternativen. In seinem neuen Buch, "Die ökonomische Vereinigung Deutschlands", kritisiert er die vorschnelle Währungsunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR und versucht Wege aufzuzeigen, wie die Deutschen der Krise entkommen können, die durch die überstürzte Vereinigung entstanden ist.

Der entscheidende Grund dafür, daß die in die Währungsunion gesetzten Erwartungen nach einem höheren Lebensstandard in Ostdeutschland nicht erfüllt werden konnten, liegt nach Schuis Auffassung vor allem darin, daß die Mark der DDR erheblich überbewertet wurde. Die Folge war, daß die in der damaligen DDR produzierten Güter mit einem Schlage auf dem nationalen wie dem internationalen Markt keine Abnehmer mehr fanden. Der Verlust der Konkurrenzfähigkeit auf dem östlichen Exportmarkt und die Öffnung für westliche Anbieter verschärfte die ohnehin schwierige Ausgangslage für die angeschlagene DDR-Ökonomie. Das effektive Ergebnis, so der Autor, bestand letztlich darin, daß die ostdeutschen Betriebe finanziell so geschwächt wurden und daher offen waren für westdeutsche Beteiligungen oder den Verkauf. Günstiger wäre es gewesen, auf der Grundlage eines realistischen Wechselkurses (der schließlich die Konvertibilität der Ost-Mark ermöglicht hätte) die Produktivität und Leistungsfähigkeit durch Strukturformen und westliche Direktinvestitionen zu stärken. Dies hätte vor allem die Aufwertung der DDR-Mark ermöglicht. Am Ende des Prozesses hätte dann die Währungsunion mit der Bundesrepublik oder die Integration der Ost-Mark in das europäische Währungssystem gestanden.

Die Ergebnisse der falschen Reihenfolge der Vereinigung von DDR und Bundesrepublik, konstatiert Schui, kann nur in einer langen Periode beseitigt werden. Bis dahin aber wird die Arbeitslosigkeit - und alles was damit zusammenhängt - im "neuen" Deutschland sehr ausgeprägt sein. Die Strategie der deutschen Wirtschaft geht einstweilen eher dahin, "...Schlüsselpositionen im Handel, im Finanzsektor, in der Energieversorgung und in den besonders ausbaufähigen Branchen, so dem Autobau, zu besetzen, um sich zu einem späteren Zeitpunkt möglicherweise ein weiteres Engagement offenzuhalten".

Nachdem die formelle Vereinigung vollzogen ist, sind nach Schuis Auffassung mindestens drei Ziele zu verfolgen, um den westdeutschen Lebensstandard in der ehemaligen DDR zu realisieren: Zunächst muß die ostdeutsche Wirtschaft modernisiert werden, um die Arbeitsproduktivität zu verdoppeln. Damit wäre westdeutsches Niveau erreicht. Außerdem müssen sich die ostdeutschen Betriebe aus der vormaligen Arbeitsteilung des RGW auskoppeln und neue Produkte anbieten, die in der westlichen Arbeitsteilung bestehen können. Daneben müssen alle am Wirtschaftsprozess Beteiligten lernen, mit dem neuen Kapitalismus umzugehen, um einen effizienten Kapitalismus zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Voraussetzungen (öffentliche Verwaltung, Unternehmertum und ein effizientes ökonomisches Zusammenwirken in allen Phasen der ökonomischen Leistungserstellung zwischen Unternehmensektor und Staat) kann dann die Frage nach der Produkt- und Prozessinnovation angegangen werden.

Produzieren statt Teilen

Schui geht davon aus, daß sich die angespannte Lage zwischen Deutschland West und Ost weiterhin verschlechtern wird, wenn die Lohndifferenzen zwischen der alten Bundesrepublik und den neuen Bun-

desländern bestehen bleiben. Wenn die ostdeutschen Unternehmen, so Schuis schlüssige Argumentation, niedrigere Löhne zahlen als die westlichen, dann sind sie auf dem Arbeitsmarkt nicht konkurrenzfähig. Damit fehlen ihnen die qualifizierten Arbeitskräfte, die man braucht, um die erforderlichen Produkt- und Prozessinnovationen zu realisieren. Die qualifizierten Arbeitskräfte wandern statt dessen in den Westen ab, treten in Wettbewerb um Beschäftigung mit weniger qualifizierten westdeutschen Arbeitskräften und drängen diese unter Umständen in die Erwerbslosigkeit. Daraus resultieren eine Menge von gesellschaftlichen Problemen: Die Wohnungsnot, der Mangel an öffentlichen Sozialeinrichtungen (Kindergärten, Krankbetten, Schulen etc.), die Überlastung des Verkehrswesens, um nur einige zu nennen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der dringend notwendige Bau von neuen Wohnungen und zusätzliche Infrastrukturinvestitionen von Ballungszentren im Westen der Bundesrepublik teurer kommen als dieselben Leistungen in Ostdeutschland. Die Erklärung hierfür liegt zum einen in den hohen Grundstückspreisen im Westen, zum anderen in der Tatsache, daß in einem sehr verdichteten Siedlungsgebiet zusätzliche Infrastrukturinvestitionen teurer sind als dieselben Leistungen in Ostdeutschland. Außerdem steht zu befürchten, daß die Wanderung der Arbeit von Ost nach West die Leiharbeit anregen wird. Dabei werden die Leiharbeiter nach Ortstarifen (Ost) entlohnt und zu den im Westen üblichen Preisen weitervermietet.

Plausibel führt Schui aus, daß die ökonomischen Probleme und die daraus resultierende Arbeit niemals durch Teilen, sondern immer nur durch Produzieren überwunden werden kann. Daher kann man das Konzept dieses kritischen Wirtschaftswissenschaftlers am besten mit der Überschrift versehen: "Produzieren statt teilen". Ob allerdings Schuis interessante Bilanz der politischen und ökonomischen Vereinigung Deutschlands auch bei den politisch Verantwortlichen auf eine breite Leserschaft treffen wird, bleibt abzuwarten. Anregend und informativ ist dieses Buch in jedem Fall.

Klaus Storch, Flörsheim am Main

WER WILL HIER DEN RECHTSSTAAT LINKEN?

Der Zweck heiligt die Mittel - zu solchen und ähnlichen Volksweisheiten greifen Politiker, wenn sie dem Volk mal wieder was weismachen wollen. Zum Beispiel, daß eine Änderung des Asylrechts die Flüchtlinge fernhält. Jüngst nahm Bundesinnenminister Seiders die Sache in seine Hände. Von Lagerunterbringung über flüchtige Flüchtlingsanhörungen bis zum kurzen Prozeß vor Gericht ist in seinem Entwurf alles enthalten, was die Rechte der Verfolgten bedroht.

Ablenkungsmanöver - denn mit den Asylsuchenden werden gleichzeitig die eigentlichen Probleme und Ursachen weit weggeschoben. Nämlich die Zustände in der Heimat der Flüchtlinge. Aber nicht nur die Asylsuchenden sind die Leidtragenden. Auch der vielbeschworene Rechtsstaat läßt dabei Federn. Wenn weiter so mit ihm umgegangen wird, ist es nur eine Frage der Zeit, bis der Begriff zur reinen Worthülse verkommt.

In Kürze wird abschließend über das neue Gesetz zum Asylrecht beraten. Darum fordern wir jetzt: Kein Notstandsgesetz gegen Flüchtlinge!

Flüchtlingsschutz muß bleiben.

PRO ASYL setzt sich für ein uneingeschränktes Asylrecht ein.

Bitte schicken Sie mir Informationen zu PRO ASYL.

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Bitte ausschneiden, in einen Briefumschlag stecken, 3,- DM in Briefmarken belegen und senden an:
Förderverein PRO ASYL e.V., Neue Schlesingergasse 22,
6000 Frankfurt/M. 1.
Spenden bitte auf das Konto Nr. 380900-608, Postgiroamt
Frankfurt/M., BLZ 500 100 60.

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK UND WIRTSCHAFT, HEFT 64, 1992

Anzeige

Auf der Suche nach der verlorenen Zeit



Ich möchte den Freitag kennenlernen: Sechs Wochen lang zur Probe für 10,- DM (nur Vorkasse: bar, Scheck oder Briefmarken).

Name/Vorname

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche beim Freitag widerrufen kann. Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abo um.

Einsenden an: Vertrieb Freitag, PF 360 520, W-1000 Berlin 36

Freitag
Die Ost-West-Wochenzeitung

Weiterhin lieferbare Titel aus dem **spw**-Verlagsprogramm

Ich bestelle:

Expl. Josef Hindels, **Marxismus und Gegenwart**
Berlin 1985 (2. Auflage); 146 Seiten, Ladenpreis 9,- DM, für AbonnentInnen 6,- DM, bei Abnahme von min. 10 Expl. 5,- DM je Stück.

Expl.: **FRAUENBILDER**. Die weibliche Wirklichkeit ist anders

Hrsgg. von den JungsozialistInnen Berlin, Berlin 1986; Ergebnisse eines Fotowettbewerbs der Berliner JUSOS, 80 Seiten mit Fotos, Ladenpreis 19,80 DM, für AbonnentInnen 15,- DM.

Expl.: **Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken**. Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa

Hrsgg. von Detlev Albers, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und Pietro Ingrao, Berlin 1982; mit Beiträgen von AutorInnen aus der gesamten westeuropäischen Linken, 160 Seiten, Ladenpreis 21,50 DM, für AbonnentInnen 12,- DM.

Expl.: **Herforder Thesen**. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD

Hrsgg. vom Vorstand der JUSOS Ostwestfalen-Lippe, Berlin 1981 (2., überarbeitete Auflage); Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 5,- DM. Grundlegende Positionsbestimmung von MarxistInnen in der SPD zu Beginn der 80er Jahre, anknüpfend an den marxistischen Traditionen in der deutschen wie auch internationalen Sozialdemokratie.

Expl.: **Linke Sozialdemokraten & bundesrepublikanische Linke**. Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen

Hrsgg. von Detlev Albers u.a., Berlin 1981; mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth, Rudolf Bahro, Joachim Bischoff u.a., Ladenpreis 10,80 DM, für AbonnentInnen 8,- DM.

Expl.: **Sozialismus der Zukunft**. Grundlagen für das neue Programm der SPD

Hrsgg. von Detlev Albers, Frank Heidenreich, Heinrich Lienker und Kurt Neumann, Berlin 1988; mit Beiträgen von Diether Dehm, Jürgen Egert, Katrin Fuchs u.a., 185 Seiten, Ladenpreis 17,50 DM, für AbonnentInnen 15,- DM.

Expl.: **Projekt Moderner Sozialismus**. 53 Thesen

Hrsgg. von Susi Möbbeck, Fieta Saß und Birgit Zoerner, Berlin 1989; Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 7,- DM.

In 53 Thesen formulierten marxistische Jusos in der SPD Bausteine für eine zeitgemäße Gesellschaftsanalyse und eine moderne sozialistische Strategie.

spw-Hefte 1, 3-29:

Ladenpreis je 9,80 DM, für AbonnentInnen je 5,- DM.

spw-Hefte 30-50:

Ladenpreis je 9,50 DM, für AbonnentInnen je 7,50 DM.

Ab spw-Heft 51:

Ladenpreis je 7,- DM, für AbonnentInnen je 7,- DM.

Ich bestelle Expl. spw-Hefte Nr.

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung (Preise zzgl. Versandkosten von 1,50 DM).

Ich zahle mit Verrechnungsscheck (versandkostenfrei).

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

spw-Verlag, Kleier Str. 13, W-5000 Köln 80

spw

das **M**agazin ✓
der
sozialdemokratischen
Linken,

das **M**agazin ✓
für einen
sozialistischen Dialog.

IN DEN NÄCHSTEN HEFTEN:

GEWERKSCHAFTEN
KAPITALISMUS OHNE KLASSEN?
INFORMATIONSGESELLSCHAFT